

02.06



# EU-RUNDSCHREIBEN

herausgegeben vom Deutschen Naturschutzring (DNR) e.V.

**EU-Umweltpolitik 2006: Was steht an?  
Atomdebatte nach Gasstreit  
Deutschland erneut wegen FFH verurteilt  
Artensterben im Grundschleppnetz**

und weitere Beiträge zur Umweltpolitik auf europäischer und internationaler Ebene

# EU-RUNDSCHREIBEN

herausgegeben vom Deutschen Naturschutzring (DNR) e.V.

## EU-Rundschreiben

Umweltpolitik auf europäischer und internationaler Ebene  
Jahrgang 15 (2006), Heft 02  
ISSN 1861-0064

### Herausgeber

Deutscher Naturschutzring,  
Dachverband der deutschen Natur- und  
Umweltschutzverbände (DNR) e.V.

### Redaktion

**DNR Geschäftsstelle Berlin/  
EU-Koordination und Internationales**  
Grünes Haus, Prenzlauer Allee 230,  
10405 Berlin  
Juliane Grüning (jg), Nika Greger (ng),  
Bjela Vossen (bv), Marion Busch (mbu),  
Tinka Lutz (tl), Deborah Bernsdorf (db),  
Isabelle Faragallah (if), Matthias Bauer  
(mb), Thomas Frischmuth (tf)  
Tel. 030 / 443391-81, -86, Fax -80  
eMail: [juliane.gruening@dnr.de](mailto:juliane.gruening@dnr.de)  
Internet: [www.dnr.de/eur](http://www.dnr.de/eur)  
[www.eu-koordination.de](http://www.eu-koordination.de)

### DNR Geschäftsstelle Bonn

Am Michaelshof 8-10, 53177 Bonn  
Tel. 0228 / 3590-05, Fax -96  
eMail: [info@dnr.de](mailto:info@dnr.de), Internet: [www.dnr.de](http://www.dnr.de)

### Abonnement

Abo-Verwaltung: Thomas Kreuzberg,  
Geschäftsstelle Bonn (s. o.)  
eMail: [thomas.kreuzberg@dnr.de](mailto:thomas.kreuzberg@dnr.de)  
Preise: siehe 3. Umschlagseite, vergünstigte  
Abos bitte in der Redaktion erfragen

### Technik

Satz: DNR Redaktionsbüro, Berlin  
Druck: Druckerei Eberwein, Bonn

### Gastbeiträge

Artikel aus Verbänden und Forschung  
sind willkommen. Die Redaktion muss sich  
Kürzung und redaktionelle Bearbeitung  
von Beiträgen vorbehalten. Mit Namen  
gezeichnete Beiträge geben nicht unbeding-  
t die Meinung der Redaktion bzw. des  
Herausgebers wieder. Redaktionsschluss  
ist jeweils der 15. des Vormonats.

### Copyright

Die Urheberrechte liegen beim Herausgeber.  
Einzelne Artikel können nachgedruckt  
werden, wenn die Quelle angegeben wird.

## Bürger/innen für mehr soziale und ökologische Standards

### Liebe Leserinnen und Leser,

nach der abgelehnten europäischen Verfassung im letzten Jahr gibt es auf verschiedenen politischen Ebenen Bemühungen, die Bürgerinnen und Bürger wieder neu für das europäische Konzept zu begeistern. Leider gelingt das bisher nur mit mäßigem Erfolg. Das ist allerdings weniger auf die EU als Institution zurückzuführen, sondern liegt häufig an den unsozialen und wenig ökologischen politischen Inhalten und Maßnahmen, die die politischen Eliten ihren Bürgerinnen und Bürgern „verkaufen“ wollen.

Ein prominentes Beispiel dafür ist die so genannte Dienstleistungs-Richtlinie, mit der kurz gesagt Arbeits-, Umwelt- und Verbraucherschutz auf möglichst niedrigem Niveau „harmonisiert“ und der gesamte Dienstleistungssektor dereguliert werden sollen.

Eine neue Eurobarometer-Umfrage zeigt, dass zwar auf der einen Seite die Zustimmung der Deutschen zur Mitgliedschaft in der Europäischen Union innerhalb eines halben Jahres von 58 auf 53 Prozent gesunken und die Ablehnung künftiger EU-Erweiterungen von 40 auf 59 Prozent gestiegen ist. Auf der anderen Seite sind aber 61 Prozent dafür, dass die EU sich zu einer wirklichen politischen Union entwickelt.

Rückschlüsse auf das Bedürfnis nach einer anderen Prioritätensetzung in der EU lassen sich daraus ableiten, dass die Deutschen die EU für den Verlust sozialer Standards mitverantwortlich machen und 54 Prozent erwarten, dass der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit oberste Priorität der EU sein sollte. Würde die Dienstleistungsrichtlinie umgesetzt, würde das vor allem den Unternehmen nützen. Sozial- und Umweltstandards würden dagegen weiter zurückgefahren - gegen den Willen der Bürger/innen.

Österreich will in den kommenden sechs Monaten seiner Ratspräsidentschaft „Europa neuen Schwung geben“. Bundeskanzler Wolfgang Schüssel will die Zeit nutzen, um "Europa den Bürgerinnen und Bürgern wieder näher zu bringen und das Vertrauen in das europäische Projekt zu stärken". Wie das allerdings konkret aussehen kann, weiß Schüssel genauso wenig

wie die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel. Beide sprechen nur allgemein davon, dass die EU-Politik vor allem die Wirtschaft ankurbeln und "unsinnige Regulierungen" abschaffen soll. Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger? Ausrichtung der EU auf ökologisch nachhaltige und sozial ausgewogene Entwicklung? Fehlanzeige.

Wie in den Mitgliedstaaten, so herrscht auch bei der Europäischen Kommission Unsicherheit über den Weg in die Zukunft. Die schwedische EU-Kommissarin Margot Wallström macht in einem EurActiv-Interview vor allem interne Probleme in der Kommission für das Ausbleiben von Fortschritten verantwortlich. Alles weitere scheint für sie eine Frage der Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit zu sein. Wallström meinte vor dem Hintergrund des Beispiels der Dienstleistungsrichtlinie, dass „Kommunikationsaspekte in jeden einzelnen Vorschlag integriert“ werden müssten. Ihre Vorgänger in der Prodi-Kommission hätten die Vermittlung der Dienstleistungsrichtlinie nicht gut genug vorbereitet. Dass das Hauptproblem die Inhalte und die politischen Ziele der Richtlinie sind, mit der die Umwelt- und Sozialstandards in der EU auf das niedrigste Niveau abgeschliffen werden sollen - davon sprach die Kommissarin nicht.

In unserem Sonderheft zu diesem EU-Rundschreiben wollen wir Sie darüber informieren, warum die Dienstleistungsrichtlinie ein weiterer Baustein zum neoliberalen Konzept der EU ist und was Sie gegen den Abbau von Umwelt- und Sozialstandards tun können. Schreiben Sie Ihren Parlamentarier/innen oder beteiligen Sie sich an Demonstrationen!

Vor allen Dingen: Lesen Sie unser EU-Rundschreiben, wenn Sie weitere Informationen und Kontakte suchen! Eine anregende Lektüre wünscht Ihnen

Nika Greger, DNR Berlin,  
Leiterin EU-Koordination

## 2 Impressum

## 3 Editorial

- Bürger/innen für mehr soziale und ökologische Standards

## 5 Global

- WTO-Ministerkonferenz in Hongkong: Kleine Brötchen

## 7 EU-Politik, Recht

- Was steht an 2006?
- Britische EU-Präsidentschaft bewertet
- EEB: Grüne Prüfsteine für Österreich
- Normung: ECOS fordert Reformen
- Thematische Strategie städtische Umwelt vorgelegt
- Städtische Entwicklung: Konsultation
- Thematische Strategie zur Ressourcennutzung vorgelegt
- Nachhaltigkeitsstrategie überarbeitet
- Newsticker

## 18 Abfall, Produktpolitik

- Thematische Strategie zur Abfallvermeidung vorgelegt
- Batterie-Richtlinie angenommen
- Newsticker

## 20 Agrarpolitik, Gentechnik

- Neuregelungen für Ökolandbau
- Strengere Lebensmittelhygiene
- Gentechnik: Deutschland und Frankreich gemahnt

- Bericht: Ansteckende Tierkrankheiten
- Pflanzenschutzmittel überprüft
- Newsticker

## 23 Chemikalien, Emissionen

- Konsultation: Titandioxidrichtlinie
- Konsultation: RoHS-Richtlinie
- Richtlinienentwurf: Verbot von PFOS
- IPPC-Forum beschließt neue Leitlinie
- Kraftstoffemissionen: Neue Mitgliedstaaten in Verzug
- Luftverschmutzung: Erhöhte Sterblichkeit
- Energie-Industrie: CAFE ineffektiv
- Newsticker

## 26 Energie, Klima

- Energieeffizienz-Richtlinie: Einigung
- Biomasse als Erdgasersatz
- Atomdebatte nach Gasstreit
- Kyoto-Gegner gründen „Klimafonds“
- Emissionshandel ab 2008
- Richtlinienvorschlag zur Atommüll-Kontrolle
- Newsticker

## 29 Naturschutz, Biodiversität

- FFH-Richtlinie: Deutschland verurteilt
- Verbände: Ländlichen Raum stärken
- Freihandel zerstört Wälder
- Karpaten-Konvention in Kraft
- Newsticker

## 32 Verkehr, Tourismus

- Minister für grenzenlosen Schienenverkehrsmarkt
- EU soll Verkehrswege zu Nachbarstaaten ausbauen
- Euro-5-Norm: „Keine Perspektive“
- Ausbau der Rhein-Schiene geplant
- Protest: Schnellbahn Lyon-Turin
- Frankreich: Abgabe für Flüge
- Newsticker

## 36 Wasser, Meere

- Fischereirat 20.-22.12.: Höhere Fangquoten, kein Verbot für Grundschleppnetzfisherei
- Korallenriff-Schutz: Stagnation
- Tiefseefischerei bedroht Arten
- Newsticker

## 40 Service

- Veröffentlichungen, Informationsquellen
- EU-Umwelt-Termine
- EU-Wegweiser

## Beilage

EUR-Sonderheft: Die EU-Dienstleistungsrichtlinie verhindern (separate Heftung)

## Gastbeitrag Kleine Brötchen

### WTO-Ministerkonferenz in Hongkong

„Recalibration“, zu deutsch etwa „Neuausrichtung“, so hieß das Zauberwort im Vorfeld der Ministerkonferenz der Welt Handelsorganisation (WTO), die vom 13.-18. Dezember 2005 in Hongkong stattfand. Die „Recalibration“ wurde erforderlich, weil der Vorbereitungsprozess nicht erbracht, was sich die WTO erhofft hatte: eine Einigung in den wichtigsten Streitpunkten. Statt eines Durchbruchs war nun lediglich von einer Durchgangsstation die Rede. Was in Hongkong auf alle Fälle vermieden werden sollte, war ein offenes Scheitern. Bereits in Seattle 1999 und im mexikanischen Cancún 2003 war man ohne Ergebnis auseinander gegangen. Ein erneutes Scheitern hätte die WTO in erhebliche Schwierigkeiten gebracht. Also wurden kleine Brötchen gebacken. Die wichtigsten Fragen - und damit die größten Streitpunkte - blieben von vornherein außen vor.

### Mogelpackung Entwicklungspaket

Ganz in diesem Sinne forcierten die Industrieländer, allen voran die EU, an den ersten beiden Konferenztagen ihre Idee eines Entwicklungspakets, gepriesen als eine Art vorweihnachtliches Geschenk, das insbesondere den am wenigsten entwickelten Ländern (LDC) zugute kommen sollte. Allerdings konnte von einem Geschenk keine Rede sein. Mit seiner Annahme verbunden war die Zustimmung der LDC zu den restlichen Vereinbarungen - die sie im Moment zwar kaum betreffen würden, da sie praktisch von allen diesen Vereinbarungen ausgenommen werden, die aber dann sofort wirksam würden, wenn es einem dieser Länder gelänge, aus der Gruppe der am wenigsten entwickelten Länder auszubrechen.

Zudem kritisierten Entwicklungsländer und NGOs gleichermaßen, dass dem Paket die rechte Substanz fehle. Beispiel zoll- und quotenfreien Zugang zu den Märkten der Industrieländer: Diesen gewährt die EU ohnehin schon, sodass lediglich der Status quo in der WTO festgeschrieben würde. Die USA und Japan wollen gerade die Produkte ausnehmen, bei denen einige LDC konkurrenzfähig sind: Bekleidung, Schuhe und Reis.

Oder die unter der Überschrift „Aid for Trade“ diskutierten Finanzhilfen, die es

den ärmsten Ländern ermöglichen sollen, sich stärker in die Weltwirtschaft zu integrieren. Wo die versprochenen Mittel herkommen sollten, blieb nebulös.

So entpuppte sich das Entwicklungspaket schnell als Charmeoffensive der Industrieländer, gerichtet auf die Entwicklungsländer und die kritische Öffentlichkeit zu Hause. Der Plan war offenbar, möglichst gleich zu Beginn der Konferenz einen Erfolg präsentieren zu können, der zudem die Entwicklungsfreundlichkeit der WTO belegt hätte. Doch dieser Plan scheiterte. Bereits am zweiten Verhandlungstag musste EU-Handelskommissar Peter Mandelson eingestehen, dass sich das Paket „in Schwierigkeiten“ befinde. Ab dem dritten Konferenztag wurde es dann von anderen Debatten verdrängt.

### Der Deal: Landwirtschaft gegen Dienstleistungen und Industriegüter

Das im November 2001 in Doha, der Hauptstadt des arabischen Emirats Katar, vereinbarte Paket enthält eine Reihe von Verhandlungsbereichen, darunter Landwirtschaft, Dienstleistungen, Industriegüter und Umwelt. Der daraufhin eingeleitete Verhandlungsprozess wird als Doha-Runde bezeichnet, mitunter auch mit dem Zusatz Entwicklungsrunde, weil die Industrieländer in Doha versprachen, die Interessen und Bedürfnisse der Entwicklungsländer in den Mittelpunkt der Verhandlungsrunde zu rücken.

Darüber hinaus wurde das so genannte Single Undertaking vereinbart. Danach kommt eine Vereinbarung nur zustande, wenn es in allen Bereichen eine Einigung gibt: nichts ist beschlossen, bevor nicht alles beschlossen ist. Dieses Verfahren ermuntert zum fröhlichen Tausch von Zugeständnissen über einzelne Verhandlungsbereiche hinaus: Wenn du mein Rindfleisch in dein Land lässt, werde ich günstige Investitionsbedingungen für deine Wasserwerke schaffen.

In Hongkong wurde schnell deutlich, dass die EU im Bereich der Agrarexportsubventionen erheblich unter Druck geraten würde. Zwar hatte sie bereits im so genannten Juli-Paket vom Sommer 2004 zugestanden, dass alle Formen von Agrarsubventionen auslaufen sollen. Nur ein Datum zu nennen hatte sich die EU geweigert. Dies behielt sie als Joker, um ihn zum geeigneten Zeitpunkt teuer einzutauschen.

Die Strategie im Grunde aller anderen WTO-Mitglieder war es, der EU dieses As aus dem Ärmel zu ziehen. Dies wurde spätestens deutlich, als mit der so genannten G-110 alle Entwicklungsländer in einer Pressekonferenz ein Papier vorstellten, das Eckpunkte für eine künftig besser koordinierte Politik enthielt. Der konkreteste Punkt: Auslaufen der Agrarexportsubventionen bis 2010. Eine Stunde später die nächste Pressekonferenz. Diesmal die G-20, der Zusammenschluss der Entwicklungsländer im Agrarbereich, und die Cairns-Gruppe, ein Zusammenschluss von agrarexportierenden Ländern wie Australien, Kanada, Argentinien, Brasilien. Wichtigstes Anliegen: Ende der Agrarexportsubventionen bis 2010. Damit war klar, dass Europa praktisch isoliert war. Alsbald kursierte informell, dass man sich schlussendlich wohl auf 2013 einigen könne. Derweil versuchte die EU, dieses Datum möglichst teuer zu verkaufen - gegen Zugeständnisse der anderen WTO-Mitglieder bei Dienstleistungen und Industriezöllen.

Im Bereich Dienstleistungen ging es der EU darum, die Zurückhaltung der Entwicklungsländer aufzubrechen und sie zu Verhandlungen über Marktöffnungen zu zwingen. Hebel dafür sollten so genannte plurilaterale Verhandlungen sein, die nach EU-Vorstellungen dadurch gekennzeichnet wären, dass Forderungen von mehr als einem WTO-Mitglied nach Marktöffnung in einem bestimmten Bereich obligatorisch Verhandlungen nach sich gezogen hätten. Praktisch hätte die EU sich also nur mit einem anderen WTO-Mitglied zusammen tun müssen, um Entwicklungsländer zu Verhandlungen über die Öffnung etwa ihrer Wassermärkte zu zwingen. Die Entwicklungsländer lehnten diesen Ansatz scharf ab. Selbst Indien, das ansonsten eher offensive Interessen im Dienstleistungsbereich vertritt, reihte sich in diese Phalanx ein.

Bei Industriezöllen, im WTO-Jargon NAMA (Non Agricultural Market Access) genannt, drängte die EU auf die Anwendung der so genannten Schweizer Formel, die dazu führt, dass höhere Zölle (die die Entwicklungsländer haben) sehr viel stärker gesenkt werden sollen als niedrige (die die Industrieländer haben). Zudem forderte die EU, dass alle Zölle auf niedrigem Niveau gebunden werden sollten. Die Entwicklungsländer lehnten solch radikale Marktöffnung ab und forderten mehr Flexibilität.

**Und Umwelt? War da noch was?**

Über Umwelt redete in Hongkong niemand - zumindest nicht in den zentralen Verhandlungsbereichen. Beispiel NAMA: zum nichtagrarischen Marktzugang gehören nicht nur Industriegüter, sondern auch Produkte aus Forstwirtschaft und Fischerei. Mit anderen Worten: auf Fische wird die Zollsenkung, so sie denn beschlossen ist, ebenso Anwendung finden wie auf Autos. Dass Umweltorganisationen eindringlich vor einem weiteren und intensivierten Raubbau an den Fischbeständen warnen, konnte die Verhandlungen in Hongkong nicht beeinflussen.

Dort, wo Umwelt konkret verhandelt wird, sind keine Fortschritte zu verzeichnen. Dies betrifft insbesondere die brisante Frage des Verhältnisses von Umweltabkommen und Welthandelsregeln. Die EU unternahm in Hongkong einen unrühmlichen Versuch, diese Frage als Joker im WTO-Poker zu nutzen. Tatsächlich wollte das aber auch nicht so recht ziehen. Am Ende wurde beschlossen, die Verhandlungen fortzusetzen.

Ähnlich bei der Frage des Verhältnisses von TRIPs und der Konvention über die biologische Vielfalt (CBD). Das Problem besteht hier darin, dass die CBD vorsieht, bei der Nutzung genetischer Ressourcen den Besitzer um Erlaubnis zu fragen und diesen auch in fairer Weise an den aus dieser Nutzung entstehenden Gewinnen zu beteiligen. TRIPs hingegen verpflichtet die WTO-Mitglieder zum Patentschutz, ohne die CBD zu berücksichtigen. In Hongkong hat nun Indien einen (erneuten) Vorstoß unternommen, der zumindest darauf abzielt, bei der Patentanmeldung die Herkunft gegebenenfalls verwendeter genetischer Ressourcen beziehungsweise traditionellen Wissens offen zu legen. Auch wenn es hierzu keine konkreten Beschlüsse gibt, sondern lediglich Mitte 2006 berichtet werden soll, wird man in den CBD-Verhandlungen darauf verweisen können, dass die Debatte in der WTO zumindest wieder auf dem Tisch ist.

**Ergebnisse und Fazit**

Kein Deal sei besser als ein schlechter Deal, so die NGOs im Vorfeld von Hongkong. Tatsächlich brachte Hongkong einen Mini-Deal, der einerseits in die falsche Richtung zeigt, der aber andererseits nicht so weitgehend ist, dass er tatsächlich eine Katastrophe bedeuten würde. Dies heißt im Umkehrschluss auch: Ihre

Krise konnte die WTO in Hongkong nicht überwinden.

Beschlossen wurde schließlich ein Auslaufen der Agrarexportsubventionen bis 2013. Im Gegenzug konnte die EU in den NAMA-Verhandlungen die Schweizer Formel durchsetzen, allerdings in einer Weise, die keine endgültige Festlegung über das Ausmaß der Zollsenkungen trifft. Zudem wird festgehalten, dass die Marktöffnung bei Entwicklungsländern geringer ausfallen soll als bei Industrieländern. Der - auch wegen seiner intransparenten und undemokratischen Entstehungsgeschichte - besonders umstrittene Teil zu Dienstleistungen wurde in mehreren Durchgängen abgeschwächt. Die meisten Entwicklungsländer lehnten ihn weiter ab, hielten ihn aber offensichtlich nicht für substantiell genug, um daran die Konferenz scheitern zu lassen. Denn der gefährlichste Aspekt, der Zwang zur Teilnahme an plurilateralen Verhandlungen, wurde so weit entschärft, dass eine Teilnahme nun lediglich in Betracht gezogen werden soll.

Alles in allem konnten die Industrieländer in Hongkong wohl einen Schritt unbekannter Größe in die falsche Richtung durchsetzen. Weder für Umwelt noch für Entwicklung brachte Hongkong wirkliche Fortschritte. Darüber kann auch nicht der lange überfällige Beschluss zur Beendigung der Agrarexportsubventionen im Jahre 2013 hinwegtäuschen. Die entscheidenden Fragen werden also nach Hongkong am Sitz der WTO in Genf gelöst werden müssen. Dies wird, anders als in Hongkong, weitab vom Rampenlicht der Öffentlichkeit geschehen. Gerade deshalb ist erhöhte Aufmerksamkeit geboten: Denn im Laufe dieses Jahres soll all das entschieden werden, was in Hongkong nicht entschieden werden konnte. Ob dies gelingt, und inwieweit die NGOs es schaffen, Entscheidungen im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung zu beeinflussen, bleibt abzuwarten. ■

Gastautor: Michael Frein, Forum Umwelt & Entwicklung, Mitglied im Leitungskreis

- **Weitere Informationen**

Evangelischer Entwicklungsdienst (EED), Michael Frein, Referent für Handel und internationale Umweltpolitik, Ulrich-v.-Hassell-Str. 76, 53123 Bonn Tel. 0228 / 8101-2315, Fax -160 email: michael.frein@eed.de

**Die Welthandelsorganisation WTO**

Die Welthandelsorganisation (WTO) mit Sitz in Genf wurde am 1. Januar 1995 gegründet. Sie hat zur Zeit 149 Mitglieder. Ihre Aufgabe besteht darin, die unter ihrem Dach geschlossenen Verträge zu verwalten und eine Plattform für weitere Verhandlungen zu bieten. Die WTO ist nicht Teil der Vereinten Nationen. Höchstes Entscheidungsgremium der WTO ist die alle zwei Jahre stattfindende Ministerkonferenz, die zuletzt vom 13.-18. Dezember 2005 in Hongkong tagte.

Welthandelsregeln betreffen nicht nur Zollsätze im internationalen Güteraustausch. Die WTO regelt auch den Schutz von Rechten an geistigem Eigentum und den Handel mit Dienstleistungen (einschließlich Investitionen im Dienstleistungsbereich). Liberalisierung im Dienstleistungshandel bedeutet nicht Zollsenkung, sondern Abbau von nicht-tarifären Handelshemmnissen (z. B. technische Standards, Umwelt- und Gesundheitsvorschriften).

**Die wichtigsten WTO-Abkommen**

GATT (General Agreement on Tariffs and Trade): Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen von 1947, heute eines von mehreren WTO-Abkommen. Es regelt den Handel mit Gütern. Die dazu laufenden Verhandlungen in der WTO werden als NAMA (Non Agricultural Market Access, nichtagrarischer Marktzugang) bezeichnet.

AoA (Agreement on Agriculture): Das Landwirtschaftsabkommen ist ein Unterabkommen des GATT und regelt den Agrarhandel.

GATS (General Agreement on Trade in Services): Das Dienstleistungsabkommen reguliert Bereiche wie Bildung, Gesundheit, Wasser und Tourismus.

TRIPs (Trade Related Aspects of Intellectual Property Rights): Das Abkommen schreibt Mindeststandards zu handelsbezogenen Rechten an geistigem Eigentum (Patente, Copyrights, Handelsmarken etc.) vor.

DSU (Dispute Settlement Understanding): Das Streitschlichtungsverfahren der WTO enthält die Regeln, nach denen Handelskonflikte beigelegt werden sollen.

## Was steht an 2006?

### Österreichische und Finnische Präsidentschaft: Kaum Umweltziele

Das Jahr 2006 steht unter dem Oberthema „Wettbewerbsfähigkeit“ und vier gemeinsam von Österreich und Finnland<sup>1</sup> entwickelten „übergreifenden Zielsetzungen“:

1. Arbeitsplätze und Wachstum in Europa schaffen<sup>2</sup>.
2. Das spezifische europäische Lebensmodell absichern und weiter entwickeln.
3. Das Vertrauen der Bürger in das europäische Projekt neu festigen.
4. Europa als starken und verlässlichen Partner in der Welt beweisen.

### Wirtschaftsthemen dominieren

Die Debatten um „Bessere Rechtsetzung“<sup>3</sup> werden die politische Richtung in diesem Jahr ebenso entscheidend beeinflussen wie die Neubelebung der Lissabon-Strategie für mehr Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit. Außerdem steht ein endgültiger Beschluss über das Rahmenprogramm für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation (2007-2013) an. Führende EU-Politiker/innen haben darüber hinaus die Dienstleistungs-Richtlinie zum wichtigsten Thema des Jahres erklärt.

► Dass die Umweltpolitik dabei nicht unter die Räder kommt, wird wichtige Aufgabe aller Verbände sein. Besonders entscheidend ist dabei die Finanzielle Vorausschau 2007-2013, auf die man sich in Brüssel „möglichst früh im Jahr 2006“ (Jahresprogramm des EU-Ministerrats) einigen will - das Europäische Parlament hat den vom Rat ausgehandelten Kompromiss im Januar durchfallen lassen.

Im Frühjahr will die EU-Kommission ihre Fortschrittsberichte zu den Beitrittskandidaten Rumänien und Bulgarien vorlegen - über den Beitritt Kroatiens soll verhandelt werden. Spanien und Portugal feiern in diesem Jahr 20 Jahre EU-Mitgliedschaft.

Mitte des Jahres - rund um die Übergabe der Ratspräsidentschaft an die finnische Regierung - werden außerdem die Zukunft

der EU und die Verfassung erneut Thema sein.

Gegen Ende 2006 müssen alle erforderlichen Beschlüsse über das 7. Rahmenprogramm für Forschung und Entwicklung getroffen sein, da das 6. Programm 2006 ausläuft.

Entsprechende Beschlüsse für die politische Phase 2007-2013 gilt es auch im Bereich der Bildung, beim lebenslangen Lernen, bei den EU-Aktionsprogrammen in den Bereichen Gesundheit und Verbraucherschutz und für das Programm „Bürger/innen für Europa“ zu treffen.

### Nachhaltige Entwicklung

Der Europäische Rat soll im Juni die von der EU-Kommission im Dezember 2005 vorgelegte Revision der Europäischen Nachhaltigkeitsstrategie formell annehmen. Grundlage hierfür sind auch die im letzten Jahr vom Rat angenommenen Leitprinzipien der Nachhaltigen Entwicklung (siehe Artikel S. 16).

Als internationale Verpflichtung sieht die EU ihren Beitrag zu einem wirksamen multilateralen Konzept für die nachhaltige Entwicklung weltweit. Hierbei soll z.B. ein Maßnahmenrahmen für globale öffentliche Güter (Abholzung der Wälder, das Wassermanagement) ausgearbeitet werden. „Die europäische Erfahrung im Umweltbereich wird, zusammen mit innovativen Formen der Kombination öffentlicher Entwicklungshilfe und privater Investitionen, in einen Fonds für erneuerbare Energie eingehen, der die Entwicklungsländer beim Erreichen der Millenniums-Entwicklungsziele in den Bereichen Abwasserentsorgung und Energie unterstützen soll.“ (EU-Kommission).

Im Mai tagt die UN-Kommission für Nachhaltige Entwicklung (CSD) in New York. Schwerpunktthemen sind Klimaveränderungen, Luftverschmutzung/Umgebungs- und industrielle Entwicklung.

### Umwelt im Allgemeinen

Sowohl auf EU-interner als auch auf internationaler Ebene werden sich die Arbeiten der österreichischen und finnischen Präsidentschaften nach eigenen Angaben auf Klimawandel, biologische Vielfalt, Luftqualität und Abfall konzentrieren. Die Bemühungen um die Einbeziehung von Umweltbelangen in andere Politikbereiche der Gemeinschaft würden fortgesetzt. Quer-

schnittsfragen wie nachhaltige Produktion und nachhaltiger Verbrauch sollen ebenfalls aufgegriffen werden. Die Arbeiten am Umwelt-Finanzierungsinstrument LIFE+ sollen 2006 abgeschlossen werden, desgleichen die „Richtlinie über die Infrastruktur für raumbezogene Informationen in Europa“ (INSPIRE). Im ersten Halbjahr wird eine informelle Umweltministerrats-Tagung den Aktionsplan für Umwelttechnologie ETAP auf dem Programm haben.

Beide Vorsitze der Ratspräsidentschaft haben sich Folgemaßnahmen zur Mitteilung über die biologische Vielfalt auf die Fahnen geschrieben, um den Artenrückgang bis 2010 zu stoppen. Hierzu stehen im März zwei internationale Treffen im brasilianischen Curitiba an (Konvention über biologische Vielfalt, CBD, 20.-31.3.; Cartagena-Protokoll, 13.-17.3.).

Das sechste Umweltaktionsprogramm, das im Jahr 2002 mit zehnjähriger Laufzeit verabschiedet wurde, soll 2006 überprüft werden - allerdings wird sich der Zeitplan nach hinten verschieben, da das „Kernstück“, die sieben thematischen Strategien (siehe EUR-Sonderheft 02.05), erst verspätet veröffentlicht wurden oder sogar noch ausstehen.

### Thematische Strategien

2006 sollen alle noch ausstehenden thematischen Strategien im Rahmen des sechsten Umweltaktionsprogramms veröffentlicht und bis Jahresende von den Regierungen und dem Europäischen Parlament diskutiert werden. Die noch ausstehenden Strategien sind die zu Bodenschutz und zur Nutzung von Pestiziden.

Der Ministerrat will den thematischen Strategien zu Luft, Abfall, natürlichen Ressourcen, städtischer Umwelt und Meeresumwelt bei der Bearbeitung Vorrang einräumen. Wie die Veröffentlichung der bisherigen Strategien zeigt, sind die Vorgaben der EU-Kommission eher schwach. Hier gilt es also die Umweltkomponente zu stärken.

### Luftqualität, Abfall, Wasser

Die Richtlinie über Luftqualität und das Programm für saubere Luft in Europa (CAFE) wird Thema sein, vor allem weil die es darum geht, die „Stimmigkeit und Wirksamkeit des Regelungsrahmens“ zu verbessern (sprich: die Mitgliedstaaten sind uneins). Außerdem sollen die Abgasnormen für Pkw und Lkw (Euro V und Eu-

1 Österreich hat die EU-Präsidentschaft im 1. Halbjahr 2006 inne, Finnland im 2. Halbjahr.

2 2006 ist das „Europäische Jahr der Mobilität der Arbeitnehmer“.

3 Arbeitsprogramm der Kommission (S. 12-14) [www.europa.eu.int/eur-lex/lex/LexUriServ/site/de/com/2005/com2005\\_0531de01.pdf](http://www.europa.eu.int/eur-lex/lex/LexUriServ/site/de/com/2005/com2005_0531de01.pdf)

ro IV) sowie die erwartete Revision zur Richtlinie über die Kraftstoffqualität voran gebracht werden.

Die gemeinsamen Rechtsvorschriften zur Abfallwirtschaft sollen klarer gestaltet und konsolidiert werden. Im Herbst ist das 8. Treffen der Vertragsparteien des Basler Übereinkommens angesetzt.

Hochwasserrisikomanagement und prioritäre Stoffe (Wasserqualität) stehen ebenso auf der Agenda wie eine „proaktive Rolle der EU“ beim 4. Weltwasserforum in Mexiko City (16.-22. März). Die Arbeiten an der Grundwasserrichtlinie sollen abgeschlossen werden.

### Klimawandel und Energiethemen

Die EU-Kommission will in diesem Jahr einige Veränderungen des Europäischen Emissionshandelsystems vorschlagen, u. a. die Einbeziehung des Flugverkehrs. Die Mitgliedstaaten müssen bis Juni ihre Nationalen Allokationspläne für die zweite Phase vorlegen. Außerdem müssen nationale Energieeffizienz-Aktionspläne entwickelt werden. Die Kommission soll eine mittel- und langfristige Förderung Erneuerbarer Energien ab 2010 entwickeln. Unter dem zweiten Europäischen Klimawandel-Programm sollen neue Klimaschutzstrategien erarbeitet werden.

Bis Ende Januar soll die Gesetzgebung für fluoridierte Treibhausgase abgeschlossen werden. Die Richtlinie über Endenergieeffizienz und Energiedienstleistungen soll verabschiedet werden. Österreich will außerdem den europäischen Biomasse-Aktionsplan vorantreiben.

Energiefragen stehen auch auf dem Programm der Sondersitzung des UNEP-Verwaltungsrats/Globales Umweltministerforum im Februar in Dubai. Im Herbst 2006 steht die 18. Konferenz der Vertragsparteien des Montrealer Protokolls zum Schutz der Ozonschicht an. Generell liegt der internationale Schwerpunkt auf der Entwicklung des Klimaregimes nach 2012.

### Atompolitik

Im ersten Halbjahr soll eine EU-Richtlinie über die Verbringung radioaktiver Abfälle angenommen werden. Über die „nukleare Sicherheitsüberwachung“ soll ebenfalls debattiert werden, wobei es dabei auch um die Rollen von EURATOM, der Mitgliedstaaten und der Internationalen Atomenergiebehörde IAEA gehen soll.

Zum geplanten Abschluss einer internationalen Vereinbarung über den Thermo-nuklearen Versuchsreaktor ITER, der in Cadarache (Frankreich) gebaut werden soll, soll die Kommission Anfang 2006 ihre Vorschläge für die Schaffung eines europäischen Rechtsobjekts vorlegen.

Wichtig auch für die EU ist der 20. Jahrestag der AKW- Katastrophe in Tschernobyl (Ukraine). Eine internationale Konferenz findet vom 24.-26. April in Kiew statt.

### Chemikalien

2006 soll es eine endgültige Einigung zur die EU-Chemikalienverordnung REACH geben. Hierzu wird die EU-Kommission voraussichtlich drei Vorschläge für Beschränkungen des Inverkehrbringens und der Verwendung gefährlicher Substanzen vorlegen. Mitte 2006 soll die Kommission einen Vorschlag für eine Verordnung über die Einstufung und Kennzeichnung gefährlicher Stoffe und Gemische vorlegen, mit der ein weltweit harmonisiertes System möglich gemacht werden soll.

Die Kommission will außerdem einen Vorschlag für eine Verordnung über Kadmium in Düngemitteln vorlegen. In der Verordnung werden Höchstgrenzen für den Kadmiumgehalt in Phosphatdünger und verschiedene Klassen von Düngemitteln mit einem bestimmten Kadmiumgehalt festgelegt. Damit würde zum ersten Mal eine Regelung über die zulässige Menge von Schwermetallen in anorganischen Düngemitteln in der EU erlassen werden.

Während der österreichischen EU-Präsidentschaft soll die Entwicklung der globalen Chemikalienstrategie SAICM (Strategic Approach on International Chemicals Management) zum Abschluss kommen. Hierzu findet vom 5.-8. Februar eine internationale Konferenz statt.

Im Frühjahr 2006 treffen sich außerdem die Vertragsparteien des Übereinkommens über persistente organische Schadstoff (POPs). Im Herbst ist eine Konferenz der Vertragsparteien des Rotterdamer Übereinkommens (PIC) anberaumt.

### Verkehr: Schwerpunkt Schiffsverkehr

Im 1. Halbjahr beginnt die Halbzeitüberprüfung des Weißbuchs zur EU-Verkehrspolitik bis 2010. Die neue Seeverkehrsstrategie (Grünbuch) soll den Weg bahnen „für ein neues integriertes Konzept zur Entwicklung einer prosperierenden mari-

timen Wirtschaft in ökologisch nachhaltiger Weise, gestützt durch Exzellenz in meereswissenschaftlicher Forschung und Technologie“ (EU-Kommission).

Weitere wichtige Themen 2006 sind Straßenverkehrssicherheit, die Eisenbahnpakete (Fortsetzung Drittes Eisenbahnpaket, evtl. Überprüfung der Umsetzung des Ersten Eisenbahnpakets) und der Kurzstreckenseeverkehr. So soll im zweiten Halbjahr über das Programm zur Förderung des Kurzstreckenseeverkehrs debattiert werden; die Kommission will einen Fortschrittsbericht vorlegen.

Die Richtlinie über die technischen Anforderungen für Binnenschiffe soll geändert und ein Vorschlag für eine Rahmenrichtlinie über die Beförderung gefährlicher Güter auf Binnenwasserstraßen entweder separat oder als Teil der Rahmenrichtlinie über die Beförderung gefährlicher Güter auf dem Straßen-, Schienen- und Binnenschiffahrtsweg aufgenommen werden.

Ebenfalls im zweiten Halbjahr soll eine Mitteilung der Kommission über Logistik veröffentlicht werden. Österreich will sich außerdem um die Ratifizierung des Verkehrs-Protokolls der Alpenkonvention kümmern. ■

Autorin: Juliane Grüning, DNR Berlin

### • Weitere Informationen

Gemeinsames Arbeitsprogramm Österreichische/Finnische Präsidentschaft:  
[www.eu2006.at/includes/Download\\_Dokumente/operationalprogrammeDE.pdf](http://www.eu2006.at/includes/Download_Dokumente/operationalprogrammeDE.pdf)  
 Österreichs Schwerpunkte:  
[www.eu2006.at/de/The\\_Council\\_Presidency/Priorities\\_Programmes](http://www.eu2006.at/de/The_Council_Presidency/Priorities_Programmes)

Legislativ- und Arbeitsprogramm der EU-Kommission für 2006 :  
[www.europa.eu.int/eur-lex/lex/LexUriServ/site/de/com/2005/com2005\\_0531de01.pdf](http://www.europa.eu.int/eur-lex/lex/LexUriServ/site/de/com/2005/com2005_0531de01.pdf)

Umweltministerium Österreich:  
[www.lebensministerium.at](http://www.lebensministerium.at)

Weitere Informationen:  
[www.euractiv.com/Article?tcaturi=tcm:31-151213-16&type=News](http://www.euractiv.com/Article?tcaturi=tcm:31-151213-16&type=News)

## Ergebnisse des EU-Ratsgipfels im Dezember

### Haushaltskompromiss stößt beim Parlament auf Ablehnung

Auf dem Europäischen Rat der Staats- und Regierungschefs am 15. und 16. Dezember in Brüssel stand die Finanzielle Vorausschau im Vordergrund. Nach monatelangem Streit kam es schließlich doch noch zu einer Einigung über den Haushalt für die Periode 2007 bis 2013.

Inzwischen hat sich allerdings herausgestellt, dass die Regierungschefs die Rechnung ohne das Europäische Parlament gemacht haben. Nach dem Haushaltsausschuss, hat im Januar auch das Plenum den Kompromiss mit großer Mehrheit abgelehnt. Damit steht die EU Anfang 2006 noch immer ohne Haushalt da.

### Finanzielle Vorausschau

Der auf dem Ratsgipfel erzielte Kompromiss über 862 Milliarden Euro beziehungsweise jährlich 1,045 Prozent des durchschnittlichen Bruttoinlandsprodukts der EU-27 für den Europäischen Haushalt blieb weit hinter dem Vorschlag des Parlaments und dem ursprünglichem Vorschlag der Kommission zurück. Die EU-Staats- und Regierungschefs hatten nicht den Mut, die Agrarausgaben und den Britenrabatt wesentlich zu kürzen. In der Folge wurden die für die Zukunft Europas wichtigen Budgetposten wie Forschung, Kultur, Jugend, ländliche Entwicklung, Natura 2000 und auswärtige Politik stark gekürzt. Viele Parlamentarier/innen zeigten sich daher tief enttäuscht und verweigerten dem Kompromiss auf ihrer Sitzung am 19. Januar ihre Zustimmung.

Deutschland hatte auf dem Gipfeltreffen gerade bei der ländlichen Wirtschaftsförderung und den Verbraucherinteressen stark auf die Bremse getreten.

### Weitere Tagesordnungspunkte

Außerdem beschloss der Rat, Mazedonien den Status eines Beitrittskandidaten zu verleihen. Auch die strategische Partnerschaft zwischen der EU und Afrika sowie eine Anti-Terror-Strategie wurden verabschiedet. Darüber hinaus standen die Wachstums- und Beschäftigungsstrategie der EU, die Migrationsstrategie und die Vereinfachung der EU-Gesetzgebung auf der Tagesordnung. Umweltrelevante Themen waren Nachhaltige Entwicklung und Klimaänderungen.

### Europa kommt beim Klimaschutz nicht weiter

Spätestens nach der Klimakonferenz in Montreal war deutlich geworden: Die EU folgte nicht dem Beschluss des Europäischen Rates vom März 2005, sich bei den internationalen Klimaschutzverhandlungen für eine Strategie einzusetzen, die den Anstieg der Weltdurchschnittstemperatur auf zwei Grad begrenzt. Die EU-Delegation fuhr ohne konkrete Zielformulierungen nach Montreal und verzichtete somit darauf, eine internationale Führungsrolle zu übernehmen und für ein ehrgeiziges internationales Klimaschutzziel für die Zeit nach 2012 zu streiten.

Auf dem EU-Gipfel vom 22. bis 23. März 2005 hatten sich die Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten außerdem lediglich auf flexible Ziele bis zum Jahr 2020 einigen können. In den Schlussfolgerungen des Frühjahrsgipfels hieß es, dass die angestrebte Verringerung um 15 bis 30 Prozent bis 2020 „vor dem Hintergrund der weiteren Beratungen über die Voraussetzungen für die Verwirklichung des Ziels, einschließlich der Kosten-Nutzen-Frage, überprüft werden“ müsse. Damit wurde der Empfehlung der Umweltminister, die Emissionen bis 2050 um 60 bis 80 Prozent gegenüber 1990 zu verringern, eine Absage erteilt.

Auch auf dem Gipfeltreffen in Brüssel kam man beim Klimaschutz nicht weiter. Die Staats- und Regierungschefs betonten lediglich noch einmal, wie wichtig es sei, den Aktionsplan von Gleneagles umzusetzen, dessen Schwerpunkte auf dem Technologietransfer und der Bewältigung der Auswirkungen von Klimaveränderungen liegen. Außerdem begrüßte der Gipfel die von der Kommission geplante Einbeziehung des Luftverkehrs in den Emissionshandel.

### EU-Nachhaltigkeitsstrategie: Beratung wird verschoben

Die europäische Nachhaltigkeitsstrategie, die im Juni 2001 auf dem Ratsgipfel in Göteborg vorgestellt und angenommen worden war, hat die „Lissabon-Strategie für mehr Wachstum und Beschäftigung“ um die Umweltdimension erweitert. Auch im März 2005 war der Rat noch einmal darauf hingewiesen worden, dass die Lissabon-Strategie im größeren Rahmen der nachhaltigen Entwicklung zu sehen ist.

Bei seinem nächsten Gipfeltreffen im Juni hatte der Rat dann die „Erklärung über die Leitprinzipien der nachhaltigen Entwicklung“ angenommen. Sie sollen als Grundlage für die Überarbeitung der Nachhaltigkeitsstrategie dienen, um diese mit Zielvorgaben, Indikatoren und einem wirksamen Beobachtungsverfahren zu ergänzen. Auf dem Dezember-Gipfel wollte der Rat nun noch einige Ergänzungen zur „Erklärung über die Leitprinzipien der nachhaltigen Entwicklung“ und zur geplanten Neubelebung der Strategie für Nachhaltige Entwicklung vornehmen - er verschob dies aber auf den Juni (siehe Artikel S. 16). (tl)

### • Weitere Informationen

Schlussfolgerungen des Europäischen Rates:

[http://ue.eu.int/ueDocs/cms\\_Data/docs/pressData/de/ec/87646.pdf](http://ue.eu.int/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/de/ec/87646.pdf)

## Bewertung für die britische EU-Präsidentschaft

### Europäisches Umweltbüro: Lob und Kritik für EU-Umweltpolitik

Turbulent ging es zu im zweiten Halbjahr 2005 unter britischer EU-Ratspräsidentschaft: Streit über die Finanzen und den „Brittenrabatt“, heiß umkämpfte EU-Chemikalienpolitik, verspätete und schwache thematische Strategien. Das Europäische Umweltbüro (EEB) als Dachorganisation der Naturschutzverbände zieht demzufolge eine zwiespältige Bilanz der britischen EU-Ratspräsidentschaft. Dabei hatten die Briten ehrgeizig angefangen und besonders im Klimaschutzbereich viele Pläne gehabt. Diese seien zum Teil auch umgesetzt worden, so das EEB. Sowohl in der EU als auch der G8 wurde Klimaschutz als Schwerpunkt thematisiert und viel für öffentliche Aufmerksamkeit geworben. Auch seien Gespräche mit China, Indien und Russland über Energie und Klimaschutz geführt worden. Weitere Reduktionen nach 2012 seien so vorangetrieben worden; auch die Einbeziehung des Luftverkehrs in den Emissionshandel fand beim EEB lobende Erwähnung.

### Ohne sichere Finanzierung kein Umweltschutz möglich

Harsche Kritik äußerte das Umweltbüro aber an der Finanzpolitik in der EU. Dem Umweltschutz seien durch das Haushaltsdebakel (siehe vorhergehende Seite) wichtige finanzielle Grundlagen entzogen worden. Die britische Präsidentschaft habe die Forderung, in den nächsten sieben Jahren 21 Mrd. Euro für die Natura-2000-Netzwerke im Haushalt einzustellen, komplett ignoriert. Auch die Finanzierung umweltfreundlicher Landwirtschaft und der Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie über den Ländlichen Entwicklungsfonds sei durch die Budget-Einschnitte in Gefahr. Auch bei der EU-Chemikalienverordnung REACH sei noch vieles zu verbessern, damit Umwelt- und Verbraucherschutz nicht auf der Strecke blieben.

Beim Zugang zu Umweltinformationen (Århus-Konvention) war die britische Präsidentschaft laut EEB zögerlich und kündigte Widerstand gegen die Annahme des Vorschlags beim Frühjahrsrat an. So wurde gar nicht erst über den Text debattiert.

Die thematische Strategie über Luftqualität habe zwar zu einer öffentlichen Debatte geführt, aber der schwache Vorschlag

der EU-Kommission sei vom Ministerrat nicht ausreichend analysiert und verbessert worden.

Über Abfallpolitik war keine Bewertung möglich, da das Thema durch die verspätete Veröffentlichung der thematischen Strategie nicht mehr diskutiert werden konnte. Auch die Debatte über Meeresschutz wurde kurzfristig von der Agenda des Umweltrates im Dezember gestrichen.

Bei der Wasserpolitik habe es zwar Fortschritte im technischen Bereich gegeben, doch wie die Umsetzung nun finanziert werden kann, hänge stark von der Einigung über den EU-Haushalt ab. Wenn kein Geld für die Wasserrahmenrichtlinie bereit gestellt werde, bleibe der Umwelt- und Gewässerschutz auf der Strecke.

Thema	Urteil
Klimawandel	insgesamt positiv
Nachhaltige Entwicklung	gemischt
Ökologisierung der EU-Ausgaben	sehr negativ
Finanzierung von Natura 2000	insgesamt negativ
Chemikalien	Agieren im Rat gut, Gemeinsamer Standpunkt nicht gut
Århus (Umweltinformationen)	negativ
Luftqualität	negativ
Abfall- und Ressourcenmanagement	keine Bewertung möglich (Vorschlag zu spät)
Meeresschutz	fehlende Priorität, keine Diskussion im Ministerrat
Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie	Arbeit im technischen Bereich gut; Budgeteinschränkung macht das aber wieder zunichte

Die vollständige EEB-Bewertung kann im Internet nachgelesen werden. (jg) ■

### • Weitere Informationen

Europäisches Umweltbüro (EEB), Generalsekretär John Hontelez, Boulevard de Waterloo 34, B-1000 Brüssel  
 Tel. 0032 2 / 2891091  
 eMail: hontelez@eeb.org  
[www.eeb.org/publication/EEB-Assessment-of-UK-Presidency-201205.pdf](http://www.eeb.org/publication/EEB-Assessment-of-UK-Presidency-201205.pdf)

## Zehn Grüne Prüfsteine für Österreichs Präsidentschaft

### Forderungen des Europäischen

#### Umweltbüros an den neuen EU-Vorsitz

Das Europäische Umweltbüro (EEB) hat in alter Tradition der neuen EU-Präsidentschaft seine Forderungen für das erste Halbjahr 2006 mit auf den Weg gegeben. Am Ende der Amtszeit der Österreicher kann damit die umweltpolitische Bilanz des Vorsitzes überprüft werden. Oberstes Ziel der Österreichischen Ratspräsidentschaft muss aus Sicht des EEB die Entwicklung einer ehrgeizigen und wirkungsvollen Strategie für Nachhaltige Entwicklung in der EU sein. Diese müsse eine Reihe umfassender kurzfristiger Maßnahmen - einschließlich ökologischer Steuerreformen - enthalten, ferner konkrete Aufträge und das Mandat für die EU-Kommission, diesen Prozess zu koordinieren. Das EEB kritisierte in diesem Zusammenhang den von der EU-Kommission vorgelegten Entwurf scharf, da er nicht einmal den im Juni vom Europäischen Rat gefassten Beschlüssen Rechnung getragen habe.

Ebenso wichtig sei, den Zugang zu Umweltinformationen und die Rechtslage bei der Einklagbarkeit von Umweltrecht vor Gerichten zu verbessern. Weitere „Prüfstein-Themen“ sind der Klimaschutz, Luftqualität, die Durchsetzung der Alpenkonvention, Gentechnik, Artenschutz, Grundwasserschutz und die lang erwartete thematische Strategie zum Bodenschutz.

### Die zehn Grünen Prüfsteine

#### 1. Ehrgeizige und effiziente EU-Nachhaltigkeitsstrategie entwickeln

Der von der EU-Kommission vorgelegte Entwurf sollte kritisch überarbeitet werden. Als Richtschnur sollen die Gipfelbeschlüsse vom März 2005 gelten: „Die neue, vollständigere und anspruchsvollere [Nachhaltigkeits-]Strategie mit Zielvorgaben, Indikatoren und einem wirksamen Beobachtungsverfahren sollte auf einer langfristigen positiven Vision beruhen und die interne wie die externe Dimension in vollem Umfang einbeziehen.“<sup>1</sup> Die endgültige Strategie müsse einen starken Umweltanteil enthalten und die beim Juni-Gipfel 2005 beschlossenen Leitprinzipien be-

achten (siehe EUR 07.05, S. 9). Ein bessere Verknüpfung der Nachhaltigkeitsstrategie mit dem Lissabon-Prozess, der die Europäische Union bis zum Jahr 2010 zum „wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt“ machen soll, wird ebenfalls gefordert. Darüber hinaus sei auf eine hohe ökologische Qualität der von den EU-Institutionen immer wieder geforderten Folgenabschätzung für Gesetzesvorlagen zu achten.

#### 2. Zugang zu Gerichten und Umweltinformationen verbessern

Ausnahmeregelungen beim Zugang zu Umweltinformationen und bei der Pflicht zur Beteiligung der Öffentlichkeit müssen reduziert werden, fordert das EEB. Darüber hinaus gelte es, die Bürgerrechte der Aarhus-Konvention auch auf EU-Institutionen zu übertragen. Nicht zuletzt soll die Ratspräsidentschaft darauf hinwirken, dass auch die Mitgliedstaaten ihre Debatten über eine Richtlinie zum Zugang zu Umweltinformationen positiv abschließen. Das Europäische Umweltbüro will außerdem ein Auge darauf haben, dass die zweite Lesung zur Richtlinie zur Schaffung einer Raumdateninfrastruktur (INSPIRE) ebenfalls mit den Anforderungen zum Zugang zu Umweltinformationen in der Aarhus-Konvention übereinstimmt. Die in INSPIRE angelegten Barrieren beim freien Datenzugang der Öffentlichkeit, dem Datenaustausch zwischen Behörden und der Mehrfachnutzung durch Dritte sollen abgeschafft werden.

#### 3. Klimawandel bekämpfen

Als mittelfristiges EU-Ziel sollten bis 2020 die Emissionen um 30 Prozent (im Vergleich zum Ausgangsjahr 1990) reduziert werden. Darüber hinaus fordert das EEB die Österreichische Ratspräsidentschaft auf, mit wichtigen Industrie- und Entwicklungsländern eine breiten und vertieften Diskurs über konkrete Fortschritte im Rahmen der zweiten Vertragsstaatenkonferenz des Kyoto-Protokolls anzustoßen.

Der Umweltschutz müsse in den Gesetzesvorschlägen zu bestimmten fluoridierten Treibhausgasen und mobilen Klima-Anlagen besser integriert werden. Auch bei der Förderung von Bioenergie und Biokraftstoffen dürfe die Nachhaltige Produktion nicht zu kurz kommen, weshalb ein verlässliches Kontrollsystem eingeführt werden muss. Dieses soll dazu führen, dass nur Biomasse für die Energieproduk-

tion genutzt wird, deren Anbau und Verarbeitung einen in jeglicher Hinsicht positiven Umwelteffekt haben.

Klar positioniert sich das EEB zu Atomenergie: Atomkraft ist keine Lösung für den Klimawandel. So solle die österreichische Ratspräsidentschaft darauf bestehen, dass u. a. die Vereinbarungen mit der Slowakei und Bulgarien zur Schließung bestimmter Atomkraftwerke eingehalten werden.

Die Umweltorganisation regt außerdem eine Initiative zur Ausarbeitung eines Konzeptes an, damit die Subventionierung von Kohlebergbau und -nutzung, Braunkohle und Torf abgeschafft werden kann.

#### 4. Saubere Luft für Europa

Das EEB hat als vierten Prüfstein einen Beschluss des Ministerrates über die von der EU-Kommission vorgelegte thematische Strategie zu Luftverschmutzung auf der Agenda stehen: der Rat soll die Dringlichkeit weiterer Maßnahmen zur Reduktion von Luftverschmutzung anerkennen und deutlich stärkere Aktivitäten zum Schutz von Gesundheit und Umwelt an den Tag legen. Darüber hinaus soll eine Revision der Luftqualitäts-Richtlinien erfolgen, ohne dass bestehende Grenzwerte abgeschwächt oder Zeitfristen aufgehoben werden. Auch ein Limit für Feinstaub (PM<sub>2,5</sub>) sollte beschlossen werden, um eine tatsächliche Reduktion von Feinstaub in die Wege zu leiten.

Der zu erarbeitende Gemeinsame Standpunkt des Rates zur Euro-5-Norm soll zu einer Reduktion von Feinstaub bei Dieselpkw um mindestens 90 Prozent sowie von Stickoxiden bei Dieselfahrzeugen um 70 Prozent führen.

Die Österreichische Präsidentschaft soll sich bei der Halbzeitbilanz zum Weißbuch Verkehr von 2001 außerdem für eine stärkere Entkopplung des Wirtschaftswachstums vom Wachstum des Verkehrsaufkommens einsetzen und sich für die Förderung guter Beispiele von Modal-Shift (Entlastung der Straße durch Verlagerung auf die Schiene) einsetzen.

#### 5. Vom Abfallmanagement zum Ressourcenmanagement

In der Zeit ihres Ratsvorsitzes soll die österreichische Regierung dafür sorgen, dass die EU eine führende Rolle in der Ab-

<sup>1</sup> Schlussfolgerungen des Europäischen Rates im März 2005, [www.europa.eu.int/european\\_council/conclusions/index\\_de.htm](http://www.europa.eu.int/european_council/conclusions/index_de.htm)

fallpolitik einnimmt. Dabei ist für das EEB die Abfallhierarchie zu beachten, das heißt, der Fokus soll auf Müllvermeidung, Wiederverwendung und Recycling und nicht auf Müllverbrennung und Deponierung liegen. Eine Abfallstrategie, die nicht den im 6. Umweltaktionsprogramm beschlossenen Zielen - besonders dem quantitativen Reduktionsziel bis 2010<sup>1</sup> entspricht - sei. Des Weiteren gelte es, für spezielle Abfallströme Gesetzesregelungen zu entwickeln, z. B. für biologisch abbaubare Abfälle. Rückschritte in der Abfallpolitik und -gesetzgebung müssten zurückgewiesen werden, fordert das EEB. Hier gehe es um die auf Umwelt zugeschnittene Beantwortung der Frage nach der Definition für „Abfall“, um strenge Regelungen für Altöl und um die Managementkontrolle bei gefährlichen Abfällen.

Die thematische Strategie für eine nachhaltige Nutzung natürlicher Ressourcen müsse mit ehrgeizigen und EU-weit gültigen Zielen für eine Verbesserung der Ressourcenproduktivität und Öko-Effizienz angereichert werden. Darüber hinaus solle ein Konzept für 20 als besonders wichtig geltende Ressourcen und nachhaltige Erntekriterien für biotische Ressourcen erarbeitet werden. Rechtlich bindende Auflagen, Maßnahmen und Umsetzungsstrukturen dürften ebenfalls nicht fehlen. Das EEB hatte dies schon von den Briten gefordert, die im zweiten Halbjahr 2005 den Ratsvorsitz inne hatten (siehe Bewertung der britischen Präsidentschaft, S. 10).

## 6. Alpenkonvention unterschreiben und umsetzen

Europa soll unter dem Vorsitz der Österreicher endlich das Verkehrsprotokoll der Alpenkonvention unterschreiben und Fortschritte bei der Ratifizierung der anderen bereits unterzeichneten Protokolle machen. Das INTERREG<sup>2</sup>-Alpenraumprogramm soll als Finanzquelle zur Umsetzung der Konvention und für gemeinschaftliche Nachhaltigkeitsprojekte im gesamten Alpenraum fortgesetzt werden. Darüber hinaus fordert das Europäische Umweltbüro, dass die Bemühungen zur

<sup>1</sup> Bis 2010 will die EU den endgültig zu entsorgenden Abfall um 20 % vermindern, bis zum Jahr 2050 um 50 % - so das im 6. Umweltaktionsprogramm angegebene Ziel.

<sup>2</sup> Die Gemeinschaftsinitiative INTERREG des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) fördert die verstärkte Zusammenarbeit zwischen den Regionen der Europäischen Union.

Vernetzung mit anderen Bergregionen in der EU vorangetrieben werden.

## 7. Neuer Anlauf für eine ehrgeizige Gentechnik-Politik

Das Recht der Mitgliedstaaten zur Einrichtung gentechnikfreier Regionen auf lokaler und regionaler Ebene und bindende, in der gesamten EU geltende Regelungen zur Koexistenz müssen durchgesetzt werden, fordert das EEB. Dazu müsse das Zulassungsverfahren überarbeitet werden, besonders indem sich die Risikoüberprüfung der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) rechtlich bindend an die in der Richtlinie 2001/18/EG festgelegten Kriterien orientiert und mehr Transparenz und Beteiligungsmöglichkeiten interessierter Gruppen beim Komitologieverfahren<sup>3</sup> gewährleistet wird. Nur so könne ein glaubwürdiger Entscheidungsprozess durchgeführt werden.

## 8. Einsatz für einen wirkungsvollen Biodiversitätsschutz

Der österreichische Ratsvorsitz soll sich dafür einsetzen, dass in der Finanzierungsplanung für 2007-2013 für das Natura-2000-Netzwerk 21 Milliarden Euro garantiert bereitgestellt werden. Darüber hinaus soll sichergestellt werden, dass die EU-Kommission ihre Mitteilung zu Biodiversität auf der Basis der „Botschaft von Malahide“ und den Konferenzbeschlüssen von Bergen op Zoom zur Vogelschutz-Richtlinie klar, übersichtlich, präzise und ehrgeizig formuliert.

Darüber hinaus gelte es, eine EU-Initiative für einen besseren Schutz vor Waldbränden zu diskutieren - mit besonderer Berücksichtigung des Mittelmeerraums.

## 9. Schutz des Grundwassers für nachfolgende Generationen

Die Grundwasserschutzpolitik der EU darf kein Rollback erleiden, fordert das EEB. Deshalb soll die neue Ratspräsidentschaft sich für klare und rechtlich bindende Verpflichtungen einsetzen, die Schutz vor dem Eindringen gefährlicher Substanzen einschließlich Pestiziden und Schwermetallen bieten. Ausnahmen für Aktivitäten wie Landwirtschaft und Ausbaggerungen dürften dabei nicht zugelassen werden.

<sup>3</sup> Beim Komitologieverfahren entscheiden das Europäische Parlament und der Ministerrat über die grundsätzlichen Bestimmungen in den Rechtsakten und übertragen der EU-Kommission die Regelung der technischen Durchführung (Ausschüsse).

Auch Ausnahmen auf dem Weg zu einer Trendwende in der Landwirtschaft und bei der Anwendung der Nitratwerte-Normen sollen nicht mehr zugelassen werden.

Darüber hinaus, so das Umweltbüro, müsse der hohe Wert der Grundwasser-ökosysteme endlich anerkannt werden.

## 10. Bodenschutz

Der Rat soll eine Debatte über den zu erwartenden Kommissionsvorschlag für eine thematische Strategie zum Bodenschutz anstrengen. Eine Rahmenrichtlinie zum Bodenschutz mit Zielen und Zeitplan müsse dabei ebenfalls diskutiert werden, fordert das EEB in seinem letzten Grünen Prüfstein.

Es bleibt abzuwarten, inwieweit die österreichische Regierung diesen Forderungen Rechnung trägt. (jg) ■

## • Weitere Informationen

Europäisches Umweltbüro (EEB), Generalsekretär John Hontelez, 34 Boulevard de Waterloo, B-1000 Brüssel  
Tel. 0032 2 / 2891091  
eMail: hontelez@eeb.org  
www.eeb.org

Die zehn Grünen Prüfsteine (deutsch):  
[www.eeb.org/publication/EEB-Ten-Green-Tests-for-Austrian-Presidency-FINAL-DE-040106.pdf](http://www.eeb.org/publication/EEB-Ten-Green-Tests-for-Austrian-Presidency-FINAL-DE-040106.pdf)

## Gastbeitrag Umweltschutz und Normung: ECOS fordert Reformen

### Umweltbelange stärken gegen vorherrschende Industrie-Interessen

Im vergangenen Dezember beschäftigten sich mehrere Veranstaltungen in Brüssel mit dem Thema „Umweltschutz und Normung“<sup>1</sup>. Durch Normung soll eine Vereinheitlichung von Produkten, Messtechniken und Verfahren erreicht werden. Normung kann ein wichtiges Instrument des Umweltschutzes sein, wenn z. B. Messverfahren genormt werden, um Ergebnisse von Schadstoffmessungen vergleichbar zu machen (Feinstaub in der Luft, Nitrate im Wasser, genetisch veränderte Organismen in Lebensmitteln etc.). Durch das Vorherrschen von Industrie-Interessen in der Normung ist es andererseits sehr schwierig, Umweltbelange in diesem Prozess zu verankern.

### Beteiligung von Verbänden in der europäischen Normung

Die European Environmental Citizens' Organisation for Standardisation (ECOS) repräsentiert die Umweltverbände (NGOs) bei den europäischen Normungsorganisationen und versucht, durch die Entsendung von NGO-Experten in technische Ausschüsse den Inhalt der europäischen Normen im Sinne der Nachhaltigkeit zu beeinflussen<sup>2</sup>. Deutsche Mitglieder von ECOS sind der BUND, der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) und der DNR. Da die Bundesrepublik verpflichtet ist, europäische Normen unverändert zu übernehmen und entgegenstehende nationale Normen zurückzuziehen, ist eine Beteiligung der Umweltverbände auch in

der europäischen Normung besonders wichtig<sup>3</sup>.

### ECOS-Konferenz: Politik und Normung - zwei Welten

Am 1. Dezember diskutierten Expert/innen auf einer ECOS-Konferenz das Spannungsfeld der Umsetzung öffentlicher Umweltpolitik durch private Normen.

In seiner Grundsatzrede zur Konferenz „Private standards in public policies“<sup>4</sup> stellte Dr. Christian Hey, Generalsekretär des Sachverständigenrates für Umweltfragen, die These auf, dass Politik und Normung „zwei in sich geschlossene Kommunikationswelten“ seien. Sie funktionierten nach unterschiedlichen Regeln und wünschten keine Einmischung des jeweils anderen Regelsystems. Der Schlüssel zur besseren Integration von Umweltaspekten in die Normung sei es, diese Trennung durch verbesserte Kommunikation und eine effektivere Rückkoppelung aufzuheben bzw. zu verringern. Hey kam zu dem Schluss, dass EU-Kommission, Normungsorganisationen und interessierte Umweltkreise konsequent ein Bündel von Reformen zu verwirklichen haben. So seien die Präzision des politischen Mandats an die Normungsgremien und die obligatorische Unterstützung von NGOs auf der nationalen Ebene notwendig.

### EU-Kommission zur Berücksichtigung von Umweltaspekten in der Normung

Ergebnisse dieser Diskussion wurden auch am 2. Dezember beim dritten Folgeseminar der EU-Kommission zur Mitteilung „Berücksichtigung von Umweltaspekten bei der europäischen Normung“<sup>5</sup> vorgebracht. Es wurde diskutiert, ob das gegenwärtige europäische Normungsmodell einen ausreichend breiten Konsens und eine ausgewogene Beteiligung von Interessenvertretern gewährleistet. Ferner wurde der Zusammenhang zwischen an-

gemessener Beteiligung von Interessenvertretern und der Berücksichtigung von Umweltaspekten beleuchtet.<sup>6</sup>

### Noch keine angemessene Lobby für Umwelt- und Verbraucherschutz

Als Vertretung der Umweltorganisationen fordert ECOS u.a.

- ein Stimmrecht bei Abstimmungen über Normentwürfe,
- eine systematische und unabhängige Kontrolle der Normen, die sie zur Umsetzung von Umweltgesetzgebung selbst in Auftrag gegeben hat, durch die Europäische Kommission sowie
- eine stärkere finanzielle Unterstützung der Verbände durch die öffentliche Hand für die Mitarbeit in der Normung.

Aus Sicht der Umweltverbände lässt sich zusammenfassen, dass bereits einige Verbesserungen erreicht worden sind, aber noch viel zu tun bleibt, bevor von einer fairen Chance für Umwelt- und Verbrauchergruppen zur Beeinflussung des Normungsprozesses die Rede sein kann. ■

Gastautor: Ralf Lottes, ECOS Brüssel

### • Weitere Informationen

European Environmental Citizens' Organisation for Standardisation (ECOS), Geschäftsführer Ralf Lottes, Boulevard de Waterloo 34, B-1000 Brüssel  
Tel. 0032 2 / 28910-93, Fax -99  
eMail: ralf.lottes@ecostandard.org  
www.ecostandard.org

EU-Kommission, Generaldirektion Unternehmen, Seite zur Normung:  
www.europa.eu.int/comm/enterprise/standards\_policy/index\_en.htm

CEN-Europäisches Komitee für Normung, Information zu Umweltbelangen:  
www.cenorm.be („Business domains“ - „All domains“ - „Environment“)

Deutsches Institut für Normung (DIN)  
www.din.de

Environment Daily, 09.12.05

<sup>6</sup> Details zum Workshop:  
www.europa.eu.int/comm/environment/standardisation/workshop\_brussels\_05\_12\_02.htm

<sup>1</sup> Normung heißt die planmäßige, durch interessierte Kreise durchgeführte Vereinheitlichung von materiellen und immateriellen Gegenständen zum Nutzen der Allgemeinheit. Sie wird im Rahmen privater Normungsorganisationen durchgeführt, in Deutschland vom DIN, in Europa von CEN oder CENELEC. Das Ergebnis von Normung ist eine technische Vorschrift, die man Norm nennt. Ihre Anwendung ist prinzipiell freiwillig, ebenso wie die Beteiligung an ihrer Erarbeitung.

<sup>2</sup> ECOS arbeitet zu den Themenschwerpunkten  
- Klimawandel, Energiehaushalt und Umweltbilanz von Gebäuden  
- Boden, Wasser, Luft  
- Elektromagnetische Felder von Mobil-Telefonen, Elektroschrott, Energiebetriebene Produkte  
- Genetisch veränderte Organismen (GVO)  
- Abfall und Ersatzbrennstoffe  
- Umweltmanagementsysteme und Umwelt-Produkt-Erklärungen

<sup>3</sup> Deutsches Pendant zu ECOS ist die von BUND, BBU und DNR getragene „Koordination Normungsarbeit der Umweltverbände (KNU)“.  
Kontakt: Natalie Eckelt, BUND, Am Köllnischen Park 1, 10179 Berlin, Tel. 030 / 27586476, eMail: natalie.eckelt@bund.net

<sup>4</sup> Manuskript: www.ecostandard.org („standardisation policy“).

<sup>5</sup> KOM/2004/130 endg. - Mitteilung der Kommission an den Rat, das Europäische Parlament und den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss vom 24.02.2004 - Berücksichtigung von Umweltaspekten bei der europäischen Normung:  
www.europa.eu.int/eur-lex/de/com/cnc/2004/com2004\_0130de01.pdf

## Thematische Strategie zur städtischen Umwelt vorgelegt

### Kommissionsentwurf bleibt in Unverbindlichkeiten stecken

Die Europäische Kommission hat Anfang Januar eine neue thematische Strategie für die städtische Umwelt vorgelegt. Sie soll es den Mitgliedstaaten sowie den regionalen und kommunalen Behörden erleichtern, das EU-Umweltrecht auf lokaler Ebene besser umzusetzen und so die zahlreichen Umwelt- und Gesundheitsgefahren der Großstädte zu beheben. Die Strategie ist eine der sieben im sechsten Umweltaktionsprogramm vorgesehenen Strategien.

### Verbindliche Regelungen zugunsten freiwilliger Ansätze aufgegeben

Ob der vorgelegte Kommissionsentwurf geeignet ist, die urbanen Umweltsituationen zu verbessern, wird von Umweltverbänden stark bezweifelt. „Die Kommission scheute sich anscheinend davor, die Planung weiterführender EU-Richtlinien in die Strategie zu integrieren. Statt dessen soll es den Mitgliedstaaten überlassen bleiben, ihre Umweltsituationen zu verbessern. Diese freiwilligen Ansätze haben sich in der Vergangenheit als erfolglos erwiesen, weshalb die meisten europäischen Städte weiterhin gewaltigen Problemen etwa bei Abfall, Abwasser, Luftgüte und Lärm gegenüber stehen“, bewertet Kerstin Meyer vom Europäischen Umweltbüro (EEB) den derzeitigen Strategieentwurf. Statt der ursprünglich geplanten verbindlichen Pläne, die die großen Städte zu einer integrierten Umwelt- und Verkehrspolitik gezwungen hätten, würden jetzt lediglich noch technische Richtlinien für 2006 angekündigt.

### Maßnahmen der Strategie

Tatsächlich liegt der Fokus dieser thematischen Strategie nun auf einer besseren Kommunikation zwischen den Städten durch Austausch von Erfahrungen und bewährten Praktiken. Im Einzelnen sind dies die Einrichtung eines neuen europäischen Programms für den Austausch von Kenntnissen und Erfahrungen in städtischen Fragen etwa durch die Errichtung eines Netzes nationaler Zentren für die städtische Umwelt („Europäische Wissensplattform“); Fortbildungen in Behörden für bessere Umweltdienstleistungen und die Erstellung von Leitlinien für integriertes Umwelt- und Verkehrsmanagement. Außerdem will die Kommission Un-

terstützung für Investitionen und Forschungs- und Demonstrationsprojekte zu zentralen Aspekten der städtischen Umwelt anbieten (z.B. Investitionen für den Stadtverkehr).

Letzteres sehen die Umweltverbände als einzige Maßnahme in der Strategie, um tatsächlich Ansätze einer nachhaltigen Stadtentwicklung in die Stadtentwicklungspolitik integrieren zu können. So könnten neue Möglichkeiten innerhalb der Kohäsions- und Strukturfonds zur Finanzierung von Umweltmaßnahmen in Großstädten neue Wege eröffnen - doch bisher sollen auch diese Entscheidungen den Städten überlassen werden. (tf) ■

### • Weitere Informationen

Europäisches Umweltbüro (EEB), Kerstin Meyer, Expertin für Luft-, Lärm- und Stadtpolitik, 34 Boulevard de Waterloo, B-1000 Brüssel  
Tel. 0032 2 / 289 1307  
eMail: kerstin.meyer@eeb.org  
www.eeb.org

Weitere Quelle: EU-Kommission  
IP/06/34, 13/01/2006

## Öffentliche Konsultation zur städtischen Entwicklung

### EU-Kommission bittet um Kommentare bis 17. Februar

„Kohäsionspolitik und Städte: der städtische Beitrag zu Wachstum und Beschäftigung in den Regionen“ so lautet der Titel eines Papiers, das die EU-Kommissarin Danuta Hübner zur öffentlichen Diskussion gestellt hat. Der für Regionalpolitik zuständigen Kommissarin geht es dabei um einen stärker strategischen und integrierten Ansatz, um mehr Wachstum, Beschäftigung, soziale Teilhabe und Umweltqualität zu erreichen. Die Vorschläge sind Teil der Reform der Kohäsionspolitik der Kommission für den Zeitraum 2007-2013.

Interessengruppen werden gebeten, ihre Kommentare bis 17. Februar einzureichen. Die Ergebnisse sollen in den Rahmen und die künftigen Prioritäten der von der EU geförderten Programme einfließen. (jg) ■

### • Weitere Informationen

Europäische Kommission, Generaldirektion Regionalpolitik, Rue de la Loi 200, B-1049 Brüssel  
Tel. 0032 2 / 295-4401, Fax -0143  
eMail: city-consultation@cec.eu.int

„Der städtische Beitrag zu Wachstum und Beschäftigung in den Regionen“ - Text der Konsultation:  
www.europa.eu.int/comm/regional\_policy/consultation/urban/contri\_urban\_de.pdf

## Thematische Strategie zur Ressourcennutzung liegt vor

### Konzentration auf „wichtigste Probleme“, keine Sofortmaßnahmen

Am 21. Dezember letzten Jahres hat die EU-Kommission ihre „thematische Strategie für die nachhaltige Nutzung natürlicher Ressourcen“ vorgelegt. Sie ist eine weitere der im 6. Umweltaktionsprogramm geplanten sieben Politikstrategien (siehe EUR Sonderheft 02.05). Hauptsächlich soll es in der Ressourcenstrategie um die Entkopplung des Wirtschaftswachstums vom Ressourcenverbrauch gehen. Damit reiht sich der Vorschlag nach EU-Angaben in die OECD-Umweltstrategie für die erste Dekade dieses Jahrhunderts<sup>1</sup> ein. Darüber hinaus ist die thematische Strategie im Zusammenhang mit der Europäischen Nachhaltigkeitsstrategie zu sehen und soll zu dieser Beiträge leisten. Die Ressourcen-Strategie konzentriert sich auf die Verbesserung von Sachkenntnissen, die Entwicklung von Monitoring-Instrumenten und die Stärkung strategischer Konzepte in spezifischen Wirtschaftssektoren, in den Mitgliedstaaten und auf internationaler Ebene. Ausdrücklich Bezug genommen wird auf die im letzten Jahr veröffentlichte Millennium-Ökosystem-Bewertung (siehe EUR 05.05, S. 28), in der herausgearbeitet wurde, dass 15 von 24 Ökosystemen, die Rohstoffe liefern und das menschliche Leben auf der Erde unterstützen, zerstört oder nicht nachhaltig genutzt werden.

Zu Ressourcen zählen laut Kommissionsvorschlag Mineralien, Biomasse, Umweltmedien und biologische Ressourcen, strömende Ressourcen (Wind- und geothermische Energie, Gezeiten- und Sonnenenergie) sowie der physische Raum (Land). Dabei gelten Ressourcen als Grundlage zur Herstellung von Produkten oder als so genannte Senken zur Absorption von Emissionen. Gefordert wird, dass sich die Muster der Ressourcennutzung in Europa ändern, weil Umweltzerstörung und übermäßiger Verbrauch sich sonst fortsetzen und die Abhängigkeit Europas von anderen Ländern steige (globale Dimension).

### Die Ziele

Mit der thematischen Strategie will die EU-Kommission einen politischen Rahmen zur Reduzierung der negativen Auswirkungen

der Ressourcennutzung auf die Umwelt bei gleichzeitigem Wirtschaftswachstum entwickeln. Ziele sind:

- Schaffung eines größeren Mehrwerts bei gleichzeitig geringerer Nutzung von Ressourcen (Erhöhung der Ressourcenproduktivität);
- Reduzierung der gesamten negativen Auswirkungen der Nutzung von Ressourcen auf die Umwelt (Erhöhung der Ökoeffizienz);
- Ersetzen der gegenwärtig genutzten Ressourcen durch bessere Alternativen ersetzen, falls keine sauberere Nutzung erreicht werden kann.

Diese Ziele sollen für den gesamten Lebenszyklus der Ressourcennutzung gelten, „so dass die negativen Auswirkungen auf die Umwelt nicht nur von einer Phase auf eine andere oder auf andere Länder verschoben werden“. Die Ressourcen-Strategie soll auch Informationen für die thematische Strategie zur Vermeidung und Wiederverwertung von Abfällen bieten (siehe Beitrag Seite 18) und einen Beitrag zur Abfallverringerung leisten.

### Die vorgeschlagenen Maßnahmen

- In der Strategie werden für einen Zeitraum von 25 Jahren unter anderem die folgenden Maßnahmen vorgeschlagen:
- Einrichtung eines von der EU-Kommission geleiteten Datenzentrums, in dem alle verfügbaren Kenntnisse über natürliche Ressourcen zusammengeführt und den Entscheidungsträgern zur Verfügung gestellt werden;
  - Einrichtung eines internationalen Panels in Zusammenarbeit mit dem UN-Umweltprogramm UNEP zur Bereitstellung unabhängiger wissenschaftlicher Beratung zu globalen Aspekten der Ressourcennutzung;
  - Entwicklung nationaler Maßnahmen und Programme durch die Mitgliedstaaten unter Leitung eines hochrangigen Forums aus Vertretern der Kommission und der Mitgliedstaaten und anderen Beteiligten;
  - Berücksichtigung der negativen Auswirkungen der Ressourcennutzung auf die Umwelt in Aktionsplänen der verschiedenen Wirtschaftssektoren, die die Kommission gemäß ihrer Strategie für Wachstum und Beschäftigung entwickeln will;
  - Bis 2008 Entwicklung von Indikatoren für das Monitoring und die regelmäßige Überprüfung der Fortschritte bei der Verwirklichung der Strategie.

### Bis 2008 zu entwickelnde Indikatoren

- Indikatoren zur Messung der Fortschritte bei der Effizienz und Produktivität der Verwendung natürlicher Ressourcen, einschließlich Energie;
- Ressourcenspezifische Indikatoren zur Bewertung, inwieweit negative Umweltfolgen von der Ressourcennutzung abgekoppelt wurden;
- Gesamtindikator zur Messung der Fortschritte bei der Verringerung der Umweltbelastung durch die Nutzung natürlicher Ressourcen (Ökoeffizienz-Indikator).

### EU-Kommission stellt Wachstumslogik nicht in Frage

Deutlich wird beim Lesen der Strategie, dass die Wachstumslogik nicht hinterfragt wird. So geht es „um den besten Umweltschutz-Ertrag im Verhältnis zu den investierten Aufwendungen“ und im Nachsatz wird betont, dass die Aufgabe darin besteht, „die begrenzten Mittel der Regierungs- und Wirtschaftsakteure auf die wichtigsten Umweltprobleme“ zu konzentrieren. Nach welchen Kriterien entschieden wird, welches Umweltproblem „wichtig“ ist, wird nicht erwähnt. Zwar soll „Raubbau“ verhindert werden, aber an Sofortmaßnahmen wird nicht gedacht. „Nach und nach“ soll es zu einer besseren Ressourceneffizienz und der Reduktion negativer Umweltauswirkungen kommen. Eine Stellungnahme des Sachverständigenrates für Umweltfragen zu der Strategie ist im Internet zu finden. ●

2010 soll es zu einer Überprüfung der thematischen Strategie kommen. Zunächst müssen aber Ministerrat und Parlament darüber abstimmen. ■

Autorin: Juliane Grüning, DNR Berlin

### • Weitere Informationen

[www.europa.eu.int/rapid](http://www.europa.eu.int/rapid) (Reference MEMO/05/497, IP/05/1674)

Strategie im Internet (deutsch): [www.europa.eu.int/comm/environment/natres/pdf/com\\_natres\\_de.pdf](http://www.europa.eu.int/comm/environment/natres/pdf/com_natres_de.pdf)

Stellungnahme des Sachverständigenrates für Umweltfragen: [www.umweltrat.de/frame03.htm](http://www.umweltrat.de/frame03.htm)  
Siehe auch EUR 12.05/ 01.06, S. 15

<sup>1</sup> [www.oecd.org/dataoecd/33/40/1863539.pdf](http://www.oecd.org/dataoecd/33/40/1863539.pdf)

## Gastbeitrag EU-Nachhaltigkeitsstrategie überarbeitet

### Es fehlen konkrete Vorschläge für mehr Ressourceneffizienz

Nach mehrmaliger Verzögerung hat die Europäische Kommission am 13. Dezember die überarbeitete EU-Nachhaltigkeitsstrategie (EU-SDS<sup>1</sup>) vorgestellt. In ihr wird die langfristige Zielsetzung der EU festgelegt und abgestimmt, sie kündigt neue Strategien oder Gesetzesvorhaben der EU an. Die neue Strategie soll am 15./16. Juni unter österreichischer Präsidentschaft vom Europäischen Rat angenommen werden. Zuvor werden sich auch die EU-Ministerräte damit befassen (Zeitplan siehe Kasten auf der nächsten Seite).

Der BUND, der Deutsche Naturschutzring und das Europäische Umweltbüro (EEB) kritisieren an dem Papier, dass konkrete Vorschläge und Maßnahmen fehlen. Das Primat der Lissabon-Politik „Erst die Wirtschaft, dann die Umwelt“ bleibt unangestastet. BUND und DNR fordern die Bundesregierung auf, in der laufenden Konsultation bis zum Frühjahrsgipfel Nachbesserungen einzubringen. Die Ressourcenproduktivität muss um den Faktor vier in 25 Jahren gesteigert und die externen Kosten in den Bereichen Infrastruktur und Transport müssen innerhalb der nächsten fünf bis zehn Jahre integriert werden.

Zu begrüßen ist: In der Mitteilung der EU-Kommission wird eine regelmäßige Überprüfung der EU-SDS anhand von Indikatoren angekündigt. Die Themenauswahl scheint gut. Aber mehr Klarheit für die Umsetzung bringt das nicht: Es gibt nun drei, durchaus unterschiedliche Akzentsetzende Dokumente aus dem Jahr 2005, die alle eine Überarbeitung der Strategie vorbereiten: Die selbstkritische Mitteilung der Kommission im Februar, die anspruchsvollen „Leitprinzipien“ vom Juni und die aktuelle, als schwach zu bewertende Mitteilung im Dezember.

Dass die EU-Nachhaltigkeitsstrategie „komplementär“ zur Lissabon-Strategie verstanden werden soll, hilft da wenig weiter: Eine EU-SDS für die langfristige Zielsetzung, die Lissabon-Strategie für die kurzfristige Politik? Wie soll eine langfristige Strategie Ergebnisse erzeugen, wenn

sie kurzfristig nicht umgesetzt wird? Wenn man ein Schild „Morgen geöffnet“ an seiner Ladentür anbringt, es aber dann nicht wieder abhängt, bleibt der Laden faktisch zu – man wird ungläubig und muss damit rechnen, bald bankrott zu sein.

Das Kernproblem: Zwar werden einige Ziele detaillierter formuliert und bei den Zuständigkeiten wird mehr Klarheit geschaffen – neue und konkrete Maßnahmen werden aber nicht vorgeschlagen. Das Europäische Umweltbüro sieht in der Mitteilung der Kommission sogar in einigen Bereichen Rückschritte hinter die in Göteborg verabschiedete Strategie von 2001.

**Welche Aspekte sind herauszuheben?**  
Die wichtigsten (noch zu ergänzenden) Forderungen der Verbände sind:

Politischen Status stärken: Die EU-SDS sollte eine übergreifende Strategie sein. Da Lissabon aber anscheinend die „Umsetzungsstrategie“ der EU ist, müssen die Ziele der EU-SDS in die Lissabon-Strategie integriert werden.

Konkrete Maßnahmen und Ziele festlegen: Die Europäische Kommission hat zu jedem Schwerpunktbereich „Leitaktionen“ formuliert. Es fehlen aber (u.a.):

- ein spezifisches Ziel für die Ressourcenproduktivität, z.B. Faktor 4 in 25 Jahren.
- ein Ziel für die Integration externer Kosten in den Bereichen Infrastruktur und Verkehr innerhalb der nächsten 5 bis 10 Jahre (Entkopplung Verkehrswachstum von Wirtschaftswachstum);
- konkrete Vorschläge zum endgültigen Abbau umweltschädlicher Subventionen durch die EU und die Mitgliedstaaten;
- konkrete Vorschläge für eine grundlegende Steuerverlagerung von Arbeit auf Ressourcen/Verschmutzung;
- konkrete Vorschläge, wie alle Förderprogramme auf eine Förderung aller Aspekte der Nachhaltigen Entwicklung auszurichten sind.
- konkrete Vorschläge, wie die EU ihre Verpflichtung erreichen will, bis 2010 den Biodiversitätsverlust zu stoppen.

Umsetzung zielgerichtet überprüfen (Monitoring): Ziel des Monitorings müssen klare Impulse für die Gestaltung der EU-Politik sein. Deshalb: einjähriges statt zweijähriges Monitoring, knappes Papier (Indikatoren, Stand der Umsetzung, Ziele, Leistungen, neue Maßnahmen) mit großer Öffentlichkeitswirkung.

An politischen Prozess anknüpfen: Es ist entscheidend, dass das Monitoring zeitlich und inhaltlich mit der politischen Schwerpunktsetzung (Lissabon-Strategie und Frühjahrsgipfel) verknüpft wird, um politische Kohärenz und Öffentlichkeitswirkung zu stärken.

Selbstkritische Analyse durchführen: Genauso wenig wie die EU-SDS die Zerstörung der Umwelt gebremst hat, schafft die Lissabon-Strategie Arbeitsplätze. Stattdessen klappt die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinander, die Profite der europäischen Industrie und ihrer Aktionäre steigen in Rekordlagen. Aber allein die ökologische Steuerreform hat in Deutschland 250.000 Arbeitsplätze geschaffen. Man darf fragen: Quo vadis, EU?

Folgenabschätzung verbessern: Im Rahmen der EU-SDS muss das Verfahren der Impact Assessments für politische Vorhaben so weiter entwickelt werden, dass es eine unabhängige Bewertung ermöglicht, die ökologische Aspekte tatsächlich mit einbezieht.

Verständnis von Nachhaltiger Entwicklung klären: Nicht zuletzt fehlt in der EU-SDS als entscheidende übergreifende Zielsetzung: „Gewährleisten, dass durch den Verbrauch von erneuerbaren und nicht erneuerbaren Ressourcen sowie durch die damit verbundenen Auswirkungen die Tragfähigkeit der Umwelt nicht überschritten wird“ (Zitat aus dem 6. Umweltaktionsprogramm). Damit würde auch die Hierarchie zwischen Lissabon und EU-SDS in einem neuen Licht erscheinen.

### Arten-Indikator in die Lissabon-Strategie einbeziehen

Auch BirdLife International hat sich zur EU-Nachhaltigkeitsstrategie geäußert. Nur zustimmen kann man der Forderung, dass die EU-SDS nicht hinter den in Göteborg vereinbarten Zielen zurückbleiben darf. Hinzufügen darf man, dass sie auch nicht hinter den im Juni veröffentlichten Leitprinzipien zurückbleiben sollte. Auch die Forderung, einen Artenindikator in die Lissabon-Strategie aufzunehmen, zeigt in die richtige Richtung. Denn die EU-SDS muss der Aufgabe gerecht werden, tatsächlich die übergreifende Zielsetzung der EU-Politik darzustellen. Das bedeutet, dass ihre Ziele auch in andere politische Strategien (wie Lissabon) integriert werden – und nicht andersherum.

<sup>1</sup> Sustainable Development Strategy

**Die Entwicklung der Europäischen Nachhaltigkeitsstrategie (EU-SDS):**

- 2001: In Göteborg wird die Strategie der Europäischen Union für nachhaltige Entwicklung beschlossen
- August-Oktober 2004: Öffentliche Konsultation zur EU-SDS
- Februar 2005: Mitteilung der EU-Kommission: in einer ersten Bestandsaufnahme wird eine Reihe nicht-nachhaltiger Entwicklungen aufgezeigt
- Mai 2005: Integrierte Leitlinien für Wachstum und Beschäftigung (2005-2008)
- Juni 2005: Europäischer Rat nimmt „Leitprinzipien der Nachhaltigen Entwicklung“ an
- Dezember 2005: EU-Kommission veröffentlicht Überprüfung der EU-SDS - Umweltverbände sind enttäuscht

**Zeitplan 2006:**

Die Ministerräte<sup>1</sup> befassen sich mit der Überprüfung der EU-SDS und der Mitteilung der Kommission:

- 09.03. Umweltrat
- 27.03. Verkehrsrat
- 10.04. Allg. Rat der Außenminister
- 20.03. Landwirtschafts-/Fischereirat
- 05.05. Wirtschafts- und Finanzrat
- 18.05. Rat für Erziehung/Jugend/Kultur
- 01.06. Rat für Beschäftigung/Soziales
- 02.06. Rat für Gesundheit und Verbraucherschutz
- 08.06. Rat für Telekommunikation/Energie

Am 15. Juni soll der Europäische Rat (EU-Gipfel) die EU-SDS annehmen.

Alle zwei Jahre wird es einen Fortschrittsbericht geben, 2009 soll erneut geprüft werden. (jg)

**Industrie befürchtet Ende der Lissabon-Hegemonie**

Von Industrieseite scheinen vor allem folgende Befürchtungen im Vordergrund zu stehen, die quasi eine negative Agenda setzen:

- Die EU-SDS könnte der Debatte um die Lenkungswirkungen öffentlicher Beschaffung neue Impulse geben - (Beispiel skandinavische Länder)

- Es könnte zu einer Übernahme von Zielen aus der EU-SDS in die Lissabon-Strategie kommen.
- Es könnte zu einer neuen Debatte über die Verantwortung von Unternehmen (CSR) kommen, nachdem sich die Wirtschaft im Rahmen des EU-CSR-Prozesses jeglicher Verpflichtung entziehen konnte.
- Es könnte zu einer intensiven Debatte über eine Verlagerung der Steuerlast von Arbeit auf Energie oder Umweltverschmutzung kommen.

Dass die Industrie von der EU-SDS Notiz nimmt, mag im Sinne von „Viel Feind, viel Ehr“ ein gutes Zeichen sein. Viel Anlass zur Besorgnis hat die Industrie bei der bestehenden EU-SDS allerdings nicht - dafür ist sie zu vage.

**Österreichische Präsidentschaft: Pflicht und Kür**

Pflicht ist, dass der Europäische Rat im Juni tatsächlich eine überarbeitete Europäische Nachhaltigkeitsstrategie verabschieden kann. Kür ist, wenn es die österreichische Präsidentschaft schafft, die entleerte, industriefreundliche Vorlage der englischen Präsidentschaft im Sinne der europäischen Bürger mit Inhalt zu füllen. Damit würde sie auch an Deutschland ein Signal senden, die eigene Nachhaltigkeitsstrategie als Instrument für die Umsetzung einer wirklich zukunftsfähigen, abgestimmten Politik zu nutzen. ■

Gastautor: Daniel Unsöld, BUND

• **Weitere Informationen**

BUND, Daniel Unsöld, Projekt Nachhaltigkeitsstrategie, Am Köllnischen Park 1, 10179 Berlin  
Tel. 030 / 27586-462  
eMail: daniel.unsoeld@bund.net  
www.bund.de

Deutscher Naturschutzring, Bjela Vossen, EU-Koordination, Prenzlauer Allee 230, 10405 Berlin  
Tel. 030 / 443391-85  
eMail: bjela.vossen@dnr.de  
www.eu-koordination.de

Überprüfung der EU-Nachhaltigkeitsstrategie:  
www.europa.eu.int/comm/sustainable/sds2005-2010/index\_en.htm

**Newsticker**

**Alpenkonvention kommt ein Stück voran: Drei Protokolle unterzeichnet**

Die EU hat im Januar weitere drei Protokolle - selbständige, völkerrechtliche Durchführungsübereinkommen - im Rahmen der Alpenkonvention unterzeichnet. Es handelt sich um die Protokolle zu Bodenschutz, Energie und Tourismus. Die EU hat inzwischen sechs Protokolle unterzeichnet. Nun fehlen noch Verkehr und Streitbeilegung. Die EU ist eine der acht Vertragsparteien der Alpenkonvention. Die Alpenkonvention ist ein Rahmenübereinkommen zur Gewährleistung des Schutzes und einer dauerhaften und umweltgerechten Entwicklung des Alpenraums. (jg)  
Quelle: Environment Daily, 10.01.06

**Analyse der EU-Umweltausgaben 2002**

Nach Angaben der Europäischen Statistikagentur Eurostat betragen die EU-Umweltausgaben der 25 heutigen EU-Länder aus der Staatskasse im Jahr 2002 51 Milliarden Euro - drei Milliarden weniger als 2001. Bei den neuesten statistischen Berichten standen Abfallbehandlung und Abwasseraufbereitung im Mittelpunkt. Die meisten Staatsausgaben im Umweltbereich in Europa betreffen die Verwaltung, so wurden 2002 über ein Viertel der Ausgaben für Abfallmanagement genutzt. „Spezialisierte Erzeuger“ von Umweltdienstleistungen wurden getrennt von der öffentlichen Hand gezählt, diese habe im Jahr 2002 laut Eurostat 75 Milliarden Euro oder 0,8 Prozent des BIP gezahlt. Im Vergleich betragen die Umweltausgaben der produzierenden Industrie 38 Milliarden Euro im gleichen Jahr. (if)  
Quelle: Environment Daily 16.12.05;

**WWF will mehr Umweltschutz in EU-Nachbarschaftspolitik**

Der WWF hat in einem Positionspapier zur Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) mehr Engagement im Umweltbereich gefordert. Zwar sei Nachhaltige Entwicklung ein Hauptziel der ENP, doch hat der WWF große Zweifel, ob diese im Konkreten auch umgesetzt werden. Die Umweltorganisation hat einen „Neun-Schritte-Plan“ erarbeitet, in dem u. a. Umweltintegration, Transparenz, Öffentlichkeitsbeteiligung und Zugang zu Umweltinformationen gefordert werden. (jg)  
[http://assets.panda.org/downloads/wwf\\_position\\_paper\\_on\\_enp\\_4december\\_05.pdf](http://assets.panda.org/downloads/wwf_position_paper_on_enp_4december_05.pdf)  
■

<sup>1</sup> Der Rat für Justiz und der Rat für Wettbewerb tagen nicht zur EU-SDS.

## Thematische Strategie zur Abfallvermeidung vorgelegt

### Umweltverbände: „Einfallstor für mehr Müllverbrennung“

Ende Dezember hat die EU-Kommission die thematische Strategie zu Abfallvermeidung und -recycling veröffentlicht, mit der Europa zu einer „Recycling-Gesellschaft“ ausgebaut werden soll. Sie legte außerdem einen Vorschlag zur Novellierung der Abfallrahmenrichtlinie aus dem Jahr 1975 vor. Das Europäische Umweltbüro (EEB) kritisierte die Papiere. Generalsekretär John Hontelez erklärte, damit könne das wachsende Problem der Abfallsorgung nicht bewältigt werden. Vielmehr werde dadurch „ein notwendiges Stück bestehender EU-Gesetzgebung abgebaut“.

### Schwerpunkte

Die thematische Strategie zu Abfallvermeidung und -recycling zielt vor allem auf eine „Vereinfachung und wirksamere Gestaltung“ im Abfallbereich sowie auf eine „Verbesserung des Recyclings“ ab. Bei der Novellierung der Abfallrahmenrichtlinie geht es unter anderem um obligatorische nationale Abfallvermeidungsprogramme, eine Vereinfachung der Rechtsvorschriften im Abfallbereich sowie eine Verbesserung des Recyclingmarktes durch Festlegung von Umweltstandards.

Der Vorschlag zur Überarbeitung der Abfallrahmenrichtlinie enthält nach Angaben der EU-Kommission die folgenden Hauptpunkte:

- Konzentration der Abfallpolitik auf die verbesserte Nutzung der Ressourcen;
- Verpflichtende Erstellung nationaler Abfallvermeidungsprogramme unter Berücksichtigung der verschiedenen nationalen, regionalen und lokalen Rahmenbedingungen; diese sind drei Jahre nach Inkrafttreten der Richtlinie abzuschließen;
- Verbesserung des Recyclingmarktes durch Festlegung von Umweltstandards, mit deren Hilfe genau spezifiziert wird, unter welchen Voraussetzungen bestimmte recycelte Abfälle nicht mehr als Abfall betrachtet werden;
- Vereinfachung der Rechtsvorschriften im Bereich Abfall durch Klärung der Definitionen, Angleichung der Bestimmungen und Integration der Richtlinien über gefährliche Abfälle (91/689/EWG) und Altölbeseitigung (75/439/EWG); letztere konzentrierte sich eher auf die Sammlung

als auf die Aufbereitung, was aus ökologischer Sicht nicht zu rechtfertigen sei.

Für die nächsten fünf Jahre sind weitere Maßnahmen zur Förderung des Recyclings und zur Schaffung eines für das Recycling förderlichen ordnungspolitischen Umfelds vorgesehen. Der Strategie ist eine Folgenabschätzung beigefügt.

### Vorgeschlagene Schritte

Der Umweltinformationsdienst Environmental Daily hat die von der EU-Kommission vorgeschlagenen Schritte aufgelistet, die in den nächsten drei Jahren durchgeführt werden sollen:

#### 2006

- Korrektur der Autorecyclingziele unter der Altautorichtlinie: das ursprünglich vorgeschlagene Ziel von 85 %, zu erreichen bis 2015, soll abgeschwächt werden;
- Bericht über die Umsetzung der Verpackungsmüll-Richtlinie (94/62/EG);
- Leitlinien zur Frage, wann Beiprodukte als Abfälle gelten und wann nicht; hierzu fällt der Europäische Gerichtshof einige Urteile;
- Leitlinien zur Einbeziehung des Lebenszyklus-Ansatzes in das Management von biologisch abbaubaren Abfällen (jenseits von Deponierung);
- Neuregelung der drei Richtlinien für die titandioxidhaltigen Abfälle produzierende Industrie (sollen ein Gesetz werden).

#### 2007

- Vorschlag zur Erweiterung der EU-Richtlinie zur Integrierten Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung (IPPC) zu ergänzenden Abfallmanagementaktivitäten (im Rahmen der IPPC-Überprüfung);
- Leitlinien für Mindest-Umweltnormen für Anlagen, die nicht unter die IPPC-Richtlinie fallen, und die Entwicklung von „besten verfügbaren Techniken“ für die Vermischung von gefährlichen Abfällen;
- Vorschlag zur Überprüfung der Richtlinien im Landwirtschaftsbereich zu Abwasser- und Klärschlamm (86/280/EWG);
- Leitlinien zur Übertragung von Instrumenten aus dem Lebenszyklus-Ansatz in andere Politikbereiche im Abfallsektor;
- Überprüfung und Bewertung der in der EU (nicht)umgesetzten Abfallpolitik sowie Bedarfsfeststellung für ergänzende Maßnahmen, um Europa zur „Recycling-Gesellschaft“ zu machen;

#### 2008

- Überprüfung der Richtlinienziele für Elektro- und Elektronik-Altgeräte (WEEE);
- Annahme erster Qualitätsstandards zur Definition, wann Abfall aufhört, Abfall zu sein (besonders Kompost und Abfälle in verschiedenen Recycling-Zuständen).

### Umweltverbände kritisieren Vorschläge scharf

Mehrere Umweltverbände haben sich sehr kritisch zum Vorschlag der EU-Kommission geäußert. Die schlimmsten Befürchtungen seien eingetreten. Nach Auffassung des Europäischen Umweltbüros (EEB) müsse das Gewicht vermehrt auf der Vermeidung anstatt auf der Wiederverwertung von Abfällen liegen. Das Abfallaufkommen innerhalb der EU sei immer noch zu hoch. Auch das EU-Parlament habe schon im März 2004 die Kommission aufgerufen, der Abfallvermeidung besondere Priorität einzuräumen. Die Standards für die fünf Stufen der allgemeinen Abfallhierarchie<sup>1</sup> seien zudem in den Strategien völlig untergegangen. Zwischen Müllrecycling und Müllverbrennung könne nicht mehr konsequent unterschieden werden, so das EEB - ein Einfallstor für mehr Müllverbrennungsanlagen. Ein adäquater Umgang mit biologisch abbaubaren Abfällen fehle ebenfalls. Die Umweltorganisation Friends of the Earth erklärte kurzerhand, er zugehörige Richtlinien-Entwurf sei ein „erbärmliches Stück Arbeit“, das „zerrissen und in einen Recycling-Mülleimer geworfen“ gehöre. In dieser Form werde die Richtlinie die Müllverbrennung forcieren und das Recycling erschweren. (db, jg) ■

### • Weitere Informationen

Europäisches Umweltbüro, Melissa Shinn, Brüssel  
Tel. 0032 2 / 289-1304, Fax -1099  
eMail: melissa.shinn@eeb.org

Thematische Strategie im Internet:  
[www.europa.eu.int/comm/environment/waste/pdf/com\\_waste.pdf](http://www.europa.eu.int/comm/environment/waste/pdf/com_waste.pdf) (engl.)  
Zugehörige Richtlinie:  
[www.europa.eu.int/comm/environment/waste/pdf/directive\\_waste.pdf](http://www.europa.eu.int/comm/environment/waste/pdf/directive_waste.pdf) (engl.)  
Quellen: Environment Daily, 21.12.05,  
[www.europa.eu.int/rapid](http://www.europa.eu.int/rapid) (Reference IP/05/1673)

<sup>1</sup> Abfallhierarchie: Abfall vermeiden, Wiederverwerten, Recycling/Kompostieren, Energetische Verwertung/Verbrennen, Deponieren

## Batterie-Richtlinie in zweiter Lesung angenommen

### Europäisches Parlament stimmt Abschwächungen zu

Das Europäische Parlament hat Mitte Dezember in zweiter Lesung die Richtlinie über Batterien und Altbatterien angenommen. Die Richtlinie regelt die Sammlung, die Rücknahme, das Recycling und die Finanzierung des Abfallmanagements von unterschiedlichen Typen von Altbatterien. Außerdem enthält sie ein Verbot bzw. die Beschränkung der Verwendung der Schermetalle Quecksilber und Kadmium in neuen Batterien. Die Verwendung dieser Schwermetalle ist aber nicht gänzlich verboten, z.B. dürfen Werkzeuge mit Akkuantrieb weiterhin Kadmium enthalten. Umweltverbände kritisieren, dass der Kadmiumgebrauch in anderen Richtlinien viel stärker reglementiert ist.

Bis 2012 müssen 25 % und bis 2016 mindestens 45 % der Alt-Gerätebatterien eingesammelt werden, wobei in der gesamten EU leicht zugängliche und kostengünstige Sammelstellen eingerichtet werden sollen. Umweltverbände kritisieren die geringen Sammelziele, ursprünglich waren 40 bzw. 60 Prozent vorgesehen.

### Positive Aspekte

Die Parlamentarier/innen stimmten aber für eine Kennzeichnungspflicht für die Leistungsfähigkeit von Batterien, so dass erkennbar wird, welche Batterie länger hält. Außerdem müssen die Hersteller von Batterien die Nettokosten der Sammlung, der Behandlung und des Recyclings übernehmen. Von den eingesammelten Batterien müssen zwischen 50 und 75 Prozent recycelt werden.

### Weitere Schritte

Nach Einschätzung von EU-Abgeordneten wird die Entscheidung des Parlaments vom Ministerrat nicht so akzeptiert, weshalb wohl ein Vermittlungsausschuss einberufen werden muss. (jg) ■

### • Weitere Informationen

Europäisches Umweltbüro (EEB), Melissa Shinn, Referentin für Abfall-/Produktpolitik, Boulevard de Waterloo 34, B-1000 Brüssel  
Tel. 0032 2 / 289-1300, Fax -1099  
eMail: melissa.shinn@eeb.org  
www.eeb.org

## Newsticker

### Großbritannien: Elektroschrott-Richtlinie weiter verzögert

Großbritannien hat eine weitere Verzögerung bei der Inkraftsetzung der Richtlinie über Elektro- und Elektronik-Altgeräte (Waste Electrical and Electronic Equipment - WEEE) angekündigt. Das Industrieministerium vertagte die Umsetzung der Richtlinie auf Juni 2006. Trotzdem will das Ministerium im Frühjahr über einen Gesetzesvorschlag beraten. Großbritannien steht eine Klage der Europäischen Kommission bevor, da die Umsetzung der WEEE-Richtlinie in nationales Recht scheiterte. Auch die gesetzliche Frist bis zum 13. August 2004 für die Einrichtung eines Sammelsystems für Elektroaltgeräte durch die Industrie wurde von der Regierung versäumt. Daraus resultierend muss die Regierung zusätzliche Kosten der Kommunalbehörden zahlen, die begannen, Altgeräte freiwillig zu sammeln. (if)  
Quelle: Environment Daily, 15.12.2005

### Standards der Abfalldeponierung in allen EU-Staaten verbessert

Ein Bericht von Golder Europe EEIG über die Umsetzung der Abfalldeponierungsnormen der EU bescheinigt den 15 alten Mitgliedstaaten gute Erfolge. Bis auf Griechenland seien in allen Ländern die Abfallmengen auf demselben Niveau geblieben oder begännen langsam zu sinken. Das liege hauptsächlich an der Reduktion biologisch abbaubaren Mülls auf Deponien und der Vorschrift, dass gebrauchte Reifen nicht mehr deponiert werden dürfen. Hinzu komme, dass die neu entwickelten technischen Regeln die Qualität der Mülldeponien verbessert hätten. Im Stocken sei aber die Umsetzung bei der Frage, welcher Müll nach welchen Kriterien auf welche Deponie dürfe. Auch illegale Mülldeponien seien weiterhin in vielen Ländern ein Problem. (jg)

Quellen: Environment Daily, 11.01.06; [www.europa.eu.int/comm/environment/waste/pdf/report\\_a2.pdf](http://www.europa.eu.int/comm/environment/waste/pdf/report_a2.pdf)

### Konsumverhalten in Europa

Soziale und kulturelle Unterschiede innerhalb der EU müssen beachtet werden, wenn es darum geht, Normen zu nachhaltigem Konsum und Produzieren zu entwickeln. Das ist das Ergebnis einer neuen Studie der Europäischen Umweltagentur (EEA). Die EEA hat vier Konsumbereiche untersucht, die besonders umweltrelevant sind: Ernährung und Getränke, Haushalte,

Verkehr sowie Tourismus. Untersucht wurden auch politische Maßnahmen, die eine Trendwirkung zu nachhaltigerem Verhalten haben könnten, darunter Kennzeichnung von Waren mit Öko-Labeln, der Wasserpreis oder Straßengebühren. Die Einflussfaktoren auf den Konsum seien in den unterschiedlichen Regionen verschieden - das mache ein gemeinsames Vorgehen schwieriger. Generell müssten Behörden und Politik, die Wirtschaft und die Verbraucher/innen aber alle etwas tun, um die Gesellschaften nachhaltiger zu machen. Die Produkteffizienz müsse erhöht, der Materialverbrauch reduziert werden - und die Verbraucher/innen müssten umweltfreundlicher einkaufen. (jg)

Quellen: Environment Daily, 09.01.06; Studie: [http://reports.eea.eu.int/eea\\_report\\_2005\\_11/en/EEA\\_report\\_11\\_2005.pdf](http://reports.eea.eu.int/eea_report_2005_11/en/EEA_report_11_2005.pdf)

### Anforderungen an Müllverbrennungsanlagen in Kraft

Seit 28. Dezember 2005 müssen alle vor 2002 gebauten Müllverbrennungsanlagen europaweiten Normen entsprechen. Die neue Richtlinie 2000/76/EG regelt die technische Ausstattung von Verbrennungsanlagen. Außerdem enthält sie Emissionsgrenzwerte für die Verbrennung und Mitverbrennung von Abfällen sowie Anforderungen an die Abwasserqualität aus der Abgasreinigung der Verbrennungsanlagen. Die Übergangsfrist für Altanlagen endete ebenfalls am 28.12.2005. Zahlreiche Emissionsgrenzwerte gelten allerdings ohnehin erst ab Januar 2007 bzw. 2008. In Deutschland scheint die Umsetzung aufgrund eigener relativ strenger Gesetze kein so großes Problem zu sein. Die französische Umweltministerin Nelly Olin gab aber zu, dass 96 von 128 Müllverbrennungsanlagen in Frankreich den Vorschriften nicht genügen. (jg)

Quelle: Environment Daily, 04.01.06

### Dimas kündigt Gremium für Umwelttechnologien an

EU-Umweltkommissar Stavros Dimas hat die Schaffung eines Gremiums für Umwelttechnologien für dieses Frühjahr angekündigt. Das Europäische Panel soll Interessengruppen zusammenbringen, um den Umwelttechnologieaktionsplan (ETAP) voranzutreiben. (jg)

Quelle: Environment Daily, 06.12.05

## **Neue Regeln für Ökolandbau in der EU verabschiedet**

### **Gentech-Toleranzgrenze aufgeweicht**

Die Europäische Kommission hat Ende Dezember Vorschläge für eine Neuregelung der biologischen Landwirtschaft angenommen. Die überarbeiteten Bestimmungen sollen für Verbraucher und für Landwirte mehr Klarheit bringen. Sie werden nach Angaben der Kommission einfacher sein und eine gewisse Flexibilität ermöglichen, um regionalen Unterschieden beim Klima und den Erzeugungsbedingungen gerecht zu werden.

### **Kennzeichnung „EU-Organic“ wird Pflicht**

Die Hersteller von Öko-Lebensmitteln können künftig wählen, ob sie das EU-Logo für ökologische Erzeugnisse verwenden wollen oder nicht. Falls nicht, müssen ihre Produkte den Hinweis „EU-ökologisch“ oder „EU-biologisch“ (EU-Organic) tragen. Ein Produkt erhält das Öko-Siegel nur dann, wenn es zu mindestens 95 Prozent aus biologischen Zutaten besteht. Gentechnisch veränderte Zusätze sind nicht erlaubt, wobei es eine Toleranzgrenze von 0,9 Prozent für zufällige Verunreinigungen gibt. Der Import von ökologischen Erzeugnissen ist erlaubt, wenn die Waren den EU-Standards entsprechen oder wenn das Herkunftsland eine gleichwertige Garantie gibt.

### **Friend of the Earth kritisieren gentechnische Kontamination**

Friends of the Earth Europe (FoEE) bezeichneten die Regelung zu gentechnisch veränderten Zusätzen als Rückschritt hinter geltendes Recht. Die Europäische Kommission solle endlich strenge EU-weite Bestimmungen zur Koexistenz erarbeiten. Nach den bisher geltenden Bestimmungen dürfen Bioprodukte überhaupt keine gentechnisch veränderten Bestandteile enthalten.

Bereits im Sommer 2004 schlug die Kommission einen weit reichenden Aktionsplan zur Weiterentwicklung der ökologischen Landwirtschaft vor. Die neue Einfuhrregelung soll bereits ab dem 1. Januar 2007 zur Anwendung kommen, während die übrigen Vorschriften der vorgeschlagenen neuen Verordnung ab 1. Januar 2009 gelten sollen.

Die Biobranche hat einen sehr geringen Anteil an der gesamten Agrarwirtschaft

Europas. Lediglich 1,4 Prozent der landwirtschaftlichen Betriebe wirtschaften nach ökologischen Prinzipien, die Öko-Agrarflächen kommen auf 3,6 Prozent. Nach den Worten der Kommission gibt es aber ein „beeindruckendes Wachstum“ verglichen mit dem Jahr 1991, als erstmals Regelungen für die ökologische Landwirtschaft in Europa festgelegt wurden.

### **Deutschland will Öko-Landbau nicht weiter fördern**

Der neue deutsche Landwirtschaftsminister Horst Seehofer will sich laut Presseberichten von dem Ziel, die ökologisch bewirtschaftete Fläche auf 20 Prozent auszuweiten, verabschieden. Für die Ökobauern würde dies drastische Kürzungen der Förderung bedeuten, die sie unter seiner Vorgängerin Renate Künast erhielten. Außerdem kündigte Seehofer an, das Gentechnikgesetz der früheren rot-grünen Regierung zu ändern. Nach seinen Vorstellungen soll es für Landwirte leichter werden, gentechnisch veränderte Produkte anzubauen. Das Gentechnikgesetz scheiterte im vergangenen Jahr in Teilen am Widerstand einiger unionsregierter Bundesländer, die es für zu restriktiv hielten. (mbu) ■

#### • **Weitere Informationen**

EU-Kommission, Generaldirektion Landwirtschaft und ländliche Entwicklung, Rue de la Loi 130, B-1049 Brüssel  
Tel. 0032 2 / 295-3240, Fax -7540  
eMail: [agri-library@cec.eu.int](mailto:agri-library@cec.eu.int)  
[www.europa.eu.int/comm/agriculture/index\\_de.htm](http://www.europa.eu.int/comm/agriculture/index_de.htm)

Friends of the Earth Europe (FoEE), Rue Blanche 15, B-1050 Brüssel  
Tel. 0032 2 / 54201-82  
eMail: [helen.holder@foeeurope.org](mailto:helen.holder@foeeurope.org)  
[www.foeeurope.org](http://www.foeeurope.org)

## **Lebens- und Futtermittel-Vorschriften geändert**

### **Unternehmen sollen Hygiene-Standards selbst kontrollieren**

Seit dem 1. Januar sind eine Reihe aktualisierter Lebens- und Futtermittelvorschriften in Kraft. Es handelt sich um das „Lebensmittelhygienepaket“, die Verordnung über mikrobiologische Kriterien für Lebensmittel, die Verordnung über amtliche Lebens- und Futtermittelkontrollen und die Verordnung über Futtermittelhygiene. Damit sollen die EU-Maßnahmen zur Verbesserung der Lebensmittelsicherheit gestrafft und harmonisiert werden. Die wichtigste Neuerung: Alle Lebens- und Futtermittelunternehmen sind selbst dafür verantwortlich, dass ihre Produkte auf dem EU-Markt den vorgeschriebenen Sicherheitsstandards entsprechen.

Das im Jahr 2004 angenommene „Hygienepaket“ verbindet strikere, klarere Bestimmungen über die Lebensmittelhygiene mit speziellen Regeln für die Kontrolle von tierischen Produkten, die für den menschlichen Verzehr gedacht sind. Für Importwaren gelten von nun an dieselben Standards wie für EU-Waren. Die Überwachung der Standards sollen die Unternehmen durch Eigenkontrollprogramme leisten. Zur Unterstützung der Lebensmittelunternehmer sollen national oder EU-weit Leitfäden der guten Praxis erstellt werden. (mbu) ■

#### • **Weitere Informationen**

EU-Kommission, Generaldirektion Landwirtschaft und ländliche Entwicklung, Rue de la Loi 130, B-1049 Brüssel  
Tel. 0032 2 / 295-3240, Fax -7540  
eMail: [agri-library@cec.eu.int](mailto:agri-library@cec.eu.int)  
[www.europa.eu.int/comm/agriculture/index\\_de.htm](http://www.europa.eu.int/comm/agriculture/index_de.htm)

## Mahnungen wegen fehlender Gentechnikgesetze

### Möglicherweise Bußgeld für Deutschland und Frankreich

Die EU-Kommission geht wegen unzureichend umgesetzter Rechtsvorschriften in der Biotechnologie gegen Deutschland und Frankreich vor. Beide Länder erhielten im Dezember eine letzte schriftliche Mahnung, da sie Urteilen des Europäischen Gerichtshofes von 2004 nicht nachgekommen sind. Es geht um die Umsetzung der Richtlinie über die absichtliche Freisetzung genetisch veränderter Organismen (GVO), die bis 2002 erfolgen sollte.

Sie gilt sowohl für die experimentelle als auch die gewerbliche Freisetzung von GMO, die für den Anbau, die Einfuhr und die Verarbeitung zu Industrieprodukten bestimmt sind. Die Richtlinie enthält Genehmigungsverfahren für die Freisetzung von gentechnisch veränderten Pflanzen und für ihre Vermarktung. Sie sieht eine wissenschaftliche Sicherheitsprüfung und eine Umweltverträglichkeitsprüfung vor sowie die Information der Öffentlichkeit und eine Überwachung nach Markteinführung des Produktes.

### Gentechnikgesetz unter Druck

Im Februar 2005 verabschiedete Deutschland ein neues Gentechnik-Gesetz. Gleichzeitig teilte Berlin der Kommission mit, dass ein zweites Gesetz zur vollen Umsetzung der Richtlinie notwendig sei. Dieses ist nach wie vor nicht im Bundestag verabschiedet worden. Frankreich hat die Richtlinie bisher nur teilweise in nationales Recht umgesetzt und nicht angegeben, wann der Rest folgen soll. Kommen die Länder der Mahnung nicht nach, kann nach Ablauf der Frist Ende Februar eine Geldstrafe verhängt werden. (mbu) ■

### • Weitere Informationen

EU-Kommission, Generaldirektion Landwirtschaft und ländliche Entwicklung, Rue de la Loi 130, B-1049 Brüssel  
Tel. 0032 2 / 295-3240, Fax -7540  
eMail: [agri-library@cec.eu.int](mailto:agri-library@cec.eu.int)  
[www.europa.eu.int/comm/agriculture/index\\_de.htm](http://www.europa.eu.int/comm/agriculture/index_de.htm)

## Bericht über für Menschen ansteckende Tierkrankheiten

### Fast 380.000 EU-Bürger/innen infizierten sich 2004 durch Tiere

Die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) hat im Dezember einen Bericht über Tierkrankheiten und -infektionen veröffentlicht, die sich auf Menschen übertragen können. An diesen Infektionskrankheiten, so genannten Zoonosen, erkrankten 2004 mehr als 380.000 EU-Bürger/innen. Oft wird die Infektion beim Menschen durch kontaminierte Lebensmittel ausgelöst.

### Salmonellen- und Camphylobacterinfektionen am häufigsten

Der erste Jahresbericht 2004 enthält u. a. eine Zusammenfassung der Entwicklungstendenzen und Quellen von Zoonosen. Darin werden Daten zu 11 Zoonoserkrankungen aus den 25 Ländern der EU und aus Norwegen sowie Daten aus den vorangegangenen Jahren für eine Reihe dieser Länder vorgestellt. Salmonellen und Camphylobacter sind dem Bericht zufolge die Bakterien, die bei Menschen am häufigsten eine Zoonoseerkrankung hervorrufen. Sie werden oft in Lebensmitteln und Tieren gefunden. Zwar war zwischen 1999 und 2004 ein genereller Rückgang der gemeldeten Salmonellen-Fälle zu verzeichnen, jedoch berichteten 12 Mitgliedstaaten über einen Anstieg von Camphylobacter-Fällen zwischen 2003 und 2004.

Die höchsten Raten an Salmonellenkontaminationen wurden in Geflügel und Schweinen und in frischem Fleisch dieser Tiere gefunden, was darauf schließen lässt dass Eier, Geflügel- und Schweinefleisch die häufigste Quelle von menschlichen Salmonellenerkrankungen sind. Camphylobacter trat im Jahr 2004 in deutlich höheren Ausmaßen in Geflügelfleisch auf als Salmonellen. (mbu) ■

### • Weitere Informationen

EFSA, Alun Jones, Parco Ducale 3, I-43100 Parma  
Tel. 0039 0521 / 036-487  
eMail: [alun.jones@efsa.eu.int](mailto:alun.jones@efsa.eu.int)  
[www.efsa.eu.int](http://www.efsa.eu.int)

## Überprüfung von Pflanzenschutzmitteln

### Gesundheit und Umweltschutz im Fokus einer EU-weiten Überprüfung

1992 hat die EU-Kommission ein Arbeitsprogramm initiiert, wonach alle Wirkstoffe überprüft werden sollen, die in der EU in Pflanzenschutzmitteln verwendet werden. Bis 2008 muss jeder Antragsteller nachweisen, dass die Verwendung eines Wirkstoffes im Hinblick auf die menschliche Gesundheit, Umwelt und Rückstände in der Nahrungskette unbedenklich ist. Der Nachweis muss wissenschaftlich fundiert sein. Seit Ende 2003 liegt die Aufgabe der Risikobewertung bei der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA). Entscheidungen zum Risikomanagement trifft die Europäische Kommission. Die Kriterien für die Bewertung, so die Kommission, werden kontinuierlich von Experten verbessert und dokumentiert. Im vergangenen Dezember wurde die Tabelle mit den zuständigen Behörden und Ansprechpartner/innen aktualisiert. (mbu) ■

### • Weitere Informationen

EU-Kommission, Generaldirektion Gesundheit und Verbraucherschutz, Rue de la Loi 200, B-1049 Brüssel  
Tel. 0032 2 / 29-68245, Fax -93219  
eMail: [sanco-mailbox@cec.eu.int](mailto:sanco-mailbox@cec.eu.int)  
[www.europa.eu.int/comm/dgs/health\\_consumer/index\\_en.htm](http://www.europa.eu.int/comm/dgs/health_consumer/index_en.htm)

Die Leitlinien:

[www.europa.eu.int/comm/food/plant/protection/resources/publications\\_de.htm](http://www.europa.eu.int/comm/food/plant/protection/resources/publications_de.htm)

Die Kontaktstellen:

[www.europa.eu.int/comm/food/plant/protection/evaluation/contact\\_points.xls](http://www.europa.eu.int/comm/food/plant/protection/evaluation/contact_points.xls)

## Newsticker

### **Einkommen in der Landwirtschaft um sechs Prozent gesunken**

Verglichen mit dem Vorjahr ist 2005 das reale Einkommen in der Landwirtschaft pro Arbeitskraft in der erweiterten EU-25 um 6,3 Prozent gesunken. Das gab das EU-Statistikamt Eurostat im Dezember bekannt. Der Rückgang des Einkommens sei unter anderem auf niedrigere Vorleistungskosten und Aufwendungen für Abschreibungen zurückzuführen, hieß es. Auch die Subventionen hätten dazu beigetragen. Bei den deutschen Landwirten betrage der Einkommensverlust 2 Prozent, bei den französischen Bauern 10 Prozent. (mbu)

Quelle: [www.epp.eurostat.cec.eu.int](http://www.epp.eurostat.cec.eu.int)

### **Landwirtschaft leitet nach wie vor die meisten Stickstoffe in Gewässer**

Die Verunreinigung von Gewässern mit Stickstoff wird überwiegend von der Landwirtschaft verursacht. Eine Untersuchung der Europäischen Umweltagentur (EEA) ergab, dass landwirtschaftliche Betriebe in manchen Reservoirs bis zu 80 Prozent zur Verschmutzung beitragen. Insgesamt würden die Stickstoff- und Phosphorbelastungen aber ständig sinken, hieß es weiter. Eine Aufgabe der Umweltagentur ist es, Lücken bei den politischen Maßnahmen zu finden, die eine weitere Verringerung der Umweltverschmutzung verhindern. (mbu)

Quelle: Environment Daily, 14.12.2005

### **Ende der Ausfuhrsubventionen für lebende Rinder geplant**

Die seit der BSE-Krise gewährten Erstattungen für den Export lebender Rinder aus der EU sollen abgeschafft werden. Das erklärte Ende Dezember die EU-Kommissarin für Landwirtschaft Mariann Fischer Boel. Da die Aussichten für den europäischen Rindfleischmarkt gut seien, gebe es keine Rechtfertigung mehr für diese Form der Unterstützung, hieß es zur Begründung. Das komme auch dem Tierschutz zu Gute, denn jenseits der EU-Grenzen könnten die strengen europäischen Vorschriften für Tiertransporte nicht kontrolliert werden, so Fischer Boel weiter. (mbu)

Quelle: [www.europa.eu.int/comm/agriculture/index\\_de.htm](http://www.europa.eu.int/comm/agriculture/index_de.htm)

### **Bericht über Agrarumweltindikatoren liegt vor**

Im Dezember wurde der IRENA-Bericht über die Agrarumweltindikatoren veröffentlicht. IRENA steht für „Indicator Reporting on the Integration of Environmental Concerns into Agriculture Policy“. An dem Projekt sind die Generaldirektionen Landwirtschaft und ländliche Entwicklung sowie Umwelt der Europäischen Kommission beteiligt, außerdem Eurostat, die Gemeinsame Forschungsstelle und die Europäische Umweltagentur, die für die Koordinierung zuständig ist. Der IRENA-Bericht gibt einen Überblick über die Wechselbeziehungen zwischen Landwirtschaft und Umwelt. Eine seiner Funktionen ist es zu kontrollieren, ob Umweltbelange bei der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) der EU berücksichtigt werden. Laut Bericht gab es in der EU-15 in den vergangenen Jahren Fortschritte. Es müsse aber noch einiges getan werden, um das Potenzial der Indikatoren zur Unterstützung des politischen Prozesses vollständig umzusetzen. (mbu)

Der Bericht im Internet:

[www.webpubs.eea.eu.int/content/irena](http://www.webpubs.eea.eu.int/content/irena)

### **Drei neue Gen-Maissorten EU-weit zugelassen**

Die EU-Kommission hat Mitte Januar grünes Licht für drei weitere genmanipulierte Maissorten gegeben. Die Zulassung ist auf zunächst 10 Jahre befristet und erlaubt die Einfuhr und Verarbeitung in der EU. Es handelt sich um die Sorten MON863, GA 21 und 863 x 810, die alle dem Monsanto-Konzern gehören. Besonders umstritten ist die Genehmigung für MON863. Nach einer Studie führte die Fütterung von Ratten mit diesem Mais zu starken Veränderungen im Blutbild und an Organen. Daher sei die gesundheitliche Unbedenklichkeit nicht gegeben, warnte die grüne Europaabgeordnete Hiltrud Breyer. Friends of the Earth Europe (FoEE) kritisierten auch das ihrer Ansicht nach undemokratische Zulassungsverfahren. Da es im Ministerrat weder eine Mehrheit für noch gegen die Zulassung von MON863 gab, konnte die Kommission allein entscheiden. „Und das gegen den Willen von 70 Prozent der Europäer, die keine Gentechnik im Essen wollen“, kritisierten FoEE. (mbu)

Friends of the Earth Europe, Rue Blanche 15, B-1050 Brüssel, Tel. 0032 2 / 5420-180, eMail: [helen.holder@foeeurope.org](mailto:helen.holder@foeeurope.org), [www.foeeurope.org](http://www.foeeurope.org)

### **Antibiotika als Wachstumsförderer in Futtermitteln verboten**

Seit dem 1. Januar dürfen EU-weit keine Antibiotika mehr als Wachstumsförderer in der Tiermast eingesetzt werden. Das gilt auch für solche Antibiotika, die vorher als Futtermittelzusätze zulässig waren. Bakterien und andere Mikroben, die durch übermäßigen Einsatz und Missbrauch von Antibiotika resistent geworden sind, sollen so bekämpft werden. (db)

[www.europa.eu.int/comm/health/ph\\_threats/com/mic\\_res/mic\\_resistance\\_en.htm](http://www.europa.eu.int/comm/health/ph_threats/com/mic_res/mic_resistance_en.htm)



## Konsultation zu Titandioxid-Richtlinien

### Vorschläge können bis 15. März eingereicht werden

Die EU-Kommission hat eine Konsultation zur Vereinfachung der Titandioxid-Richtlinien eingeleitet. Die seit fünfzehn Jahren bestehende Gesetzgebung zielt vor allem auf die Vermeidung und progressive Reduzierung der Umweltverschmutzung durch Abfälle ab, die bei der Titandioxid-Herstellung entstehen.

► Interessierte können ihre Vorschläge noch bis zum 15. März per eMail oder Post an die Kommission schicken. (db) ■

### • Weitere Informationen

Europäische Kommission, Unit G4, Generaldirektion Umwelt, Stakeholder-Konsultation, Avenue de Beaulieu 5, B-1049 Brüssel  
eMail: env-tio2@cec.eu.int

Download Arbeitspapier und Konsultationsfragen:  
[www.europa.eu.int/comm/environment/waste/pdf/consult\\_dioxide.pdf](http://www.europa.eu.int/comm/environment/waste/pdf/consult_dioxide.pdf)

Anweisungen zur Konsultation:  
[www.europa.eu.int/comm/environment/waste/pdf/instruct\\_dioxide.pdf](http://www.europa.eu.int/comm/environment/waste/pdf/instruct_dioxide.pdf)

## Vierte Konsultation über RoHS-Richtlinie

### Ausnahmeregelungen für gefährliche Stoffe? - Kommentare bis 10. Februar

► Bis zum 10. Februar können sich Interessengruppen zu Ausnahmeregelungen zum Verbot von 15 verschiedenen gefährlichen Stoffen in Elektro- und Elektronikgeräten (RoHS-Richtlinie<sup>1</sup>) äußern. 13 der 15 Ausnahmen sind von der Industrie angeregt worden, meldet der Umweltinformationsdienst Environment Daily. Es handelt sich dabei um Blei (besonders bleihaltige Lötmittel in Lautsprechern, Musikinstrumenten, schützenden Bauteilen bei Überspannung etc.) und Cadmium (elektronische Kontakte, Galvanotechnik). (jg) ■

### • Weitere Informationen

Europäische Kommission, Generaldirektion Umwelt, Konsultation zur Richtlinie 2002/95/EG, B-1049 Brüssel  
eMail: env-rohs@cec.eu.int  
[www.europa.eu.int/comm/environment/waste/rohs\\_4\\_consult.htm](http://www.europa.eu.int/comm/environment/waste/rohs_4_consult.htm)

Quelle: Environment Daily, 20.12.05

## Richtlinien-Entwurf zum Verbot des Dauergifts PFOS

### PFOS soll nur noch eingeschränkt genutzt werden

Die EU-Kommission plant, den Verkauf und Gebrauch von Perfluoroktansulphonat (PFOS) einzuschränken. Dieser Entschluss geht auf eine kürzliche UN-Entscheidung zurück, PFOS in die Liste der international kontrollierten toxischen Chemikalien gemäß Stockholm-Konvention aufzunehmen. Das hat der Umweltinformationsdienst Environment Daily im Dezember berichtet. PFOS gehört zu den persistenten organischen Schadstoffen (POPs)<sup>2</sup>.

Eine seit 1976 gültige „Begrenzungs-Richtlinie“ über gefährliche Substanzen und Aufbereitungen wird durch den vorgeschlagenen Richtlinien-Entwurf geändert. Ein Verbot würde dann für den Gebrauch von PFOS und seinen Derivaten in Teppichen, Textilien, Kleidung, Polstern, Papier und Verpackungen gelten. Die Schadstoffe dürften jedoch weiterhin u. a. bei Feuerlöschschaum, in der Fotografie und Fotolithografie, zur Verchromung und in der Luftfahrt verwendet werden. Empfehlungen des wissenschaftlichen Risikokomitees (SCHER) zufolge besteht dabei nur ein geringes Aussetzungsrisiko.

Außer in Schweden und Norwegen gibt es in Europa noch keine Maßnahmen zur Einschränkung oder ein Verbot von PFOS. Ein Verbot auf EU-Ebene würde erst 18 Monate nach In-Kraft-Treten der Richtlinie gelten. PFOS sind sehr persistent (schwer abbaubar), hochgradig bioakkumulierbar und giftig. (db) ■

### • Weitere Informationen

Quellen: Environment Daily 09.12.05  
<http://register.consilium.eu.int/pdf/de/05/st15/st15552.de05.pdf>

<sup>1</sup> Richtlinie 2002/95/EG vom 27. Januar 2003 zur Beschränkung der Verwendung bestimmter gefährlicher Stoffe in Elektro- und Elektronikgeräten

<sup>2</sup> POPs (persistent organic pollutants): Schadstoffe, die toxisch wirken und nur langsam in der Umwelt abbaubar sind.

### IPPC-Forum beschließt neue Leitlinie

#### Umwelteinflüsse der Lebensmittel- und Getränkeindustrie senken

Das zuständige Forum im Rahmen der Richtlinie für die Integrierte Vermeidung und Verminderung von Umweltverschmutzung (IPPC) hat sich im Dezember auf eine neue Leitlinie über die „beste verfügbare Technik“ (BAT) geeinigt. In diesem so genannten Brief<sup>1</sup> geht es um die Reduzierung der Umwelteinflüsse in der Lebensmittel-, Getränke- und Milchindustrie. Innerhalb von vier Jahren ist eine lange Liste mit Technologien entstanden, die hauptsächlich zur Vermeidung von Abfällen, Abwassereinleitungen sowie überhöhtem Wasser- und Energieverbrauch eingesetzt werden sollen.

Beispielsweise sollen der Wasserverbrauch und der Einsatz chemischer Reinigungsmittel durch trockene Säuberungstechniken gesenkt werden. Lebensmittel- und Getränkeherstellern wird empfohlen, mit Partnern innerhalb der Versorgungskette zusammenzuarbeiten, um ein integriertes System zur Senkung von Umwelteinflüssen zu schaffen. Des Weiteren sieht das Brief-Dokument eine Wiederverwendung von Wasser in Zucker und Stärke herstellenden Anlagen vor.

#### Industrieverband begrüßt BAT zur Abwasserbehandlung

Der europäische Verband der Lebensmittel- und Getränkeindustrie (CIAA) begrüßt, dass die Ausbringung von bestimmten Abwässern auf den Boden als BAT gelten soll. Die Behörden sollten auch die jeweilige Ausprägung der Anlage beachten, z. B. Umweltbedingungen, geographische Lage sowie Einschränkungen bei der Hygiene- und Lebensmittelqualität. (db) ■

#### • Weitere Informationen

<http://eippcb.jrc.es>  
[www.ciaa.be](http://www.ciaa.be)

Download Brief:

[www.europa.eu.int/comm/environment/ipcc/brefs/fdm\\_fd\\_0605.pdf](http://www.europa.eu.int/comm/environment/ipcc/brefs/fdm_fd_0605.pdf)

<sup>1</sup> Brief (BAT reference document): Informationsaustausch zwischen den Mitgliedstaaten und der betroffenen Industrie über die besten verfügbaren Techniken, die damit verbundenen Überwachungsmaßnahmen und die Entwicklungen auf diesem Gebiet

### Kraftstoffemissionen: Neue Mitgliedstaaten im Verzug

#### Tankstellen und Lager emittieren flüchtige organische Verbindungen

Die EU-Kommission hat eine Studie zur Umsetzung der Richtlinie 94/63/EG zur Begrenzung der Emissionen flüchtiger organischer Verbindungen (VOC) bei der Lagerung von Benzin und seiner Verteilung von den Auslieferungslagern bis zu den Tankstellen in den neuen Mitgliedstaaten in Auftrag gegeben. Die Berater der britischen Firma Entec haben eine Reihe von Empfehlungen erarbeitet. Sechs von zehn Mitgliedstaaten plus Bulgarien und Rumänien haben nämlich Schwierigkeiten, die Fristen zur Umsetzung einzuhalten, obwohl ihnen ohnehin eine Verlängerung bis teilweise 2009 eingeräumt wurde. Laut Entec liegen fast alle Länder hinter den Umsetzungszielen zurück. Einige Behörden seien gar nicht in der Lage zu ermitteln, wie der Stand der Dinge im eigenen Land ist. Die Autoren empfehlen bessere technische Leitlinien für die Wirtschaft und die Behörden sowie so genannte Twinning-Projekte, um gute Praktiken weiterzugeben.

Eine Vielzahl von Lösungsmitteln und anderen chemisch-organischen Substanzen werden als VOCs bezeichnet. Es handelt sich dabei u. a. um Reiz- und Geruchsstoffe wie Butylacetat, Styrol oder Hexanal. VOCs können für das Auftreten von Befindlichkeitsstörungen wie Augen- und Schleimhautreizungen, trockenen Schleimhäuten oder Hautausschlag, Kopfschmerzen, Erschöpfung oder Störung der Gedächtnisleistung verantwortlich sein. (jg) ■

#### • Weitere Informationen

Quelle: Environment Daily, 09.01.06

Entec-Studie:

[www.europa.eu.int/comm/environment/air/pdf/voc\\_final\\_report.pdf](http://www.europa.eu.int/comm/environment/air/pdf/voc_final_report.pdf)

### Erhöhte Sterblichkeit durch Luftverschmutzung

#### Europäische Umweltagentur zu Gesundheit und Umwelt

Die Europäische Umweltagentur hat in einem Bericht (10/2005) die Zusammenhänge zwischen Gesundheit und Umwelt untersucht. Die Ergebnisse sind alarmierend - auch wenn die Gesundheit eines Menschen nicht nur von negativen Umwelteinflüssen, sondern auch z. B. von der Konstitution, dem Alter und sozio-ökonomischen Faktoren abhängt.

Innen- und Außenraumluftverschmutzung hat laut Studie den größten Einfluss auf die menschliche Gesundheit. 20 Millionen Europäer/innen leiden unter Atemproblemen. Besonders die kleinen Feinstaubpartikel unter 2,5 Mikrometer Größe gelten als Verursacher für erhöhte Sterblichkeit durch Herz- und Gefäß- sowie Lungenkrankheiten. Asthma nimmt europaweit zu. Eindeutig wurde die negative Auswirkung von Luftverschmutzung auf Asthmapatienten - besonders Kinder - belegt. In welchem Maße Luftverschmutzung der Auslöser dieser Krankheit ist, ist allerdings noch unklar.

Krebs bei Kindern unter 15 Jahren ist zwar selten, zählt aber als eine der häufigsten Todesursachen bei Kindern aus Industrieländern. Sowohl natürlich vorkommendes Radon (radioaktives Gas) als auch bestimmte Chemikalien gelten als Krebs erregend. Letztere gelangen vor allem bei Unfällen oder aber durch diffuse Quellen in die Umwelt und den menschlichen Körper, so der Bericht. Arsen im Trinkwasser und Kadmium aus diffusen Quellen seien besonders gefährliche, Krebs erregende Schadstoffe - und die in der Umwelt befindliche Menge nehme zu.

Im Bericht geht es auch um hormonähnlich wirksame sowie bio-akkumulative Substanzen, Konzentrationen von Palladium, Rhodium und Platin, elektromagnetische Felder und Lärm. (jg) ■

#### • Weitere Informationen

Europäische Umweltagentur, Kongens Nytorv 6, DK-1050 Kopenhagen K  
Tel. 0045 33 / 3671-00, Fax -99  
[www.eea.eu.int](http://www.eea.eu.int)  
[http://reports.eea.eu.int/eea\\_report\\_2005\\_10/en/EEA\\_report\\_10\\_2005.pdf](http://reports.eea.eu.int/eea_report_2005_10/en/EEA_report_10_2005.pdf)

## Energiesektor will Frist für mehr Luftqualität verschieben

### Verband Eurelectric: Landwirtschaft soll mehr tun

Die Energie-Industrie findet die von Umweltverbänden als zu schwach kritisierten Grenzwerte zur Reduktion von Luftverschmutzung „weder kosteneffektiv noch robust“. Das äußerte die Handelsvereinigung Eurelectric bei einem eintägigen Seminar in Brüssel. Eurelectric befand, dass die dem EU-Luftqualitätsprogramm „CAFE“ zugrunde liegenden Berechnungen mit „signifikanten Unsicherheiten“ behaftet seien. Deshalb solle die Einführung von Grenzwerten für Feinstaub in der Größe 2,5 Mikrometer (bis PM 2,5) verschoben werden. Es sei auch Zeit, dass andere Sektoren, deren steigende Emissionen negativen Einfluss auf Umwelt und Gesundheit haben, die Luftqualitätsziele erreichen, argumentierte Eurelectric. Die CAFE-Szenarien würden zwar vom Landwirtschaftssektor größere Anstrengungen erwarten, aber die Vorschläge verblieben im Vagen. (jg) ■

### • Weitere Informationen

Quelle: Environment Daily, 14.12.05, [www.eurelectric.org](http://www.eurelectric.org)

## Newsticker

### Schweden fordert mehr Einsatz im Kampf gegen Luftverschmutzung

Die schwedische Umweltschutzbehörde hat ein engagierteres nationales und internationales Vorgehen gegen die Luftverschmutzung gefordert. Außerdem müsse es eine bessere Zusammenarbeit zwischen den Politikbereichen Luftverschmutzung und Klimawandel geben. Die angestrebte Reduktion von Treibhausgasen um 30 Prozent bis 2020 werde zwar selbst schon Verbesserungen für die Luftqualität herbeiführen. Dieses Ziel gelte es aber auch wirklich zu erreichen. Darüber hinaus müssten die Richtlinie über nationale Emissionshöchstgrenzen (NEC-Richtlinie) überprüft und das Göteborg-Protokoll<sup>1</sup> neu verhandelt werden. (jg)  
Quelle: Environment Daily, 06.01.06

### EFSA: 2-Isopropylthioxanthon (ITX) ohne gesundheitliche Bedenken

Das Wissenschaftliche Gremium der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) hat im Dezember ein Gutachten zu möglichen Gesundheitsrisiken im Zusammenhang mit 2-Isopropylthioxanthon (ITX) veröffentlicht. ITX, das in Druckfarbstoffen für Verpackungsmaterialien verwendet wird und kürzlich in Baby-nahrung aufgetaucht war, gebe aber „kaum Anlass zu gesundheitlichen Bedenken“, so das EFSA-Gremium. Das Gremium ist zuständig für Lebensmittelzusatzstoffe, Aromastoffe, Verarbeitungshilfsstoffe und Materialien, die mit Lebensmitteln in Berührung kommen (jg)  
Quelle: [www.efsa.eu.int/press\\_roompress\\_release/1258\\_de.html](http://www.efsa.eu.int/press_roompress_release/1258_de.html)

### Brom-Industrie protestiert gegen dänisches Dekab-BDE-Verbot

Die dänische Regierung hat angekündigt, Klage gegen die von der EU beschlossene Ausnahme des umstrittenen Flamm-schutzmittels Dekab-BDE in der Richtlinie 2002/95/EG (zur Beschränkung der Verwendung bestimmter gefährlicher Stoffe in Elektro- und Elektronikgeräten - RoHS) zu erheben. Daraufhin protestierte die Brom-Industrie-Vereinigung BSEF, da dies den Erkenntnissen der EU-Wissenschaft widerspreche. Anfang Januar hat die norwegi-

sche Umweltbehörde SFT allerdings eine neue Studie veröffentlicht, die den starken Anstieg von bromierten Flamm-schutzmitteln in den Eiern von arktischen Seevögeln über die letzten 20 Jahre zeigt. Die Behörde fordert stärkere Regulierungen für diese Stoffe. (jg)

Quelle: Environment Daily, 06.01.06

### Laxe Kontrollen der Bergbaustätten in Rumänien

Die Umweltkontrollen rumänischer Behörden in der Bergbau-Industrie sind immer noch zu schwach. Ende November hatte es einen weiteren Zyanid-Unfall gegeben. Der ungarische Präsident Laszlo Solyom forderte den Nachbarstaat auf, endlich Maßnahmen gegen die „nicht tolerierbare ständige Bedrohung“ zu ergreifen. Im Jahr 2000 hatte es in der rumänischen Mine Baia Mare einen folgenschweren Unfall gegeben. Daraufhin wurden die EU-Bestimmungen für den Umgang mit Unfällen im Bergbau und die Absicherung von Minen verschärft. (jg) ■

Quelle: Environment Daily, 01.12.05

### Fluglärm: Kinder lernen schlechter

Eine Studie des Barts and the London Trust hat den Zusammenhang zwischen Fluglärm und der Lernfähigkeit von neun- bis zehnjährigen Kindern untersucht. Die untersuchten 2800 Kinder leben in der Nähe der Flughäfen Heathrow (London), Schiphol (Amsterdam) und Bajas (Madrid). Je größer der Fluglärm, desto größer die Leseschwächen. Pro fünf Dezibel Lärm könne das Lese-Alter der Kinder um bis zu zwei Monate nach hinten verschoben werden, so die Ergebnisse der Studie. (jg)  
Quelle: VCD-Newsletter Flugverkehr & Umwelt Nr. 9; [www.thelancet.com](http://www.thelancet.com)

<sup>1</sup> Das „Göteborg-Protokoll“ (1999) legt für die Unterzeichnerstaaten (praktisch alle europäischen Staaten sowie USA und Kanada) Grenzen für die jährlichen Emissionen der geregelten Schadstoffe (SO<sub>2</sub>, NO<sub>x</sub>, NH<sub>3</sub> und VOC) für das Jahr 2010 fest.

## Einigung über Energieeffizienz-Richtlinie

### Einsparziel: Neun Prozent in neun Jahren

Mitte Dezember haben sich EU-Kommission und Parlament über die Richtlinien zu Endenergieeffizienz und Energiedienstleistungen geeinigt. Die Zustimmung des Ministerrats gilt als sicher. Der Richtlinienvorschlag war 2003 von der Kommission als eines der wichtigsten Klimaschutzinstrumente zur Erreichung der EU-Kyoto-Ziele vorgelegt worden. In den neun Jahren von 2008 bis 2017 sollen alle Mitgliedstaaten insgesamt neun Prozent ihres Gesamtenergieverbrauchs einsparen. Diese Ziele sind aber nicht bindend.

### Ziele rechtlich nicht bindend

Das Parlament hatte in der ersten Lesung eine rechtlich verbindliche Einsparung um 11,5 Prozent im gleichen Zeitraum gefordert. Das hatten die Regierungen der Mitgliedstaaten abgelehnt. Immerhin wollen die Mitgliedstaaten bis Mitte 2007 eigene Energieeffizienz-Aktionspläne vorlegen, in denen sie skizzieren, wie sie die Vorgaben erreichen wollen. In zwei weiteren Berichten in dreijährigem Abstand muss zudem über die erreichten Erfolge berichtet werden. Die Kommission will die Pläne kritisch begleiten und gegebenenfalls strengere Maßnahmen ergreifen, wenn die Mitgliedstaaten ihre Ziele nicht erreichen.

### Umweltexperten: Ein Prozent pro Jahr viel zu wenig

► Unter Umweltgesichtspunkten ist die Richtlinie und ihr Ein-Prozent-Ziel eine Enttäuschung. So kritisiert der WWF, dass die EU das Potenzial hätte, jährlich 2,5 Prozent Energie einzusparen. Außerdem übersähen die Mitgliedstaaten, dass es sich bei Energieeffizienzmaßnahmen um eine Win-win-Situation für Umwelt und Wirtschaft handele, die es zu nutzen gelte. Die Richtlinie betont insgesamt mehr die Prozesse als die Ziele. Jetzt kommt es laut WWF auf die Mitgliedstaaten an: nur wenn sie entsprechend ehrgeizige Aktionspläne erarbeiten, wird es eine dringend benötigte Effizienzoffensive geben. Die nationalen Umweltverbände müssten hier Druck auf ihre Regierungen ausüben. (tl) ■

### • Weitere Informationen

WWF Europa, Stephan Singer, Brüssel  
Tel. 0032 2 / 74388-17, Fax -19  
eMail: [ssinger@wwfepo.org](mailto:ssinger@wwfepo.org)

## Österreich will schnellen Biomasse-Aktionsplan

### Studien sehen große Potenziale, NGOs fordern Umwelt- und Sozialstandards

Die österreichische Ratspräsidentschaft will die Annahme des von der Kommission vorgeschlagenen Aktionsplan Biomasse beschleunigen, um für eine raschere Diversifizierung der europäischen Energiequellen zu sorgen. Der Aktionsplan soll bereits auf dem Landwirtschaftsrat Ende Januar vorgestellt werden.

### Biogas könnte in 25 Jahren 17 Prozent des heutigen Erdgasbedarfs decken

Laut einer Studie des Bundesverbandes der deutschen Gas- und Wasserwirtschaft (BGW), des Wuppertal Instituts und des Fraunhofer Instituts könnte in Deutschland bis zum Jahr 2030 Gas aus Biomasse jährlich eine Energiemenge von 166 Milliarden Kilowattstunden liefern. Dies entspricht 17 Prozent des derzeitigen deutschen Erdgasbedarfs. Dazu müssten aber alle Möglichkeiten im Bereich der nachwachsenden Rohstoffe genutzt werden. Die Autoren gehen davon aus, dass in Deutschland in Zukunft weniger Ackerfläche für die Lebensmittelproduktion benötigt wird und entsprechend mehr Fläche für den Anbau nachwachsender Rohstoffe entsteht. Angesichts des dichten Erdgasnetzes in Deutschland dürfte es selbst in dünn besiedelten Gebieten keine gravierenden Probleme bei der - bisher noch nicht flächendeckend erprobten - Einspeisung des Biogases ins Netz geben.

Auch die Europäische Energieagentur hatte auf ein Potenzial von bis zu 300 Millionen Tonnen Biomasse bis 2030 hingewiesen, das auf umweltfreundliche Weise erschlossen werden könne (siehe EUR 12.05/01.06, S. 23). Umweltverbände und Entwicklungsorganisationen betonen jedoch immer wieder die Notwendigkeit von Umwelt- und Sozialstandards für den Anbau von Biomasse, um eine nachhaltige Entwicklung zu ermöglichen. (tl) ■

### • Weitere Informationen

Ergebnisse der Studie im Internet:  
[www.wupperinst.de/download/1110-report.pdf](http://www.wupperinst.de/download/1110-report.pdf)

Forum Umwelt & Entwicklung, Am Michaelshof 8-10, 53177 Bonn,  
Tel. 0228-359704, Fax -92399356  
eMail [info@forumue.de](mailto:info@forumue.de)

## Atomdebatte nach Gasstreit

### Neue AKWs als Ausweg aus der Energieabhängigkeit der EU?

Der Gasstreit zwischen Russland und der Ukraine hat neue Debatten über die Abhängigkeit der EU von Energieimporten aus „politisch unsicheren Ländern“ in Gang gesetzt. Für eine Reihe von Regierungen erscheint dabei die Atomkraft als rettende Alternative, um die nationale Versorgungssicherheit zu gewährleisten. Die Annahme, die Atomkraft könne uns von Energieimporten unabhängig machen, ist aber grundlegend falsch. Um nicht von einer einzigen Energiequelle abhängig zu sein, brauchen wir vielmehr einen klugen Mix aus nachhaltigen Energieträgern und eine Energieeffizienzrevolution.

### Atomenergie kein Ersatz für Erdgas

Europa ist bei keinem Energieträger so abhängig von Importen wie beim Uran. Politisch stabile und wirtschaftlich erschließbare Uranreserven sind zudem begrenzt. Außerdem eignet sich Atomstrom nur sehr begrenzt zur Produktion von Wärme. Genau dafür wird Erdgas aber zu einem großen Teil eingesetzt.

Nicht zuletzt bleibt Atomkraft die gefährlichste Art Strom zu erzeugen:

- Die nächste Kernschmelzkatastrophe kann jeden Tag passieren - auch in deutschen Reaktoren.
- Weltweit gibt es keinen Ort, um den ewig strahlenden Abfall aus den Atomanlagen so sicher zu lagern, dass die kommenden Generationen nicht bedroht sind.
- Schon der so genannte störungsfreie Betrieb hat schlimme Folgen. In den Uranabbaugebieten werden ganze Landstriche vergiftet. Rund um Atomanlagen erkranken Kinder häufiger an Leukämie.
- Die so genannte zivile Nutzung der Atomkraft dient in immer mehr Staaten der Vorbereitung der militärischen Atom-Option.

### Energiesparen und Effizienzsteigerung führen aus der Energiekrise

Die wichtigste Antwort auf Ressourcenknappheit ist ein anderer Umgang mit Energie. Wir brauchen eine viel höhere Energieeffizienz und müssen Energie sparen. In allen Bereichen gibt es riesige Einsparpotenziale. Hier zu investieren heißt Importabhängigkeit zu reduzieren und Arbeitsplätze zu schaffen.

### **Sicherung der Energieversorgung**

Derzeit werden 40 Prozent des Gasbedarfs der EU durch Importe gedeckt. Bis 2020 könnte der Anteil auf 70 Prozent anwachsen. Mehr als 25 Prozent der Gaslieferungen kommen derzeit aus Russland, wobei angesichts der abnehmenden europäischen Gasvorräte (in Großbritannien, den Niederlanden und Norwegen) von einem beträchtlichen Anstieg ausgegangen wird.

### **EU-Kommission will auf Energiebinnenmarkt hinarbeiten**

Die EU-Kommission sieht in einem fehlenden Energiebinnenmarkt und dem Fehlen einer gemeinsamen Energiepolitik eine große Schwäche der EU. Sie will daher auf dem Frühjahrsgipfel im März eine Mitteilung zu diesem Thema vorlegen.

### **Grüne fordern Entkommerzialisierung der Gaspipelines**

Für die Grünen im Europäischen Parlament ist der Zugang zu den Gaspipelines in Europa ein wesentliches Problem. Sinnvoll wäre ihrer Meinung nach eine konsequente Trennung des Besitzes der Gaspipelines von den kommerziellen Interessen der Gasein- und -verkäufer. Zudem sei eine stärkere europäische Integration der Gasnetze erforderlich. Dies dürfe nicht den Märkten überlassen werden. Hier wären neue Betriebsformen wie transnationale staatliche Beteiligungen sinnvoll. Die gemeinsame Planung von neuen Gaspipelines und der Ausbau von Flüssiggasinfrastrukturen würden Europa nach Meinung der Grünen-Fraktion weniger erpressbar machen. ■

Autorin: Tinka Lutz, DNR, EU-Koordination

#### • **Weitere Information**

Aktionsplattform Tschernobyl plus 20  
[www.info-tschernobyl06.de](http://www.info-tschernobyl06.de)

Europäisches Parlament, Grüne/EFA,  
Rebecca Harms, ASP 08G302, Rue  
Wiertz, B-1047 Brüssel  
Tel. 0032 2 / 284-5695, Fax -9695  
eMail: [rharms@europarl.eu.int](mailto:rharms@europarl.eu.int)  
[www.rebecca-harms.de](http://www.rebecca-harms.de)

### **Kyoto-Gegner gründen eigenes „Klimabündnis“**

#### **USA, Australien und asiatische Staaten schaffen Fonds für saubere Energien**

Die Kyoto-Gegner USA und Australien sowie China, Japan, Indien und Südkorea haben sich zu einem „Asien-Pazifik-Bündnis für Entwicklung und Klima“ zusammengeschlossen und einen Fonds für saubere Energie gegründet. Er soll saubere Technologien mit mehreren Millionen Dollar fördern.

Die USA und Australien, die sich weigern das Kyoto-Protokoll zu unterzeichnen, haben es offensichtlich satt, als Klimasünder und Verweigerer beschimpft zu werden. Die Gründung des Fonds wird daher als Versuch gewertet, ihren internationalen Ruf zu verbessern. Umweltschützer bewerten den Pakt als nutzlos für den Klimaschutz.

#### **Das bessere Kyoto?**

Die USA und Australien stellten das neue Bündnis zunächst als Gegenentwurf zum Kyoto-Protokoll dar, was bei den Kyoto-Unterzeichnern China, Japan, Indien und Südkorea auf Kritik stieß. Nun versuchen sie das neue Bündnis als „bessere“ Ergänzung zum Kyoto-Protokoll zu verkaufen, mit dem neue Technologien gemeinsam vorangebracht werden sollen. Zusammen mit der Industrie sollen Strategien und Konzepte erarbeitet werden, um den Klimagas-Ausstoß von Energiewirtschaft, Bergbau und Industrieanlagen in den Partnerländern zu vermindern. Für die USA stehen dabei insbesondere die Zusammenarbeit mit Schwellenländern und der Technologietransfer im Vordergrund. Die USA hatten in der Vergangenheit immer wieder kritisiert, dass das Kyoto-Protokoll Entwicklungs- und Schwellenländer nicht zu verbindlichen Klimaschutzmaßnahmen verpflichtet.

#### **Neuer Pakt kann Kyoto nicht ersetzen**

Der Asien-Pazifik-Pakt wird dem Klima allerdings wenig helfen. Verbindliche Verpflichtungen soll es auf keinen Fall geben. Aus Erfahrung wissen wir aber, dass mit freiwilligen Maßnahmen nur schwer ernst zu nehmende Reduktionen erreicht werden. Das zeigen die Zahlen aus den USA, wo schon seit Jahren allein auf freiwilliges Engagement gesetzt wird. Der Ausstoß klimaschädlicher Treibhausgase hat dort allein im letzten Jahr um zwei Prozent zugenommen. Die Prognosen deuten darauf

hin, dass die USA und Australien im Jahr 2010 sogar 40 Prozent mehr Treibhausgase ausstoßen werden als 1990.

Auch sonst hat das Bündnis nichts zu bieten, was das Kyoto-Protokoll nicht hat. Das Kyoto-Protokoll verfügt bereits mit dem Emissionshandel und dem Clean Development Mechanism über Mechanismen, um technische Innovationen und den Technologietransfer zu fördern und Treibhausgase effektiv und kostengünstig zu reduzieren.

Der Asien-Pazifik-Pakt ist nach Auffassung von Greenpeace, WWF und Friends of the Earth Japan und Australien ohne deutliche Nachbesserungen so überflüssig wie ein Kropf. ■

Autorin: Tinka Lutz, DNR, EU-Koordination

#### • **Weitere Informationen**

WWF international, Jennifer Morgan,  
Direktorin des Klimaprogramms, Berlin  
Tel. 0162 / 2914451  
eMail: [morgan@wwf.de](mailto:morgan@wwf.de)

Greenpeace international, Catherine  
Fitzpatrick, Energy Campaign Team  
Leader, Australien  
Tel. 0061 408 / 487155

## Emissionshandel soll ab 2008 greifen

### Leitlinien für die zweiten Nationalen Allokationspläne veröffentlicht

Die EU-Kommission hat Leitlinien für die Verteilung der CO<sub>2</sub>-Zertifikate an die am Emissionshandel teilnehmenden Anlagen in der zweiten Handelsperiode des EU-Emissionshandels von 2008 bis 2012 vorgelegt. Demnach sollen die Mitgliedstaaten die Zahl der insgesamt zu vergebenden Zertifikate gegenüber der ersten Phase 2005 bis 2007 deutlich kürzen. In der zweiten Handelsperiode müssen die EU und ihre Mitgliedstaaten die im Kyoto-Protokoll festgeschriebenen CO<sub>2</sub>-Reduktion von minus acht Prozent gegenüber 1990 erreichen. Die Zuteilung der Zertifikate erfolgt im Rahmen der Nationalen Allokationspläne (NAP).

### EU-Kommission will notfalls nachbessern lassen

Nationale Allokationspläne, die nicht zur Erfüllung des EU-Reduktionsziels beitragen, sollen nachgebessert werden. Die Kommission will außerdem, dass die Mitgliedstaaten festlegen, welchen Anteil die flexiblen Mechanismen bei der Erfüllung der Reduktionsverpflichtungen haben dürfen. Dabei geht es um die laut Kyoto-Protokoll erlaubten Instrumente „Joint Implementation“ und „Clean Development Mechanism“, mit denen sich reiche Industrieländer Treibhausgas-Reduktionsmaßnahmen in anderen Industrieländern (z. B. in Osteuropa) bzw. in Entwicklungsländern auf ihrem eigenen „Klimakonto“ gutschreiben lassen können.

Die NAPs für die zweite Handelsperiode müssen bis Ende Juni 2006 bei der Kommission eingereicht werden. (tl) ■

### • Weitere Informationen

Mitteilung der EU-Kommission:  
[www.europa.eu.int/comm/environment/climat/pdf/nap\\_ll\\_guidance\\_en.pdf](http://www.europa.eu.int/comm/environment/climat/pdf/nap_ll_guidance_en.pdf)

## Richtlinienvorschlag zur Atommüll-Kontrolle

### Parlament wird nur angehört, Ministerrat entscheidet allein

Die Europäische Kommission hat Ende 2005 einen Richtlinienvorschlag zur Überwachung und Kontrolle von radioaktiven Abfällen und abgebrannten Brennelementen angenommen. Damit sollen die bestehenden Vorschriften für die Genehmigung der grenzüberschreitenden Verbringung radioaktiver Abfälle „vereinfacht und mit bestehenden Rechtsvorschriften in Einklang gebracht“ werden. Zudem wird der Geltungsbereich auf abgebrannte Brennelemente aus Atomanlagen ausgedehnt. Bei radioaktiven Abfällen handelt es sich um radioaktives Material von Tätigkeiten in Atomkraftwerken, aber auch in der Industrie oder in Krankenhäusern.

### Ausdrückliche Genehmigung der Zielländer erforderlich

Der Richtlinienvorschlag sieht vor, dass die Verbringung ausdrücklich von den Zielländern genehmigt und kontrolliert werden müssen. Der Vorschlag unterliegt dem Konsultationsverfahren, der Ministerrat wird nach Anhörung des Parlaments also allein entscheiden. (tl) ■

### • Weitere Informationen

Richtlinienvorschlag:  
[www.europa.eu.int/eur-lex/lex/LexUriServ/site/de/com/2005/com2005\\_0673de01.pdf](http://www.europa.eu.int/eur-lex/lex/LexUriServ/site/de/com/2005/com2005_0673de01.pdf)

## Newsticker

### Schweden: Umweltsteuer auf Flugtickets

Schweden will ab 2007 eine Ökosteuer auf Flugtickets erheben. Die Höhe der Steuer wird etwa zwischen zehn und 40 Euro liegen, abhängig von der Flugklasse und dem Reiseziel. Dies ist zwar deutlich mehr als ursprünglich im Haushalt 2006 vorgeschlagen wurde, dafür sollen aber Flüge von einigen abseits gelegenen schwedischen Flughäfen teilweise oder ganz von der Steuer befreit werden. (tl)  
Quelle: Environment Daily, 04.01.06

### Biokraftstoff-Richtlinie wird nur schleppend umgesetzt

Die Europäische Kommission will Klage gegen Luxemburg, Italien und Portugal erheben, weil sie ihren Verpflichtungen aus der Biokraftstoff-Richtlinie nicht nachgekommen sind. Nach dieser Richtlinie muss der Biokraftstoffanteil aller in den Mitgliedstaaten verkauften Benzin- und Dieselmotortreibstoffe von zwei Prozent im Jahr 2005 nach und nach auf mindestens 5,75 Prozent im Jahr 2020 gesteigert werden. (tl)  
Quelle: [www.europa.eu.int/rapid](http://www.europa.eu.int/rapid) (Referenz IP/05/1577)

### Hohe Ölpreise auch für 2006 und 2007 erwartet

Nach Prognosen der US-Energiebehörde wird die weltweite Nachfrage nach Erdöl weiter schnell anwachsen. Auch die Förderung wird steigen. Dennoch werden die Ölpreise 2006 und 2007 hoch bleiben. Einige Beobachter rechnen mit einem Ölpreis von über 80 Dollar je Barrel, selbst wenn größere politische Krisen oder schwere Hurrikanschäden wie 2005 ausbleiben. Vor allem der anhaltend hohe Konsum in den USA hat alle Hoffnungen auf einen deutlichen Preistrückgang zerstört. Obwohl sich dort Benzin und Heizöl gegenüber 2004 um 50 Prozent verteuert hat, verbrauchten die USA 2005 so viel Ölprodukte wie noch nie. Auch die chinesische Nachfrage steigt ungebrochen - auf noch immer niedrigem Pro-Kopf-Niveau. (tl)  
Quelle: Euractiv 12.01.06  
■

## EuGH verurteilt Deutschland erneut wegen FFH-Richtlinie

### Urteil wegen unkorrekter Umsetzung in deutsches Recht

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat am 10. Januar Deutschland in der Rechtsache C-98/03 verurteilt, da einige zentrale Bestimmungen der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie (FFH-RL)<sup>1</sup> von 1992 nicht ordnungsgemäß in deutsches Recht übernommen worden sind. Deutschland war schon 1997 wegen der schleppenden Umsetzung der FFH-Richtlinie in deutsches Recht verurteilt worden; erst 1998 hatte die Bundesregierung auf Druck aus Brüssel die Inhalte der Richtlinie in das Bundesnaturschutzgesetz übernommen.

### NABU begrüßt Urteil

Der Naturschutzbund (NABU) begrüßte die Verurteilung Deutschlands durch den EuGH und forderte die neue Bundesregierung auf, die vom EuGH bemängelten Defizite im deutschen Recht endlich zu beheben. Dazu müssten nach Auffassung des Gerichtshofes vor allem der Schutz von ausgewiesenen Schutzgebieten des europäischen Netzes „NATURA 2000“ sowie der Schutz europaweit gefährdeter Arten wie Fledermaus oder Wildkatze wesentlich verbessert werden. „Bundesregierung und alle Landesregierungen betonen stets, das EU-Recht 1:1 umsetzen zu wollen - diesen Worten müssen jetzt auch Taten folgen“, erklärte NABU-Präsident Olaf Tschimpke. Im Hinblick auf die geplante Föderalismusreform mahnte der NABU an, EU-Recht auch im Naturschutz weiter einheitlich auf Bundesebene zu regeln, da es nicht zu Bürokratieabbau und Verwaltungsvereinfachung beitrage, sich mit 16 unterschiedlichen Landesregelungen auseinandersetzen zu müssen.

### Deutschland droht weitere Klage

Eine weitere Klage vor dem EuGH droht Deutschland, sofern bis Ende Februar keine vollständige Liste der FFH-Gebiete in Brüssel vorliegt. Seit Jahren verzögern die Bundesländer die Meldung von Schutzgebieten nach der FFH-Richtlinie - aus Angst vor Auflagen. Da Deutschland 2001 schon einmal verurteilt worden ist und die Auflagen bisher nicht erfüllt hat, wird es jetzt teuer. Umweltminister Sigmar Gabriel (SPD) schätzt das Zwangsgeld auf

790.000 Euro pro Tag, während Claus Mayr, EU-Experte beim NABU, sogar eine Milliardenbuße für nicht ausgeschlossene hält, weil die Richter eine rückwirkende Strafe verhängen könnten. Nachdem Deutschland bis zum ersten EuGH-Prozess nur 700 Gebiete gemeldet hatte, ist die Liste durch den permanenten Druck aus Brüssel und die Arbeit von Naturschutzverbänden inzwischen auf 3.800 und gut neun Prozent der Landesfläche angewachsen.

### Verantwortliche Bundesländer sollen selbst für Meldeversäumnisse zahlen

Schuld an der Verzögerung sind die für Naturschutz zuständigen Bundesländer. Bundesumweltminister Sigmar Gabriel hat angekündigt, dass die säumigen Bundesländer für mögliche Strafzahlungen selbst aufkommen müssen. So haben die Länder aus Furcht vor Einschränkungen bei Ausbau und Vertiefung die Flussmündungen von Elbe, Weser, Ems und Trave sowie den Rhein nicht nach Brüssel gemeldet. Aufgrund des Fehlens deutscher Flussmündungen konnte die EU die Atlantikregion noch nicht bewerten. Dank der Schattenlisten der Umweltverbände ist Brüssel über die schutzwürdigen Gebiete gut informiert.

### Schutzgebietsvorschläge von BUND und WWF an Niedersachsen

Mit Hilfe von zwei ausgearbeiteten Vorschlägen für FFH-Gebiete wollten BUND und WWF Ende Dezember Niedersachsen bei der erforderlichen Nachmeldung von Schutzgebieten an die EU unterstützen. Niedersachsen steht nach Ansicht der Umweltverbände besonders unter Druck, da es bislang nur 6,6 % der Landesfläche statt dem bundesdeutschen Schnitt von 9,3 % als FFH-Gebiete ausgewiesen hat. Bei den zwei Vorschlägen der Umweltverbände handelt es sich um ein Gebiet an der Unterems, das als das wertvollste Flussmündungsgebiet Niedersachsens gilt, sowie um den nordwestlichen Ausläufer des Wiehengebirges, das dem Fledermausschutz dienen soll.

### EU fordert: Rhein in NRW soll FFH-Gebiet werden

Auch Nordrhein-Westfalen droht wegen der Nichtmeldung des Rheins als FFH-Gebiet eine Millionenstrafe aus Brüssel. Die EU-Kommission fordert, den Strom von Bad Honnef bis zur holländischen Grenze komplett als FFH-Gebiet auszuweisen, anstatt nur streckenweise Fischrüh-

zonen einzurichten. Bis zum 19. Februar soll NRW das Gebiet nachmelden. Andernfalls will die EU-Kommission Klage vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) einreichen.

Um die drohenden Strafzahlungen des Landes an die EU abzuwenden, wurde Anfang Januar eine Kompromisslösung erarbeitet, die aber weit hinter den Erwartungen der Naturschutzverbände BUND, LNU und NABU zurück bleibt. Danach werden nur knapp 30 % der ursprünglichen EU-Forderung erfüllt. Die Naturschutzverbände sprachen von einer überzogenen Panikmache der Wirtschaft, da auch nach Ausweisung als FFH-Gebiet Maßnahmen zur Eindämmung der Sohlerosion des Rheins sowie Unterhaltungsmaßnahmen zur Sicherung der Sohlentiefe des Rheins von 2,50 m Wassertiefe toleriert werden sollen.

Im Gegensatz zu NRW haben die Bundesländer Baden-Württemberg, Hessen und Rheinland-Pfalz bereits 2003 ganze Flussabschnitte des Rheins als FFH-Gebiete an die EU gemeldet. NRW liegt mit seinen gemeldeten Gebieten prozentual gesehen auf den unteren Plätzen der Bundesländer. Die vorgelegte Schattenliste für NRW umfasst etwa die doppelte Anzahl der letztlich gemeldeten Gebiete. Nun bleibt abzuwarten, ob mit dieser Nachmeldung die drohende Klage abgewendet ist. ■

Autorin: Bjela Vossen, DNR, EU-Koordination

### • Weitere Informationen:

NABU, Claus Mayr, EU-Naturschutzrechtsexperte, Bonn  
Tel. 0228 / 4036-166, Fax -203  
eMail: claus.mayr@nabu.de  
www.nabu.de

Urteil:  
[www.europa.eu.int/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=de](http://www.europa.eu.int/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=de)  
(Aktenzeichen: C-98/03)

Weitere Quellen: taz 22.12.2005;  
[www.nabu.de/m06/m06\\_04/04515.html](http://www.nabu.de/m06/m06_04/04515.html)  
[www.wwf.de/presse/pressearchiv/artikel/02834](http://www.wwf.de/presse/pressearchiv/artikel/02834)  
<http://linkszeitung.de/content/view/6034/58>  
PM NABU-NRW, 05.01.2006

<sup>1</sup> Die FFH-Richtlinie von 1992 soll dabei helfen, ein Netz natürlicher Lebensräume zu erhalten und den Artenschwund bis 2010 zu stoppen.

## Verbände fordern Stärkung des ländlichen Raumes

### Kritik an massiven Kürzungen bei ländlicher Entwicklung 2007-2013

Mit Besorgnis haben die Umweltverbände Mitte Januar auf die Brüsseler Entscheidungen zum EU-Haushalt 2007 bis 2013 reagiert. Massiv betroffen von den Kürzungen ist die ländliche Entwicklung - die so genannte zweite Säule der Agrarpolitik. Diese Mittel sind für die strukturschwachen Regionen in Deutschland von enormer Bedeutung. Mit den Geldern wurden in der Vergangenheit Arbeitsplätze im ländlichen Raum geschaffen, sie dienten überdies dazu, Naturschutz gemeinsam mit Land- und Forstwirten umzusetzen.

Im Vergleich zu den Vorschlägen der EU-Kommission von 89 Mrd. Euro sollen die Gelder für die ländliche Entwicklung auf 69 Mrd. Euro in den nächsten sieben Jahren gekürzt werden. „Dies wird für Deutschland zu drastischen Einschnitten führen, die im Vergleich zur aktuellen Situation rund 40 Prozent betragen“, sagte Josef Göppel, Vorsitzender des Deutschen Verbandes für Landschaftspflege (DVL) und DNR-Präsidiumsmitglied.

Nach Einschätzung der Verbände haben die Kürzungen dramatische Folgen für die von der EU vorgeschriebene Sicherung des europäischen Schutzgebietsnetzes Natura 2000, das nach Angaben der EU-Kommission jährlich 6,1 Mrd. Euro kostet und mit Hilfe der ländlichen Entwicklung finanziert werden soll. Die massiven Sparmaßnahmen bei der ländlichen Entwicklung sind nach Auffassung von DVL und NABU mit den Zielen, die sich die EU selbst gesetzt hat, nicht vereinbar. „Während die umfangreichen Fördergelder der klassischen Agrarpolitik lediglich um drei Prozent gekürzt werden, stehen die Bemühungen für mehr Umweltschutz in der Agrarpolitik vor dem Aus“, sagte NABU-Präsident Olaf Tschimpke.

### Verbände fordern eigenständige Bund-Länder-Initiative „LEADER Natur“

Um den erheblichen Einschnitten entgegenzuwirken, fordern zehn deutsche Naturschutz- und Umweltorganisationen die Schaffung einer Bund-Länder-Initiative „Natur als Kapital“, die eine ökologisch, ökonomisch und sozial verträgliche Entwicklung ländlicher Regionen fördert. ● Als Vorbild dient das bisherige LEADER-Programm der EU. Neu wäre die enge

Bindung dieses Programms an bedeutende Naturräume wie z.B. große Natura-2000-Gebiete, Naturparke oder Biosphärenreservate. Ausgestattet werden soll das Programm nach den Vorstellungen der Verbände mit rund 150 Mio. Euro für den Zeitraum 2007 bis 2013. Mit diesen Mitteln könnten rund 50 Regionen unterstützt werden. Zur Finanzierung der Initiative fordern die Verbände eine verstärkte Umschichtung von Mitteln aus der klassischen Agrarförderung in die ländliche Entwicklung.

Union und SPD haben sich im Koalitionsvertrag zu einer ausreichenden Absicherung und gleichgewichtigen Entwicklung des ländlichen Raums bekannt. Auch soll die gezielte Honorierung ökologischer Leistungen der Landwirte über den Vertragsnaturschutz forciert werden, was nur über die ländliche Entwicklung möglich ist. Bund und Länder sind nun gefordert, die Weichen in die richtige Richtung zu stellen und in der anstehenden Programmplanung diese Initiative „LEADER Natur“ zu verankern. ■

Autorin: Bjela Vossen, DNR, EU-Koordination

### • Weitere Informationen

WWF, Martina Fleckenstein, Leiterin EU-Politik, Berlin  
Tel. 030 / 308742-11  
eMail: fleckenstein@wwf.de

NABU, Florian Schöne, Referent für Agrarpolitik, Berlin  
Tel. 030 / 284984-26  
eMail: florian.schoene@nabu.de

Quellen:  
[www.wwf.de/presse/pressearchiv/artikel/02842](http://www.wwf.de/presse/pressearchiv/artikel/02842)  
[www.lpv.de/uploads/media/PM05\\_EU\\_Gipfel\\_Laendl\\_Raum.pdf](http://www.lpv.de/uploads/media/PM05_EU_Gipfel_Laendl_Raum.pdf)

Verbände-Forderungen zur Bund-Länder-Initiative „LEADER-Natur“ (PDF-Download):  
[www.dnr.de/publikationen/eur/archiv/leader.pdf](http://www.dnr.de/publikationen/eur/archiv/leader.pdf)

## EU-Studie: Liberalisierung des Handels zerstört Wälder

### Greenpeace fordert Stopp der Waldhandelsliberalisierung

Die Ergebnisse einer von der EU bestellten Studie<sup>1</sup> über die Nachhaltigkeits-Verträglichkeitsprüfung der WTO-Verhandlungen zum Welthandel stützen die Forderung von Greenpeace an die EU, die Handelsliberalisierungen im Forstsektor zu stoppen und ein nachhaltiges Forstmanagement zu fördern. Die Anfang Dezember erschienene Studie besagt, dass eine weitere Liberalisierung die Zerstörung von Regenwäldern und den illegalen und nicht nachhaltigen Holzeinschlag besonders in den ärmsten Ländern vorantreiben würde. Die Studie empfiehlt umsichtig vorzugehen und zählt verschiedene Maßnahmen auf, mit denen die Auswirkungen der Liberalisierung entschärft werden sollen. Ein von Greenpeace veröffentlichter Bericht ● unterstreicht die Ergebnisse der Studie und betont die Bedrohung des Schutzes der Wälder durch die WTO. (bv) ■

### • Weitere Informationen

Greenpeace EU Unit, Sebastien Risso, EU-Politikdirektor Wald und Handel  
Tel. 0032 496 / 127009  
eMail: [sebastien.risso@diala.greenpeace.org](mailto:sebastien.risso@diala.greenpeace.org)

Quelle: <http://eu.greenpeace.org/downloads/forests/PRonTradeLib&ForestDestr-Eng.pdf>

Downloads:  
EU-Studie: Sustainability Impact Assessment of Proposed WTO Multilateral Trade Negotiations  
[www.sia-trade.org/wto/final%20report%20page.shtml](http://www.sia-trade.org/wto/final%20report%20page.shtml)

Greenpeace-Bericht: „Trading away our last ancient forests“  
[www.greenpeace.org/raw/content/international/press/reports/Tradingawayancientforests.pdf](http://www.greenpeace.org/raw/content/international/press/reports/Tradingawayancientforests.pdf)

<sup>1</sup> Sustainability Impact Assessment of Proposed WTO Multilateral Trade Negotiations

## Karpaten-Konvention in Kraft

### Vier von sieben Unterzeichnerstaaten haben ratifiziert

Durch die Anfang Januar erfolgte Ratifizierung durch Ungarn haben zusammen mit der Slowakei, der Ukraine und Tschechien vier Länder die Karpaten-Konvention ratifiziert, sodass diese jetzt in Kraft treten kann.<sup>1</sup> Die Ratifizierung durch Polen, Serbien und Rumänien steht noch aus.

Die Karpatenregion umfasst Europas größte Reserven an Urwald und dient Braunbären, Wölfen, Bisons, Luchsen und Adlern sowie rund 200 endemischen Pflanzen als Refugium. Zudem sind dort einige der saubersten Flüsse und Trinkwasserhaushalte Europas zu finden.

Die Konvention wurde in Partnerschaft mit der Alpenkonvention entwickelt und gibt den Rahmen für Kooperationen zwischen den betroffenen Ländern, ihren regionalen Verwaltungen, der Zivilgesellschaft und ausgewählten Einzelpersonen. Zu den nun greifenden Maßnahmen zählen der Schutz der biologischen und landschaftlichen Vielfalt, die Koordinierung grenzübergreifender Regionalplanungen, die Sicherstellung des Managements der Wasserressourcen und Flusseinzugsgebiete, die Förderung nachhaltiger Land- und Forstwirtschaft, die nachhaltige Entwicklung von Verkehr, Infrastruktur und Tourismus, die Förderung umweltfreundlicher Industrien und Energien, der Erhalt des kulturellen Erbes und des traditionellen Wissens, ein Umweltmonitoring sowie die Umweltbildung.

UNEP stellt das vorläufige Sekretariat der Konvention, das in Österreich angesiedelt sein wird. Die erste Vertragsstaatenkonferenz der Karpatenkonvention findet im Juni 2006 statt. Auf der Agenda steht dann das Arbeitsprogramm der Konvention. (bv) ■

### • Weitere Informationen

UNEP, Nick Nuttall, Nairobi, Kenia  
Tel. 00254 20 / 623084  
eMail: nick.nuttall@unep.org

<sup>1</sup> Die Entwicklung der Konvention zum Schutz und zur nachhaltigen Entwicklung der Karpaten begann 2002 während des UN-Jahres der Berge. Auf der 5. Umweltministerkonferenz im Mai 2003 in Kiew unterzeichneten die sieben betroffenen Länder den Vertrag zur Karpaten-Konvention.

## Newsticker

### US-Studie bestätigt beschleunigtes Artensterben

Allen Bemühungen zum Trotz beschleunigt sich das Artensterben dramatisch: Einer Studie zufolge sind heute dreimal so viele Arten bedroht wie in den vergangenen 500 Jahren ausgestorben sind. Der Mensch habe die Aussterberate um das 100- bis 1.000-Fache über das natürliche Maß hinausgetrieben, berichten US-Forscher in den „Proceedings“ der Akademie der Wissenschaften. Die Biologen untersuchten solche Arten, für die es weltweite Daten gibt. Dazu zählen Säugetiere, Vögel, Amphibien, einige Reptilien und Nadelhölzer. Die meisten der 794 bedrohten Arten leben jeweils nur noch an einem Ort. In den letzten 500 Jahren seien 245 Arten aus diesen Gruppen ausgerottet worden, berichten die Forscher um Taylor Ricketts. Sie identifizierten 595 Regionen, die als einzige Heimat für bedrohte Arten dienen und deshalb erhalten werden müssten. Doch sei die Mehrzahl dieser letzten Refugien bisher nicht geschützt. Dort müssten dringend Maßnahmen ergriffen werden, um den Verlust weiterer Tier- und Pflanzenarten zu verhindern. (bv)  
Quelle: taz 13.12.2005,  
[www.taz.de/pt/2005/12/13/a0120.nf/text](http://www.taz.de/pt/2005/12/13/a0120.nf/text)

### NATO-Manöver lassen Wale an Taucherkrankheit verenden

Laut einem Bericht der Zeitschrift GEO ist es Forschern gelungen, die Ursachen der Massensterben von Walen vor den Kanarischen Inseln weitgehend aufzuklären. Die Obduktions-Ergebnisse wiesen darauf hin, dass die Tiere wahrscheinlich an der Taucherkrankheit verendeten. Die Meeressäuger seien von dem bis zu 230 Dezibel lauten Schall aus so genannten Sonargeräten getroffen worden. Damit sollen bei Nato-Übungen versteckte U-Boote aufgespürt werden. Die Wale verlieren dabei die Orientierung und versuchen in Panik so schnell wie möglich an die Wasseroberfläche zu fliehen. Durch dieses viel zu schnelle Auftauchen perlen im Blut gelöste Gase aus und bildeten Blasen, die innere Organe wie Leber und Hirn förmlich explodieren ließen. (bv)  
Quelle: GEO Special „Kanarische Inseln“, [www.umweltschutz-news.de/?menuccms=123&objektid=667&nl=675](http://www.umweltschutz-news.de/?menuccms=123&objektid=667&nl=675)

### Djoghlaf neuer Geschäftsführer der Konvention zur Biologischen Vielfalt

Seit Anfang Januar ist Ahmed Djoghlaf, Geschäftsführer der Konvention zur Biologischen Vielfalt (CBD). Der 52-jährige Algerier begann seinen Amtsantritt mit einem Aufruf an die Bürger/innen aller Länder, sich am Erhalt des Lebens auf der Welt zu beteiligen und den Biodiversitätsverlust bis 2010 zu reduzieren. (bv)  
Quelle:  
[www.unep.org/Documents.Multilingual/Default.asp?DocumentID=467&ArticleID=5069&l=en](http://www.unep.org/Documents.Multilingual/Default.asp?DocumentID=467&ArticleID=5069&l=en)

### Amazonas leidet unter extremer Trockenheit

Das größte Regenwaldgebiet der Welt leidet unter katastrophaler Dürre. Die Experten sind sich nach einem Bericht des Magazins Telepolis einig, dass die globale Klimaerwärmung eine der Ursachen darstellt. Der Amazonas gilt als Schatzkammer der Artenvielfalt. Hier leben die Hälfte aller bekannten Arten auf der Erde: 353 Säugetierarten, 3.000 Fisch-, 1.000 Vogel-, und 60.000 Pflanzen- und schätzungsweise 10 Millionen Insektenarten. Nun bedrohen nicht nur die Holzkonzerne, die Agrarindustrie, die Minengesellschaften oder Öl- und Gasförderungsprojekte das Gebiet. Die katastrophale Trockenheit führte 2005 zu größten Absenkung der Wasserstände und Austrocknung seit jeher. Viele Ortschaften, die nur über die Wasserwege zu erreichen sind, wurden komplett von der Außenwelt abgeschnitten. Ein Hauptteil des Fischbestands hat die Dürre nicht überlebt. Mehr Waldbrände denn je wüteten. Die brasilianische Regierung startete nach eigenen Angaben die größte Hilfsaktion, die sie jemals durchgeführt hat. (bv)  
Quelle: [www.heise.de/tp/r4/artikel/21/21617/1.html](http://www.heise.de/tp/r4/artikel/21/21617/1.html)

### Pazifische Auster bedroht Wattenmeer

Die zunehmende Ausbreitung der Pazifischen Auster im Nationalpark Wattenmeer gefährdet einheimische Arten wie die Miesmuschel und verringert das Nahrungsangebot für die Vögel. Die Invasion der ursprünglich von der Pazifikküste stammenden und in den 80er Jahren vor Sylt eingebürgerten Muschelart ist aber wahrscheinlich unumkehrbar. Dies sind die Ergebnisse einer Ende Dezember veröffentlichten WWF-Studie. (bv)  
Quelle: [www.wwf.de/presse/pressearchiv/artikel/02832](http://www.wwf.de/presse/pressearchiv/artikel/02832)

### Grünes Licht für grenzenlosen Bahnverkehrsmarkt

#### Richtlinienvorschlag des Ministerrats zur Marktöffnung im Schienenverkehr

Der Rat der EU-Verkehrsminister hat sich im Dezember auf einen Richtlinienvorschlag über den Zugang zum Schienenverkehrsmarkt geeinigt. Die Richtlinie sieht eine Öffnung des Marktes für den grenzüberschreitenden Schienenpersonenverkehr im Jahr 2010 vor. Danach ist auch die so genannte Kabotage erlaubt. Darunter versteht man das Erbringen von Verkehrsdienstleistungen innerhalb des Binnenmarktes durch einen Dienstleister, der nicht im Binnenmarkt ansässig ist. Der Ministerrat und die EU-Kommission erklärten gemeinsam, dass die Öffnung des Marktes nur schrittweise erreicht werden könne. Außerdem müsse sie im Einklang mit den Erfordernissen der öffentlichen Verkehrsdienste erfolgen.

Die Kommission erließ zur Erleichterung des freien Schienenverkehrs zwei technische Spezifikationen für die Interoperabilität des konventionellen transeuropäischen Schienensystems. Die Spezifikationen betreffen die Lärmemissionen durch Schienenfahrzeuge sowie Telematikanwendungen für den Güterverkehr. Seit Ende Dezember muss alles neue Eisenbahnmateriale, das für das konventionelle Eisenbahnnetz bestimmt ist, diese technischen Spezifikationen, die für alle Mitgliedstaaten der Europäischen Union gelten, einhalten.

#### Erstmals Grenzwerte für Lärm auf europäischen Gleisen

Zum ersten Mal wurden Grenzwerte für die Lärmemissionen festgelegt, die Schienenfahrzeuge verursachen, welche über Gleise in der EU fahren. Diese Grenzwerte, die hinsichtlich des technischen Fortschritts regelmäßig überprüft werden müssen, sollen zur Reduzierung der Lärmbelästigung der Anwohner beitragen. Außerdem sollen sie den Umweltvorteil des Schienenverkehrs gegenüber konkurrierenden Verkehrsträgern untermauern.

Die Verordnung zu Telematikanwendungen für den Güterverkehr soll zu einer wirksamen Vernetzung der Informations- und Kommunikationssysteme der verschiedenen Infrastruktur- und Schienenverkehrsbetreiber führen. Dies ist eine wesentliche Voraussetzung für die Qualität des Schienenverkehrs, vor allem auf

dem schnell wachsenden internationalen Güterverkehrsmarkt. (mbu) ■

#### • Weitere Informationen

Europäische Kommission, Generaldirektion Energie und Verkehr, TEN-Politik und technologische Entwicklung, Rue de la Loi 200, B-1049 Brüssel  
Tel. 0032 2 / 29-80300  
eMail: tren-tent-extension@cec.eu.int  
www.europa.eu.int/comm/dgs/energy\_transport/index\_de.htm

### EU soll Verkehrswege zu Nachbarstaaten verbessern

#### De-Palacio-Gruppe empfiehlt groß angelegte Infrastrukturprojekte

Seit Dezember liegt der Abschlussbericht über die Beurteilung der Verkehrsverbindungen zwischen der erweiterten Europäischen Union und ihren 26 Nachbarländern vor. Die Kommission hatte 2004 eine so genannte hochrangige Gruppe unter Leitung der früheren Verkehrskommissarin Loyola de Palacio damit beauftragt. Der Bericht enthält Empfehlungen für Infrastrukturprojekte und einfachere Maßnahmen, die entlang fünf wichtiger grenzüberschreitender Verkehrsachsen „den Handel fördern und die Verkehrsströme verbessern“ sollen.

Der Schwerpunkt soll auf fünf transeuropäischen Hauptverkehrsachsen liegen, durch die die EU mit ihren Nachbarn im Norden, Osten und Südosten sowie im Mittelmeer- und Schwarzmeerraum verbunden wird. Die Maßnahmen erstrecken sich auf die Seeverkehrssicherheit und den Meeresumweltschutz, die Interoperabilität der Eisenbahn, den Ausbau des europäischen Satellitennavigationssystems GALILEO sowie die Ausweitung der Initiative für einen einheitlichen europäischen Luftraum auf die Nachbarstaaten.

#### 45 Milliarden Euro Kosten

Die Kosten für die Projekte werden auf 45 Milliarden Euro geschätzt, wovon bis 2020 35 Milliarden Euro hauptsächlich aus den Staatshaushalten der beteiligten Länder und Mitteln internationaler Finanzinstitutionen fließen sollen, ergänzt durch EU-Zuschüsse. Im Frühjahr sollen das Europäische Parlament und der Ministerrat über das weitere Vorgehen informiert werden. (mbu) ■

#### • Weitere Informationen

Europäische Kommission, Generaldirektion Energie und Verkehr, Rue de la Loi 200, B-1049 Brüssel  
Tel. 0032 2 / 29-80300, Fax -94896  
www.europa.eu.int/comm/dgs/energy\_transport/index\_de.html

### Abgasnorm Euro 5 ohne Perspektive

#### T&E: Europa fällt bei Stickoxidausstoß hinter USA zurück

Umwelt- und Verkehrsverbände haben Ende Dezember den Vorschlag der EU-Kommission zur Verbesserung der Luftqualität in Europa zum Teil kritisiert. Mit der so genannten Euro-5-Verordnung soll der für Kraftfahrzeuge zulässige Ausstoß von Luftschadstoffen europaweit harmonisiert werden. Partikelemissionen von Dieselfahrzeugen sollen um 80 Prozent, der Ausstoß von Stickoxid um 20 Prozent gesenkt werden.

Der europäische Verband für Verkehr und Umwelt (T&E) nannte es einen Skandal, dass Europa mit diesem Vorschlag im Hinblick auf schädliche Stickoxidemissionen hinter die USA zurückfalle. Dort gebe es ab 2007 bereits geringere Grenzwerte als in der EU 2008/2009. Viel schlimmer aber sei, dass die Mitgliedstaaten nun nicht die Instrumente bekämen, die sie brauchten, um die Luftqualität nach EU-Vorgaben zu verbessern. Die Kommission habe es versäumt, die Standards für die Zeit nach der Euro-5-Norm weiterzuentwickeln. Finanzielle Anreize für Autos mit Zukunftstechnologie wie sie z. B. Deutschland angeboten hat, werden damit Makulatur. Denn solche Anreize sind laut EU-Recht nur erlaubt, wenn ihnen abgestimmte Emissionsstandards zu Grunde liegen.

#### Euro 5 nur mit Rußfilter

Laut EU-Industriekommissar Günter Verheugen sind die verschärften Grenzwerte bei Dieselfahrzeugen nur mit Partikelfiltern einzuhalten. Für Benzinfahrzeuge sollen die Stickoxid- und Kohlenwasserstoffemissionen um 25 Prozent sinken. Die Euro-5-Norm wird jetzt vom Europäischen Parlament und vom Ministerrat geprüft und kann frühestens Mitte 2008 in Kraft treten. (mbu) ■

#### • Weitere Informationen

European Federation for Transport and Environment (T&E), Jos Dings, 1 Rue de la Pépinière, B-1000 Brüssel  
Tel. 0032 2 / 50299-09, Fax -08  
eMail: jos.dings@t-e.nu  
www.t-e.nu

### Mit dem Güterzug von der Nordsee bis zum Mittelmeer

#### Europäische Bahnchefs planen Ausbau der Rhein-Schiene für Güterverkehr

Ende 2005 haben sich in Brüssel Vertreter der großen Eisenbahnverkehrsunternehmen, der Industrie sowie EU-Parlamentarier/innen dafür ausgesprochen, die wichtige europäische Güterverkehrsstrecke Rotterdam-Köln-Basel-Mailand-Genua schnell zu realisieren. Dafür soll diese mit dem europäischen Leit- und Sicherheitssystem ETCS ausgerüstet werden. Ziel ist es, die notwendigen Kapazitäten auf diesem zentralen Schienenweg zu schaffen, damit der erwartete jährliche Zuwachs beim Güterverkehr von bis zu sieben Prozent effizient umgesetzt werden kann. Dieses Ziel wird auch von dem Koordinator für das europäische Eisenbahnverkehrsleitsystem ERTMS unterstützt, der von der EU-Kommission eingesetzt ist.

#### Bahnen wollen Konzentration auf „Netzkorridore“

Der deutsche Bahnchef Hartmut Mehdorn verwies auf Marktanalysen, wonach auf dieser Europa-Magistrale bis zum Jahr 2020 ein Transportwachstum von 50 Prozent auf dann 45 Millionen Tonnen erwartet wird. Hier könne der Schienenverkehr auch seine Umweltvorteile zum Nutzen der Gesellschaft voll ausspielen, sagte Mehdorn. Aufgrund der großen Bedeutung der zentralen Verkehrsachse zwischen den nordeuropäischen Häfen und dem Mittelmeer will die Deutsche Bahn die Rheintalschiene zwischen Karlsruhe und Basel viergleisig ausbauen.

Noch behindern unterschiedliche nationale Zugsicherungssysteme den durchgehenden grenzüberschreitenden Verkehr. Deshalb befürworten die Bahnen die Initiative der Europäischen Kommission, die europaweite technische Harmonisierung der Zugleit- und Sicherungstechnologie durch ETCS auch im Güterverkehr voranzutreiben. Sie empfehlen aber die Konzentration auf Netzkorridore für die wichtigsten transeuropäischen Verkehrsströme, damit die Investitionen Nutzen bringen.

#### Investitionen in Technik und Infrastruktur notwendig

Nach einer Studie im Auftrag der Anrainerstaaen sind neben der Einführung von ETCS auch Infrastrukturmaßnahmen notwendig. Die Bahn forderte die EU und die

Bundesregierung auf, die Ergebnisse der Studie umzusetzen und die dazu notwendigen Investitionsmittel bereitzustellen. Allein in Deutschland sind dies rund sechs Milliarden Euro. (mbu) ■

#### • Weitere Informationen

Deutsche Bahn AG, Konzernsprecher  
Werner Klingberg, Potsdamer Platz 2,  
10785 Berlin  
Tel. 030 / 297-61180, Fax -62086  
eMail: medienbetreuung@bahn.de  
www.db.de

## Länderübergreifender Protest gegen Schnellbahn Lyon-Turin

### Bürger und Politiker demonstrieren gegen Umweltzerstörung in den Alpen

Im Januar haben rund 4.500 Menschen, darunter 30 italienische Politiker, im französischen Chambéry gegen den geplanten Bau einer Schnellbahntrasse zwischen Lyon und Turin durch die Alpen protestiert. Der Bau der TGV-Verbindung einschließlich eines 53 Kilometer langen Tunnels war im 2005 von den Regierungen in Rom und Paris vereinbart worden und wird von der EU unterstützt. Das Projekt soll für 12,5 Milliarden Euro bis 2020 realisiert werden.

Die geplante Strecke soll Teil einer europäischen Fernverbindung werden, die von Portugal bis in die Ukraine reicht. Die Fahrzeit zwischen Lyon und Turin würde dann nur noch 95 Minuten betragen, derzeit sind es vier Stunden. Die neue Trasse soll vor allem für den Gütertransport genutzt werden und den durch massiven Straßenverkehr geschädigten Alpenraum entlasten. Von den 300 Zügen, die nach aktuellen Planungen pro Tag auf der Strecke verkehren können, werden 250 ausschließlich für den Güterverkehr eingesetzt.

### Gesundheits- und Umweltschäden im Susa-Tal befürchtet

Bisher konzentrierten sich die Proteste gegen das Projekt eher auf der italienischen Seite, die jüngste Demonstration ist Ausdruck des wachsenden Unmuts auch in Frankreich. Zahlreiche Bewohner des Susa-Tals zwischen Piemont/Italien und Fréjus/Frankreich befürchten massive Gesundheits- und Umweltzerstörungen. Wegen der Bahnlinie müssten ganze Wälder zerstört werden. Das Tal würde in den nächsten 15 Jahren zu einer riesigen Baustelle mutieren, sagte ein Sprecher der Demonstranten. Im Susa-Tal leben gut 60.000 Menschen. Die widerständigen Talbewohner verhinderten im November den Beginn der Bauarbeiten für den Tunnel, erwirkten einen Baustopp und die Zusage weitere Umweltauflagen zu prüfen. Sie fürchteten die Freisetzung von Asbest und Uran, die in dem engen Tal nicht abziehen können.

### Verkehrskritisches Bündnis sieht Demokratiedefizit in der Planung

Auch das Bündnis Leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe (LSVA) für Europa

sieht die Planung der Trasse durch das Susa-Tal skeptisch. Es gehe bei der Diskussion nicht nur um die Strecke Lyon-Turin, sondern auch um andere Hochgeschwindigkeits-Infrastrukturprojekte der EU, sagte LSVA-Geschäftsführerin Heike Aghte. Bei mehreren dieser Projekte gebe es Demokratiedefizite bei der Planung, vor allem weil die Bürger selbst nie dazu befragt worden seien. Im April ist eine Taugung in Straßburg geplant, die sich mit der gesamten Problematik beschäftigen wird. (mbu) ■

### • Weitere Informationen

Bündnis LSVA für Europa, Heike Aghte, Rathausstr. 17, 10178 Berlin  
Tel. 030 / 2472362364  
eMail: heike.aghte@t-online.de  
www.lsva-europe.org

## Französische Flugticketabgabe kommt Süd-Ländern zugute

### 1 Euro für Inlands-Economy-Class, 40 Euro für First Class international

Die Naturfreunde Internationale (NFI) unterstützt die Initiative der französischen Regierung, durch einen finanziellen Aufschlag auf Flugtickets mehr Geld für Umwelt- und Entwicklungsprojekte in Ländern des Südens, vor allem Afrika, zu erhalten. Im vergangenen November hat der französische Ministerrat beschlossen, Gebühren auf die Tickets für Flüge zu erheben, die von Frankreich aus starten und innerfranzösische oder EU-Ziele ansteuern. Geplant sind 1 Euro für die Economy Class und 10 Euro für die Business Class. Internationale Flüge sollen mit 4 bzw. 40 Euro zusätzlich belastet werden. Für Transferpassagiere gilt die Regel nicht. Der Beschluss muss noch durch das französische Parlament.

### Flugabgabe fließt in Umwelt- und Entwicklungsprojekte

Nichtregierungsorganisationen wie die European Federation for Transport and Environment (T&E) propagieren die Idee schon seit langem, 2005 griffen sie die französische und die britische Regierung auf. Auch die Regierung in London kündigte an, einen Teil der britischen Air Passenger Duty für Umwelt-Projekte in Ländern des Südens reservieren zu wollen. Die NFI hofft, dass weitere europäische Länder und EU-Politiker dem Beispiel folgen werden. Der Verband verwies auf den Zusammenhang zwischen dem steigenden Verkehr und dem Klimawandel und auf die negativen Auswirkungen vor allem auf Länder des Südens. Von daher sei es fair, wenn durch geringe Aufschläge auf Flugtickets Umwelt- und Entwicklungsprojekte verstärkt finanziert werden, vor allem solche im Rahmen der so genannten UN-„Millenniumsziele“. (mbu) ■

### • Weitere Informationen

Naturfreunde Internationale (NFI), Generalsekretär Christian Baumgartner, Dietmayrgasse 36/3, A-1150 Wien  
Tel. 0043 1 / 892 3877-11  
eMail: christian.baumgartner@nfi.at  
www.nfi.at

## Newsticker

### **Umweltfreundlichere Mautregeln beschlossen**

Im Dezember hat das Europäische Parlament der Neuregelung von Mautgebühren für Lkw auf Europas Autobahnen zugestimmt. Die Parlamentarier/innen billigten damit die Änderungen der Richtlinie, die zuvor den Ministerrat passiert hatten. Ab 2010 müssen die Mitgliedstaaten die Gebühren für Lkw nach deren Emissionsklasse differenziert erheben. Außerdem soll die Maut ab 2012 auch für 3,5-Tonner gelten statt nur für 12-Tonner wie bisher. Der Rat lehnte allerdings die Forderung nach der Einbeziehung der externen Kosten für Umwelt und Gesundheit bei den neuen Mautvorschriften ab. Es bleibt den Mitgliedstaaten überlassen, solche Kosten mit einzurechnen. Allerdings wurde die EU-Kommission dazu verpflichtet, innerhalb von zwei Jahren ein Kalkulationsmodell für die externen Kosten zu entwickeln. Dieses soll dann als Basis dienen für künftige Berechnungen von Infrastrukturgebühren. (mbu)

Quelle: Environment Daily, 15.12.2005

### **Euronatur: Tourismus untergräbt eigenes Fundament**

Die Umweltstiftung Euronatur hat die Verantwortlichen in den europäischen Tourismusregionen aufgefordert, sich für einen nachhaltigen Tourismus einzusetzen, der die natürlichen Ressourcen nicht zerstört. Der Tourismus säge durch Landschaftsverbauung, Wasserverschmutzung und Lebensraumzerstörung vielerorts den Ast ab, auf dem er sitze, hieß es im Januar bei der Urlaubsmesse CMT in Stuttgart. Als Beispiele nannte die Stiftung die Türkei, Griechenland, Zypern und Spanien, wo teilweise trotz Wassermangels ungehemmt an den Küsten gebaut werde. In der Folge würden einmalige Naturlandschaften vernichtet, die nicht ersetzt werden könnten. Positive Vorbilder seien der Naturtourismus beispielsweise im Schwarzwald oder im Nationalpark Müritz. (mbu)

Stiftung Europäisches Naturerbe (Euronatur), Radolfzell, Tel. 07732 / 92720,  
eMail: [info@euronatur.org](mailto:info@euronatur.org),  
[www.euronatur.org](http://www.euronatur.org)



## Fischereirat 20.-22. Dezember

### Gesamtfangmengen beschlossen - WWF: „Abschied vom Kabeljau“

„Mehrstündige Verhandlungen“ benötigte der EU-Ministerrat für Agrar- und Fischereifragen, um die Gesamtfangmengen (TACs) und Quoten zur Festsetzung von Fangmöglichkeiten und deren Begleitumstände festzulegen. Der WWF kritisierte die Fischereiquoten und sprach von einer „Katastrophe für zahlreiche Fischvorkommen“ und dem „Abschied vom Kabeljau“. Obwohl der Internationale Rat für Meeresforschung (ICES) seit drei Jahren einen Stopp der Kabeljau-Fischerei forderte, hätten die EU-Minister die Empfehlung in den Wind geschlagen.

Damit, so der WWF, widerspreche sich die EU selbst. Einerseits laufe seit 2004 ein Wiederauffüllplan mit 30 Prozent jährlichem Wachstum, gleichzeitig würden aber hohe Fangmengen erlaubt. Dass Kabeljau auch als Beifang ende, werde ebenfalls nicht beachtet.

### Schlechte Nachrichten für Sardellen, Dorsche und Schollen

Auf Druck von Frankreich wird die Sardellenfischerei im Golf von Biscaya ab 1. März wieder aufgenommen. Sie war erst im vergangenen Juni eingestellt worden, weil der Bestand zusammengebrochen war. „Die EU-Entscheidung ist Unsinn - von Nachhaltigkeit keine Spur“, sagte Fischereiexpertin Heike Vesper. Etwa 70 Prozent der Bestände in EU-Gewässern seien überfischt - „aber Europa fängt fröhlich weiter“.

Auch für den Dorsch in der östlichen Ostsee sieht es nach den Erkenntnissen des WWF schlecht aus. Die EU erhöht die Fangquoten von knapp 39.000 2005 auf über 45.000 Tonnen in diesem Jahr - das ist mehr als doppelt so viel, wie ICES-Wissenschaftler empfehlen. ICES hält den Dorsch sowohl in der westlichen als auch in der östlichen Ostsee für überfischt. Die EU-Kommission soll einen langfristigen Wiederauffüllplan für Ostsee-Dorsch vorgeben, fordert der WWF.

Auch die Senkung der Fangmenge für Nordsee-Schollen reiche nicht aus, um den Bestand langfristig wieder aufzubauen. Der WWF hatte eine Halbierung des Fischereiaufwandes gefordert. Für eine nachhaltige europäische Fischerei müsste die Flottenkapazität um etwa 40 Prozent

reduziert werden. Die Beschlüsse der Fischereiminister zur Reduzierung des Fangaufwandes lägen jedoch nur bei durchschnittlich 15 Prozent. Der WWF forderte dringend Tabuzonen, in denen sich die Bestände erholen können, und eine „wirklich nachhaltige Fischereiwirtschaft, die sich nicht die eigene Grundlage entzieht“.

### EU will „fischereiliche Sterblichkeit“ mit „Langzeitzielwerten“ senken

Auch für die Seezunge sieht es bis 2008 schlecht aus. Erst dann sollen die „fischereiliche Sterblichkeit“ gesenkt und ein „Langzeitzielwert“ entwickelt werden. Auch ein Wiederauffüllungsplan für den Schwarzen Heilbutt im Nordwestatlantik wurde angenommen

### Durch Tiefseefischerei vom Aussterben bedroht

Die Minister beschlossen außerdem, den „Fischereiaufwand“ bei Tiefseebeständen nicht um 20, sondern nur um 10 Prozent zu verringern. Greenpeace warf der EU in diesem Zusammenhang vor, sie sei „auf einem Auge blind“, was Gesetze und wissenschaftliche Ratschläge angehe. Weder setze sie das Verbot gegen Grundschleppnetzfisher durch, die illegal in der Tiefsee fischten, noch kümmere sie sich um wissenschaftliche Untersuchungen, nach denen zahlreiche Fischarten durch zerstörerische Fangpraktiken vom Aussterben bedroht sind. Die Umweltorganisation veröffentlichte dazu Informationen über fünf illegal agierende Grundschleppnetzfisher, die im Dezember im Rostocker Hafen lagen und sogar auf der schwarzen Liste der EU stehen.

Zwar beschloss der Ministerrat, drei zusätzliche Tage für die „verstärkte Präsenz von Beobachtern“ einzuräumen, der Vorschlag der EU-Kommission für Sanktionen gegen Schiffe, die ihre Verpflichtungen nicht einhalten, ist aber abgelehnt worden. An Fischereiüberwachungsprogrammen beteiligt sich die EU 2006 mit 35 Millionen Euro.

Der Fischereirat beschloss über die eigene Themenstellung hinaus außerdem eine Richtlinie über die Vogelgrippe (aviäre Influenza) und finanzielle EU-Unterstützung im Falle eines Ausbruchs.

### Beratungen, Aussprachen und Abstimmungen bald öffentlich

Ab dem Sommer soll die Arbeit des Rates für die Öffentlichkeit transparenter werden: Dann besteht z. B. die Möglichkeit, alle öffentlichen Beratungen und Aussprachen in Ratsitzungen direkt im Internet zu verfolgen. Dabei wird Wert darauf gelegt, dass alle im Mitentscheidungsverfahren zu erlassenden Rechtsakte öffentlich werden (auch die Abstimmung). Was die anderen Gesetzesakte oder Beratungen angeht, kann der Vorsitz vorschlagen, „dass der Rat beschließen kann, dass seine Beratungen über nichtlegislative Dossiers öffentlich sind, sofern diese wichtige Fragen betreffen, die die Interessen der Union und ihrer Bürger berühren“. (jg) ■

### • Weitere Informationen

WWF Deutschland, Heike Vesper, Fachbereich Meere und Küsten, c/o Ökologiestation, Am Güthpol 11, 28757 Bremen  
Tel. 0162 / 29144-47  
eMail: vesper@wwf.de

Greenpeace, Europa-Abteilung, Saskia Richartz, Meeresschutzreferentin, Brüssel  
Tel. 0032 2 / 2741902

Protokoll der 2702. Tagung des Rates für Landwirtschaft und Fischerei, Brüssel, 20.-22.12.2005 :  
[http://ue.eu.int/uedocs/cms\\_Data/docs/pressdata/de/agricult/87994.pdf](http://ue.eu.int/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/de/agricult/87994.pdf)

## Gastbeitrag Schutz der Korallenriffe: EU tritt auf der Stelle

### Kaltwasserkorallenriffe sind Ökosysteme der Superlative ...

Sie sind in mehrfacher Hinsicht Ökosysteme der Superlative: Kaltwasserkorallenriffe sind bis zu 8000 Jahre alt, siedeln vom Kontinentalsockel (Schelf) in wenigen hundert bis in 4000 m Tiefe und beherbergen mehr als tausend wirbellose Tierarten und Fische, soweit überhaupt schon erforscht. Vor drei Jahren erst wurde westlich der norwegischen Lofoteninsel Røst das größte bisher bekannte Tiefwasserriff mit rund 40 km Länge und 100 km<sup>2</sup> Fläche entdeckt. Unsere Kaltwasserkorallenriffe werden überwiegend von der Steinkoralle *Lophelia pertusa* aufgebaut. Kaltwasserkorallenriffe gibt es in allen Weltmeeren in relativ nährstoff- und planktonreichen Wasserschichten mit konstant niedrigen Temperaturen zwischen 4° und 13° Celsius. Ein besonders dichter und breiter Gürtel solcher Riffe erstreckt sich nach bisherigen Erkenntnissen jedoch am Meeresboden vor Nord- und Westeuropa sowie Westafrika, einschließlich der unterseeischen Berge und Erhebungen des mittelatlantischen Rückens (z. B. Azoren). Die europäische Korallenzone ist in ihrem Ausmaß mit dem Großen Barriere-Riff vor Australien vergleichbar. Noch!

### ... aber stark gefährdet durch Grundschieppnetze

In norwegischen Gewässern gelten von den rund 2000 km<sup>2</sup> Rifffläche in einzelnen Abschnitten heute schon 30-50 % als beschädigt oder zerstört. Es ist nicht wie im sonnigen Süden der unkontrollierte Tauchsport, der die Kaltwasserkorallenriffe bedroht. Ihr ärgster Feind sind die Grundschieppnetze der europäischen Fangflotten, noch vor den Erschließungs-, Förder- und Transportaktivitäten der Öl- und Gasindustrie auf See. Während Flachmeere wie die Nordsee leer gefischt werden und die Flottenkapazität nur zaghaft abgebaut wird, erhöht sich der Fischereidruck auf Bestände und Lebensräume des Tiefwassers.

### EU-Ministerrat ignoriert Warnungen

Die Mahnungen der Wissenschaftler, durch den Einsatz schweren Fanggeräts könnte mit den Riffen ein in Jahrtausenden gewachsenes europäisches Naturerbe verloren gehen, das zugleich Refugium

und Lebensraum für die langlebigen und langsam nachwachsenden Tiefseefischbestände darstellt, verhallen leider noch viel zu oft ungehört. Bei seiner Sitzung im Dezember 2005, die über Fangmengen und technische Maßnahmen für 2006 entscheiden sollte, hat der EU-Ministerrat nicht nur Abschied vom Nordsee-Kabeljau genommen (siehe S. 36). Ministerrat und Kommission ignorierten auch gleichermaßen die Empfehlung des Internationalen Rates für Meeresforschung (ICES) und des WWF nach einem Fangstopp für bestimmte Tiefseearten und nach Schließung weiterer Riffgebiete westlich der britischen Inseln (Rockall Bank) für Bodentrawler. Kurz zuvor im Oktober 2005 hatte bereits die für internationale Gewässer zuständige Nordostatlantische Fischereikommission (NEAFC), bei der auch die EU Mitglied ist, die gleiche Empfehlung verworfen. Ein schwarzes Jahr für den Schutz unserer Fischbestände und Schätze der Tiefsee! Dabei hatte alles einmal so hoffnungsvoll begonnen...

### Eine Chronologie

#### FFH-Richtlinie als rechtliche Grundlage für Korallenschutz

Schon seit 1992 schreibt die FFH-Richtlinie<sup>1</sup> den Mitgliedstaaten der Europäischen Union eigentlich vor, Riffe in ihren Gewässern als Schutzgut zu behandeln. Korallenriffe kommen in den nationalen Hoheitsgewässern bis zur 12-Seemeilen-Grenze jedoch nur sporadisch vor. Erst 1999 kam Dynamik in die Sache. Zunächst entschied der Oberste Gerichtshof Großbritanniens, EU-Rechtsnormen wie die FFH-Richtlinie müssten für die gesamten Gewässer unter „nationaler Jurisdiktion“ gelten, also z. B. auch die Ausschließlichen Wirtschaftszonen (AWZ) bis zur 200-Seemeilen-Grenze oder äquivalente Regelungen nach dem Seerechtsabkommen der UN. Diese Rechtsauffassung machten sich in der Folge die Europäische Kommission sowie mehrere Mitgliedstaaten zu eigen.

#### Norwegen verschärft Fischereigesetze

Das Nachbarland Norwegen verbot 1999 im Rahmen seiner Fischereigesetzgebung<sup>2</sup> die vorsätzliche Beschädigung von

Kaltwasserkorallen in seinen Gewässern und schloss erstmals die Bodenfischerei in vier großen, noch weitgehend unzerstörten Tiefwasserriffen (z. B. Sula) vollständig. Diese Verordnung wurde im Jahr 2003 u. a. auf das Røst-Riff ausgedehnt. WWF International verlieh der norwegischen Regierung für diese Pioniertat das Prädikat „Geschenk an die Erde“.<sup>3</sup>

### Naturschutz und Fischereipolitik proben die Quadratur des Kreises

Bekanntlich ist Naturschutz, nunmehr auch auf See, nach dem EU-Recht Sache der Mitgliedstaaten. Die Gemeinsame Fischereipolitik (GFP) unterliegt dagegen der ausschließlichen Zuständigkeit der EU und ihrer Institutionen. Eine Quadratur des Kreises? Mit dem Beschluss über eine teilweise bestandsschonende und umweltverträgliche Reform der GFP gegen Ende des Jahres 2002<sup>4</sup> wurde der Schutz der europäischen Korallenriffe zum Testfall für den sektorübergreifenden und ganzheitlichen Meeresschutz. Denn die GFP bekennt sich nicht nur zum Ökosystem- und Vorsorgeansatz (Art. 1-3), sondern sieht u. a. technische „Maßnahmen zur Einschränkung der Auswirkungen der Fischerei auf marine Ökosysteme und Nichtzielarten“ (Art. (2) g) iv) und Sofortmaßnahmen der Kommission für den Fall vor, dass „die Erhaltung (...) des marinen Ökosystems infolge von Fischereitätigkeiten nachweislich ernsthaft gefährdet“ ist (Art. 7 (1)).

### Problembewusstsein wächst weltweit

Es war nicht nur die gesetzgeberische Entwicklung in Norwegen und der EU, die in der nun anbrechenden Ära günstige Vorzeichen setzte. In den Jahren 2002 bis 2004 wuchs auch das Problembewusstsein der globalen Staatengemeinschaft für die gefährdeten Lebensräume und -gemeinschaften der Tiefsee. Der Weltgipfel zur Nachhaltigen Entwicklung (WSSD) 2002 in Johannesburg forderte die „Eliminierung zerstörerischer Fischereipraktiken“ in einem Atemzug mit der „Errichtung von Meeresschutzgebieten und (...)“

3 WWF (2003): Norwegian coldwater coral protection - Setting an international example in marine conservation  
<http://assets.panda.org/downloads/norwayfinalr.pdf>

4 Berichtigung der Verordnung (EG) Nr. 2371/2002 über die Erhaltung und nachhaltige Nutzung der Fischereiressourcen im Rahmen der Gemeinsamen Fischereipolitik

1 Richtlinie 92/43/EWG zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen. Anhang I. Code 1170.

2 Verordnung 299/1999 (geändert 1653/2003) zum Schutz der Korallenriffe, Norwegisches Fischereiministerium, Oslo, <http://odin.dep.no>

### Forderungen des WWF

- Verbot von Bodenschleppnetzen über den Riffen
- Keine Öl- und Gasgewinnung in der Nähe der Riffe
- Einrichtung eines Netzwerks von Meeresschutzgebieten, das mindestens 60 % der bekannten Kaltwasserkorallenriffe umfasst
- Managementpläne für die unter Schutz gestellten Riffe

repräsentativen Netzwerken bis 2012<sup>1</sup>. Der 5. World Parks Congress in Durban empfahl 2003 „Sofortmaßnahmen zum Schutz von (...) Seebergen, Kaltwasserkorallengemeinschaften“ auch in internationalen Gewässern.<sup>2</sup> Die UN-Generalversammlung forderte noch im gleichen Jahr den Generalsekretär, die Welternährungsorganisation FAO, die regionalen Fischereiorganisationen und die Mitgliedstaaten auf, die Risiken für solche letzten Wildnisse der Tiefsee zu ermitteln und darüber zu berichten.<sup>3</sup> Die 7. Vertragsstaatenkonferenz des Abkommens zum Schutz der natürlichen Vielfalt (CBD) betonte in ihrem Beschluss von 2004 die Dringlichkeit konkreter Schutzmaßnahmen (nach dem norwegischen Modell).<sup>4</sup>

### Auch in der EU wird gehandelt

Auf diesen fruchtbaren Boden fiel die Forderung von Meereswissenschaftlern und Naturschützern in Europa. Nach intensiver Lobbyarbeit des WWF erklärte das Ministertreffen der Nordostatlantikstaaten (OSPAR-Abkommen, Bremen, Juni 2003) unter Vorsitz von Gastgeber und Bundesumweltminister Jürgen Trittin seine Besorgnis über den Zustand der Kaltwasserkorallenriffe und forderte alle Fischereigremien zu „sofortigen Schutzmaßnahmen vor der Schädigung durch aktives Fischereigerät“ auf.<sup>5</sup> Der Funke aus Nor-

wegen sprang nunmehr binnen kürzester Zeit auf die EU-Gremien über: Noch im August 2003 verhängte die EU-Kommission erstmals eine Sofortmaßnahme nach Art. 7 der reformierten GFP, um die bereits geschädigten seltenen Korallenformationen der Darwin Mounds in über 1000 m Tiefe nordwestlich von Schottland für Bodenschleppnetze zu schließen.<sup>6</sup> Im März 2004 beschloss der Rat der Fischereiminister eine permanente Schließung der Darwin Mounds<sup>7</sup>, deren Anmeldung als Gebiet EU-weiter Bedeutung (SCI) durch die britische Regierung in Vorbereitung ist. Doch die Integration von Naturschutz- und Fischereiinteressen in der EU verläuft nicht immer so erfolgreich.

### Rückschläge

Zum Entsetzen der Nichtregierungsorganisationen bereiteten Kommission und Ministerrat ab 2003 die Öffnung von Teilen der an empfindlichen Tiefseefischbeständen und -lebensräumen besonders reichen 200-Seemeilen-Zonen um die Inselgruppen Azoren, Madeira und Kanaren („Western Waters Regulation“)<sup>8</sup> für alle EU-Fangflotten vor. Ihre Bewirtschaftung war seit dem Beitritt Portugals und Spaniens zur EU den einheimischen Behörden vorbehalten gewesen und Bodenschleppnetze wurden nicht eingesetzt. Eine Klage der autonomen Region der Azoren gegen den Rat ist in dieser Sache vor dem EuGH bis heute anhängig. Die Umweltorganisationen WWF, Seas At Risk und Greenpeace haben im Hauptverfahren erfolgreich das Recht auf Stellungnahme („Intervention“) beantragt, da sie mit den Klägern der Ansicht sind, dass Grundprinzipien der GFP missachtet wurden und den nach der FFH-Richtlinie schutzbedürftigen Lebensräumen kein Schutz eingeräumt wurde.

### Hoffnungsschimmer

Im Herbst 2004 zogen Kommission und Ministerrat zumindest vorläufig die Notbremse und verbannten bestimmte Fischereimethoden wieder aus dem geöff-

neten Gebiet.<sup>9</sup> Im September 2005 schließlich verabschiedete der Rat die so genannte „Atlantic Oceans Regulation“, um die Tiefseeriffe u. a. der Azoren (hoffentlich) dauerhaft zu schonen.<sup>10</sup> Auch jenseits der EU-Fischereizone gab es Ende 2004 einen ersten Hoffnungsschimmer für die Riffe, als die Nordostatlantische Fischereikommission NEAFC weltweit den ersten Schritt unternahm, fünf Seeberge auf Hoher See für Bodentrawler zu sperren.<sup>11</sup> Die NEAFC ignoriert jedoch bis heute den Ruf des zuständigen Umweltabkommens OSPAR, des ICES und des WWF, solche Maßnahmen auch für die fischereilich wesentlich bedeutenderen, größeren und an Korallen reicheren Gebiete Rockall und Hatton Bank zu erlassen.

Zum Auftakt der Jahrestagung der OSPAR Kommission in Malahide (Irland) im Juni 2005 kündigte der irische Umweltminister Schutzmaßnahmen für sieben Tiefseeriffe an.<sup>12</sup> Ein Rückschlag für die Lebewesen der Tiefsee wie bei der jüngsten Sitzung des EU-Fischereiministerrates darf sich nicht wiederholen! ■

Gastautor: Stephan Lutter, WWF

### • Weitere Informationen

WWF Deutschland, Stephan Lutter, Programm zum Schutz der Nordostatlantischen Ökoregion, Am Güthpol 11, 28757 Bremen  
Tel. 0421 / 65846-22, Fax -12  
eMail: lutter@wwf.de  
www.wwfneap.org

Eine Liste mit weiterführender Literatur kann beim Autor bestellt werden.

1 Plan zur Umsetzung der Erklärung von Johannesburg, § 31 c, www.un.org/jssummit

2 5th World Parks Congress, Empfehlung 5.23 zum Schutz mariner Biodiversität und Ökosysteme, Durban, September 2003, www.iucn.org

3 58. UN Generalversammlung, Resolution 58/240 zum Schutz der Meere und Seerechtsabkommen, www.un.org/ga/58

4 7. Vertragsstaatenkonferenz des Abkommens zur Erhaltung der natürlichen Vielfalt (CBD), Beschluss VII/5, §§ 61-62, www.biodiv.org

5 Erklärung des Ministertreffens der OSPAR-Kommission zum Schutz der Meeresumwelt des Nord-

ostatlantik, § 12, Bremen, Juni 2003, www.ospar.org

6 Verordnung (EG) Nr. 1475/2003 zum Schutz von Tiefseekorallenriffen vor den Folgen des Schleppnetzfangs in einem Gebiet nordwestlich Schottland

7 Verordnung (EG) Nr. 602/2004 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 850/98 zum Schutz der Tiefseekorallenriffe vor den Folgen des Schleppnetzfangs in einem Gebiet nordwestlich Schottland

8 Verordnung (EG) Nr. 1954/2003 zur Steuerung des Fischereiaufwands für bestimmte Fanggebiete und Fischereiresourcen (...)

9 Verordnung (EG) Nr. 1811/2004 4 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 2287/2003 über die Anzahl der Seetage für Fahrzeuge, die in der Nordsee Schellfischfang betreiben, und der Verwendung von Grundsleppnetzen in den Gewässern um die Azoren, die Kanarischen Inseln und Madeira; sowie

Berichtigung der Verordnung (EG) Nr. 27/2005 zur Festsetzung der Fangmöglichkeiten und begleitenden Fangbedingungen für bestimmte Fischbestände und Bestandsgruppen in den Gemeinschaftsgewässern sowie für Gemeinschaftsschiffe in Gewässern mit Fangbeschränkungen

10 Verordnung (EG) Nr. 1568/2005 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 850/98 zum Schutz der Tiefseekorallenriffe vor den Folgen der Fischerei in bestimmten Gebieten des Atlantiks

11 www.panda.org/about\_wwf/where\_we\_work/europe/news/successes/?uNewsID=16611

12 www.panda.org/about\_wwf/what\_we\_do/marine/news/successes/?uNewsID=21470

## Tiefseefischerei gefährdet Überleben von Arten

### Neue Studie belegt Folgen zerstörerischer Fischereipraktiken

Tiefseefischerei gefährdet die Artenvielfalt der Meere. Das ist das Ergebnis einer Studie von kanadischen Wissenschaftler/innen<sup>1</sup>, die im Januar im Magazin „Nature“ veröffentlicht wurde. Fünf Arten, der Blaue Seehecht (*Antimora rostrata*), ein Aal (*Notacanthus chemnitzii*), eine Rochenart (*Bathyraja spinicauda*) sowie zwei Grenadierfischarten (*Macrourus berglax* und *Coryphaenoides rupestris*), wurden untersucht. Diese Arten landen hauptsächlich als so genannter Beifang in den Grundschleppnetzen. Dadurch sind die sich langsam vermehrenden Populationen in nur 17 Jahren (1978-1994) um 87 bis 90 Prozent zurückgegangen. Die beiden Grenadierfische werden zusätzlich kommerziell gefangen.

### Biodiversität erhalten, Grundschleppnetze verbieten

Die Weltnaturschutzunion (IUCN) weist darauf hin, dass diese fünf Arten nicht die einzigen seien, die durch Tiefseefischerei bedroht sind. Ganze Ökosysteme würden durch zerstörerische Fischereipraktiken vernichtet, zum Teil bevor ihre Zusammensetzung überhaupt erforscht werden kann.

Der Ausschuss für Fischerei im Mittelmeerraum (GFCM) hatte kürzlich durchgesetzt, dass dort ab einer Tiefe von 1000 m keine Grund- und Schleppnetze mehr eingesetzt werden dürfen. Die IUCN hofft, dass das Beispiel Schule macht, und will sich auf der nächsten Vertragsstaatenkonferenz der Konvention zur Erhaltung der biologischen Vielfalt (CBD) im März in Brasilien dafür stark machen. (jg)

### • Weitere Informationen

Weltnaturschutzunion, IUCN Headquarters, Rue Mauverney 28, CH-1196 Gland, Schweiz  
Tel. 0041 22 / 999000-0, Fax -2

[www.iucn.org/en/news/archive/2006/01/06\\_deep\\_sea\\_fishing.htm](http://www.iucn.org/en/news/archive/2006/01/06_deep_sea_fishing.htm)

<sup>1</sup> Untersuchung von Jennifer Devine und Kollegen von der Memorial Universität in St. John's in der kanadischen Provinz Neufundland

## Newsticker

### EU-Mitgliedstaaten setzen Wasserrahmenrichtlinie allmählich um

Die Europäische Kommission hat aufgetischt, wie weit die Mitgliedstaaten mit der Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) sind. Nur Griechenland und Italien haben bis jetzt keine Analyse ihrer Flusseinzugsgebiete und Pläne für deren Management eingereicht - das ist eine der wichtigsten Neuerungen, die die WRRL verlangt. Die meisten Staaten seien auf einem guten Weg, die Wassergesetze umzusetzen. Allerdings hinkten auch Deutschland, Luxemburg, Portugal, Belgien und Finnland bei der vollständigen Umsetzung der WRRL in ihre nationalen Gesetze hinterher. (jg)

Quellen : Environment Daily, 12.01.06 ; [www.europa.eu.int/comm/environment/water/water-framework/scoreboard.html](http://www.europa.eu.int/comm/environment/water/water-framework/scoreboard.html)

### Nicht genug Schutz für Meeressäuger: Rechtliche Verfahren eingeleitet

Die Europäische Kommission hat im letzten Dezember Vertragsverletzungsverfahren gegen acht Mitgliedstaaten eingeleitet, die nicht in angemessener Weise überwachen, wie wirksam ihre Wal-Populationen geschützt sind. Alle Walarten und Delfine müssen im Rahmen der FFH-Richtlinie der EU streng geschützt werden.

Nach Ansicht der Kommission haben weder Belgien noch Frankreich, Griechenland, Italien, die Niederlande, Portugal, Spanien und Großbritannien ausreichend wirksame Überwachungssysteme geschaffen. Die Mitgliedstaaten müssen außerdem besondere Schutzgebiete für den Großen Tümmler (*Tursiops truncatus*) und den Gewöhnlichen Schweinswal (*Phocoena phocoena*) ausweisen. (jg)  
Quelle: [www.europa.eu.int/rapid](http://www.europa.eu.int/rapid) (Referenz IP/05/1641)

### Initiative zur Umweltsanierung des Mittelmeerraumes

Vertreter/innen von Staaten aus dem europäischen Mittelmeerraum haben sich am 19. Dezember in Barcelona getroffen, um über eine Umweltperspektive für das Mittelmeer zu sprechen. Die Initiative namens „Horizon 2020“ hat unter anderem zum Ziel, dass das Mittelmeer bis 2020 sauberer wird. Die Initiative „Horizon 2020“ wurde von den Staats- und Regierungschefs der Partnerschaft Europa-Mittelmeer auf ihrem Gipfeltreffen in Barcelona am 27./28. November beschlossen. Ziel des von EU-Umweltkommissar

Stavros Dimas anberaumten Treffens im Dezember: Austausch zwischen Interessengruppen aus Politik und Gesellschaft, wie eine Umweltsanierung des Mittelmeerraums aussehen kann. Nationale Umweltbehörden der Mittelmeerlande, Städte und Regionen im Mittelmeerraum, Umweltagenturen, Wirtschaft und Nichtregierungsorganisationen waren vertreten. Aktive Umweltverbände in diesem Bereich treffen sich z.B. im Mittelmeernetzwerk „Comité du Suivi“ (CdS), das aus sieben regional tätigen Organisationen<sup>2</sup> besteht. (jg)

Quellen: [www.iisd.ca/ymb/horizon2020](http://www.iisd.ca/ymb/horizon2020)  
Friends of the Earth MedNet, Tel. 0034 64 / 7089778, [mednet@foeeurope.org](mailto:mednet@foeeurope.org)

### Überdüngung der Meere: Bericht der Europäischen Umweltagentur

Die Quellen von Stickstoff- und Phosphorverschmutzung und ihre Auswirkungen auf die aquatische Umwelt sind Thema eines neuen Berichts der Europäischen Umweltagentur (EEA). Die Verschmutzung durch Überdüngung betrifft alle Wasserarten und Gewässer in ganz Europa - ob Grundwasser, Flüsse, Seen oder Meere. Ursache sind zahlreiche menschliche Aktivitäten in unterschiedlichen Bereichen. (jg)

Bericht: [http://reports.eea.eu.int/eea\\_report\\_2005\\_7](http://reports.eea.eu.int/eea_report_2005_7)

### „Fish Voice“ - neue Zeitung für den Meeresschutz

„Hört auf die Fische“ ist die Botschaft einer WWF-Zeitung für den Meeresschutz, die „eine unabhängige Sicht der Fische“ sowie „Informationen, Transparenz und Nachhaltigkeit in Fischangelegenheiten“ verbreiten will. Aus Sicht von Kabeljau, Hering und Qualle werden die Umweltverfehlungen der Europäer/innen angeprangert. (jg)

<http://assets.panda.org/downloads/wwffishvoice.pdf>

<sup>2</sup> Arab Network for Environment and Development (RAED), Environment and Development Action in the Third World (ENDA), European Environmental Bureau (EEB), Friends of the Earth Mediterranean Network Programme (FoE-MedNet), Mediterranean NGO Network for Ecology and Sustainable Development (MEDForum), Mediterranean Information Office for Environment, Culture and Sustainable Development (MIO-ECSDE), World Wide Fund for Nature Mediterranean Programme (WWF-MEDPO)

## Veröffentlichungen

### Weltzustandsbericht 2006

Das WorldWatch Institute hat im Januar seinen Weltzustandsbericht 2006 herausgegeben. Der Schwerpunkt liegt diesmal auf den Entwicklungen in China und Indien, die im Bericht als eine der stärksten Herausforderungen und zugleich größten Chancen für die Welt eingeschätzt werden. Die dortigen politischen Entscheidungen in den nächsten Jahren haben Einfluss darauf, ob wir mit einer verantwortlicheren Nutzung der vorhandenen Ressourcen oder mit steigender ökologischer und politischer Instabilität rechnen können oder müssen. Daneben gibt es Daten und Informationen über die globale Fleischindustrie, Trinkwasser-Ökosysteme, Biokraftstoffe, Nanotechnologie, Quecksilber, Naturkatastrophen, Handel und Nachhaltige Entwicklung. Zurzeit liegt der Bericht nur auf englisch vor, er wird in Kürze aber in 20 weiteren Sprachen erscheinen. (jg)

„State of the World 2006 - Special Focus: China and India“, Januar 2006, ISBN: 0-393-32771-X; 244 Seiten, 18,95 US\$; Kurzzusammenfassung im Internet: [www.worldwatch.org/pubs/sow/2006](http://www.worldwatch.org/pubs/sow/2006)  
Hrsg./Bezug: Worldwatch Institute, P.O.B. 188, Williamsport, PA 17703-9913, USA, Tel. 00888-5442303, Fax -5703202079, eMail: [wwpub@worldwatch.org](mailto:wwpub@worldwatch.org)

### „Wissenschaft für Umweltpolitik“ - Newsletter der EU-Kommission

Die Generaldirektion Umwelt der EU-Kommission veröffentlicht jetzt wöchentlich aktuelle Forschungsergebnisse. Der Newsletter „Science for Environment Policy“ richtet sich sowohl an Politiker/innen als auch an die breite Öffentlichkeit. Thematisch abgedeckt werden alle Bereiche des 6. Umweltaktionsprogramms, neue Forschungsinitiativen und Ergebnisse EU-geförderter Projekte. (jg)

Wöchentlicher Newsletter „Science for Environment Policy“:

[www.europa.eu.int/comm/environment/integration/research\\_alert\\_en.htm](http://www.europa.eu.int/comm/environment/integration/research_alert_en.htm)

### EU-Grünbuch zur Energieeffizienz

► Das Grünbuch der EU-Kommission „Weniger kann mehr sein - Grünbuch zur Energieeffizienz“ ist jetzt als Broschüre erhältlich. Neben zielgerichteten politischen Maßnahmen für Gebäude, Haushaltsgeräte, den Kraftstoffverbrauch von Fahrzeugen und Verbraucherschutz werden auch

die geplanten Politikmaßnahmen auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene beschrieben. Formuliert werden Fragen zu den vorgeschlagenen Handlungsmöglichkeiten. Interessengruppen werden ausdrücklich aufgefordert, Kommentare und Vorschläge einzusenden. (jg)

Europäische Kommission (Hrsg.): Weniger kann mehr sein - Grünbuch zur Energieeffizienz; PDF-Download:

[www.europa.eu.int/comm/energy/efficiency/doc/2005\\_06\\_green\\_paper\\_book\\_de.pdf](http://www.europa.eu.int/comm/energy/efficiency/doc/2005_06_green_paper_book_de.pdf)

### Natürliche Ressourcen nachhaltig nutzen und erhalten

Die Europäische Umweltagentur (EEA) hat einen Bericht über den nachhaltigen Nutzen und das nachhaltige Management natürlicher Ressourcen vorgelegt. Darin geht es um die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaften, ohne die natürliche Welt über Gebühr zu belasten. Es werden ausgewählte Ressourcen betrachtet, darunter Fischerei, Waldwirtschaft, Wasser, fossile Kraftstoffe, Metalle und Landnutzung. (jg)

„Sustainable use and management of natural resources“; Hrsg./Bezug: EEA, Kongens Nytorv 6, DK-1050 Copenhagen K, Tel. 0045 33 / 3671-00, Fax -99, ISSN 1725-9177; Bericht im Internet: [http://reports.eea.eu.int/eea\\_report\\_2005\\_9](http://reports.eea.eu.int/eea_report_2005_9)

### Vademecum Alpenkonvention

Alle wichtigen Materialien über die Alpenkonvention und ihre Durchführungsprotokolle finden sich in einem „Vademecum Alpenkonvention“ (3. Auflage). Der Autor hat Originalfassungen der Rahmenkonvention und Protokolle, Überprüfungsausschuss, Chronologie, Begriffe, Vertragsparteien usw. zusammengestellt. (jg)

Peter Haßlacher: Vademecum Alpenkonvention; Hrsg./Bezug: Österreichischer Alpenverein, Fachabt. Raumplanung/Naturschutz, Wilhelm-Greil-Str. 15, A-6010 Innsbruck, Tel. 0043 512 / 59547-20, eMail: [peter.hasslacher@alpenverein.at](mailto:peter.hasslacher@alpenverein.at)

### Deutsche Wasserbehörden und EU-Flussgebietsmanagement

Seit Einführung der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) werden die Gewässer nicht mehr nach den administrativen Grenzen, sondern nach Flusseinzugsgebieten betrachtet. Das schreibt Artikel 3

der WRRL vor (Flussgebietsansatz). Gewässersysteme sollen von der Quelle bis zur Mündung betrachtet werden - ohne Beachtung der Verwaltungs- und Staatsgrenzen. In Deutschland gibt es zehn Flusseinzugsgebiete, aber sehr viel mehr zuständige Behörden. Wie dort die rechtliche Umsetzung erfolgt, hat jetzt eine Dissertation über das europäische Flussgebietsmanagement und die deutsche Wasserwirtschaftsverwaltung unter rechtlichen Gesichtspunkten untersucht. In Deutschland regelt das Grundgesetz, dass der Bund eine Rahmenkompetenz inne hat, aber die Verwaltungskompetenz bei den Ländern liegt (Föderalismus). Nach der Novellierung des Wasserhaushaltsgesetzes mussten die Länder ihre Gesetzgebung an dieses anpassen. Dabei wurden auch internationale Übereinkommen und schon vorhandene Strukturen (z. B. Internationale Kommission zum Schutz des Rheins) sowie die Bund-Länder-Arbeitsgemeinschaft Wasser (LAWA) als Plattform genutzt. Die LAWA erstellte Arbeitshilfen, wie der Flussgebietsansatz umzusetzen sei. Die Autorin kommt zu dem Ergebnis, dass der Föderalismus zwar „auf wackligen Beinen“ stehe, die 16 Bundesländer aber „zu sehr zur Kooperation und zu Kompromissen“ bereit seien, um ihn als „Auslaufmodell“ einstufen zu können. Nicht debattiert werden der von Umweltverbänden in der letzten Zeit immer wieder thematisierte Umsetzungsverzug und die mangelnde Kontrolle der Umsetzung bedingt durch die föderale Struktur. (jg)

Sandra Solf: Europäisches Flussgebietsmanagement und deutsche Wasserwirtschaftsverwaltung - Zur rechtlichen Umsetzung des Art. 3 Wasserrahmenrichtlinie, Schriftenreihe Umwelt- und Technikrecht (UTR) Bd. 84, Erich Schmidt Verlag, Berlin 2006, 58,- Euro, ISBN 3-503-09073-8

## Termine

Umwelt-Veranstaltungstermine von EU-weitem und internationalem Interesse bitte an juliane.gruening@dnr.de mailen.

Diese Termine im Internet:  
www.dnr.de/termine  
(aktueller und oft auch ausführlicher)

Weitere Termine im Internet:  
www.dnr.de/terminlinks  
(siehe dort vor allem: BMU, UBA, EU)

1.-3.2., Barcelona, Spanien  
**Integrierte Konzepte für die Wiederverwertung von aufbereitetem Abwasser**

Konferenz; Aquarec TILESa OPC  
Tel. 034 / 93-4537389, Fax -3230812  
aquarec2006@tilesa.es  
www.tilesa.es/aquarec2006

1.-3.2., Paris, Frankreich  
**Konferenz zur Lebensmittelsicherheit**

Globales Lebensmittelnetzwerk CIES  
Tel. 0334 / 923856-50, Fax -33  
foodsafety2006@ciesnet.com  
www.ciesfoodsafety.com

27.2.-2.3. Athen, Griechenland  
**Ewec 2006 - Europäische Windenergiekonferenz**

Konferenz und Messe; Europäische Windenergie-Assoziation (EWEA), Brüssel  
Tel. 0032 2 / 54619-80, Fax -44  
info@ewea.org  
www2.ewea.org/06b\_events/events\_2006EWEc.htm

5.-10.3., Kapstadt, Südafrika  
**Velo Mondial 2006 - Internationale Fahrrad-Konferenz**

Tel. 0027 21683-2934, Fax -0816  
www.velomondial2006.com

13.-16.3., Luxemburg  
**Konferenz: EU-Forschung und Ausbildung in Reaktorsystemen**

Europäische Kommission  
Tel. 00352 / 4301348-96, Fax -51  
michele.molitor@cec.eu.int  
cordis.europa.eu.int/fp6-euratom/ev\_fisa2006\_en.htm

20.-31.3., Curitiba, Brasilien

**8. Vertragsstaatenkonferenz zur Biodiversitätskonvention**

CBD-Sekretariat, 413 St-Jacques Street, 8th floor, Office 800, Montreal, Quebec, Canada, H2Y 1N9  
Tel. 001 5 / 14288-2220, Fax -6588  
secretariat@biodiv.org  
www.biodiv.org/convention/cops.asp

8.4., weltweit

**Internationaler Aktionstag gegen gentechnisch veränderte Organismen**

Alter Campagne, Frankreich  
alter.campagne@laposte.net  
Info-Tel. 07472 / 442370, Jürgen Binder  
http://altercampagne.free.fr

30./31.5., Odense (Dänemark)

**EU-Tagung zur Bio-Landbauforschung**

Danish Research Centre For Organic Farming (DARCOF), Claus Bo Andreasen, Foulum  
Tel. 0045-89991035, Fax -40798032  
clausbo.andreasen@agrsci.dk  
www.organic-congress.org

11.-14.6., Arendal (Norwegen)

**Integriertes Küstenzonenmanagement**

Internationales Symposium; Institute for Marine Research of Norway  
Tel. 0047 37 / 05900-0, Fax -1  
iczm2007@imr.no  
www.imr.no/iczm

14.-16.6., Grenoble, Frankreich

**Konferenz: Nanobiotechnologie in Europa**

Commissariat à l'Energie Atomique (CEA)  
Tel. 033 4 / 3878-3854 Fax -5164  
patrick.boisseau@cea.fr  
www.nanobio-europe.com

12.-16.6., Göteborg, Schweden

**Transport Research Arena Europe 2006**

Erste Europäische Forschungskonferenz zum Straßenverkehr; EU-Kommission; Tagungsbüro:  
Tel. 0046 31 / 7742-628, Fax -730  
info@traconference.com  
www.traconference.com

29.6.-1.7., Porto, Portugal

**Bürgerschaft - Diskurs und Praxis**

Konferenz; Fernando-Pessoa-Universität  
Tel. 00351 / 225-071300, Fax -508269  
pdias@ufp.pt  
www.ufp.pt/page.php?intPageObjId=14469&PHPSESSID=

≈ 1.7.-1.8., Litauen, Polen, Slowakei, Ungarn, Slowenien, Italien ...

**Ecotopia Biketour 2006**

Selbstorganisierte Internationale Fahrradtour; EYFA (European Youth For Action), Amsterdam  
Tel. 03120-6657743, Fax -6928757  
info@worldcarfree.net  
www.thebiketour.net

13.-17.7., Wollongong/Sydney (Australien)

**GIS und Computerkartographie für Küstenzonen**

Internationales Symposium; Universität Wollongong  
Tel. 0061 24221 / 3555  
rfurness@ozemail.com.au  
www.coastgis.org

13.-19.8., Hamburg

**24. Internationaler Ornithologen-Kongress (IOS)**

Vogelwarte Helgoland, Wilhelmshaven  
Tel. 04421 / 9689-0, Fax -55  
eMail: ifv@ifv.terramare.de  
www.i-o-c.org

20.-26.8., Wien (Österreich)

**Versteckte Kräfte - mikrobielle Populationen in Aktion**

Symposium; Internationale Gesellschaft für mikrobielle Ökologie  
Tel. 041 22-9080488, Fax -7322850  
isme@kenes.com  
www.kenes.com/isme

6.-8.9., Bologna (Italien)

**Nachhaltiger Tourismus 2006**

Konferenz; Wessex Institute of Technology, Großbritannien, Rachel Green  
Tel. 0044 238 / 029-3223, Fax -2853  
rgreen@wessex.ac.uk  
www.wessex.ac.uk/conferences/2006/tourism06

12.-14.9., Brüssel

**Europäische Erneuerbare-Energien-Politik**

Konferenz; Europäischer Rat für Erneuerbare Energien (EREC)  
Tel. 0032 / 2546193-3, Fax -4  
conference@erec-renewables.org  
www.erec-renewables.org

18.-20.9., Gdansk (Polen)

**Innovationen und Initiativen an der Küste**

Konferenz; Technische Universität Gdansk  
Tel. 0048 58 / 34-72455, Fax -86024  
littoral@zie.pg.gda.pl  
www.littoral2006.gda.pl

15.-20.10., Venedig (Italien)

**Veränderungen in Mündungen und Lagunen messen und managen**

Internationale Konferenz; Universität Venedig  
Tel. 0039 41-2347739, Fax -5281494  
ecsa2006@unive.it  
http://venus.unive.it/ecsa2006

22.-24.10., Ottawa (Kanada)

**7. Welt-Ökosteuer-Konferenz**

Universität Ottawa  
Tel. 0613 / 5625700  
envconf@uottawa.ca  
www.environmental-tax-conference.uottawa.ca  
(if) ■

**Sonderhefte zum EU-Rundschreiben**

Mit jeder EUR-Ausgabe erscheint in der Regel ein thematisches EUR-Sonderheft. Alle Sonderhefte können im Internet heruntergeladen werden (PDF-Download, ca. 200-500 kB):  
www.dnr.de/eur („Bisherige Ausgaben“)  
oder  
www.eu-koordination.de („Publikationen“)

Titel/Thema	Ausgabe
EU-Dienstleistungsrichtlinie bedroht Daseinsvorsorge und Umweltrecht	01.06
Abschalten, umschalten, einsparen: Wohin steuert die Energiepolitik?	12.05
Marktwirtschaftliche Instrumente: Ökosteuern und Emissionshandel	11.05
Europa weiterdenken: Verfassungsdebatte als Chance nutzen!	10.05
Ihre Rechte in der EU-Umweltgesetzgebung: Ein Wegweiser	08/09.05
Für eine starke EU- Chemikalienpolitik ... alles über REACH	06/07.05
Die europäischen Umweltverbände: Ein Nachschlagewerk	05.05
Biodiversität, Zugang zu genetischen Ressourcen und Vorteilsausgleich	03/04.05
Sieben thematische Strategien für eine bessere Umweltpolitik	02.05
Die neue Europäische Kommission: Barrosos Team tritt an	01.05
Biodiversität auf der politischen Agenda: Ist die Vielfalt noch zu retten?	11/12.04
Europas Meere: Geschützte Vielfalt oder Müllkippe und Selbstbedienung?	09/10.04
Die Århus-Konvention: Mehr Rechte für Umweltverbände	08.04
Nachhaltigkeitsstrategien: Ökologisch, sozial und wettbewerbsfähig?	07.04
Das Transeuropäische Verkehrsnetz: Ist der Zug abgefahren?	06.04
Welche Energien brauchen wir?	05.04
Wasser: Globale Ressource - schützenswertes Gut	04.04
Umweltpolitik und Parteien in den neuen Mitgliedstaaten	02/03.04
Europäische Verfassung gescheitert?	01.04
Natura 2000: Vision und Umsetzung des europäischen Naturschutzes	12.03
Umweltverbände zur Europawahl 2004	11.03
Grüne Gentechnik: Verunreinigtes Saatgut, Verbraucherschutz, Aktionen	10.03
Die Regierungskonferenz zur EU-Verfassung	09.03
Die 5. WTO-Ministerkonferenz in Cancún	08.03
Europäische Chemikalienpolitik	07.03
Weltweite Regeln für globale Unternehmen	06.03
Europäische Umweltministerkonferenz Kiew 2003	04/05.03
Der Stand der EU-Erweiterung	03.03
Reformdebatten in der EU (2): Der Verfassungskonvent	02.03
Reformdebatten in der EU (1): Der EURATOM-Vertrag	01.03

## EU-Sitzungstermine

### Österreichische Ratspräsidentschaft 1. Halbjahr 2006 (1.1.-30.6.)

#### Ministerrats-Sitzungen (Auswahl)

##### Januar

- 10. Landwirtschaft und Fischerei
- 23./24. Landwirtschaft und Fischerei
- 24. Wirtschaft und Finanzen
- 30./31. Allgemeiner Rat der Außenminister

##### Februar

- 14. Wirtschaft und Finanzen
- 20./21. Inneres und Justiz
- 20./21. Landwirtschaft und Fischerei
- 23. Erziehung, Jugend und Kultur
- 27./28. Allgemeiner Rat der Außenminister

##### März

- 9. Umwelt
- 10. Gesundheit
- 10. Beschäftigung und Soziales
- 14. Wirtschaft und Finanzen
- 20./21. Allgemeiner Rat der Außenminister
- 20./21. Landwirtschaft und Fischerei
- 23./24. Europäischer Rat (Gipfel)
- 27./28. Verkehr, Telekommunikation, Energie

##### April

- 10./11.\* Allgemeiner Rat der Außenminister
- 25.\* Landwirtschaft und Fischerei
- 27./28.\* Inneres und Justiz

##### Mai

- 5. Wirtschaft und Finanzen
- 15./16. Allgemeiner Rat der Außenminister
- 18./19. Erziehung, Jugend und Kultur
- 22./23. Landwirtschaft und Fischerei
- 29./30. Wettbewerb

##### Juni

- 1.-3.\* Inneres und Justiz
- 1.-3.\* Beschäftigung, Soziales, Gesundheit und Verbraucherschutz
- 7.\* Wirtschaft und Finanzen
- 8./9.\* Telekommunikation, Energie
- 12./13.\* Allgemeiner Rat der Außenminister
- 15./16. Europäischer Rat (Gipfel)
- 19./20.\* Landwirtschaft und Fischerei
- 26./27.\* Allgemeiner Rat der Außenminister

- 26./27.\* Umwelt
- 29.\* Wettbewerb
- \* in Luxemburg (sonst in Brüssel)

#### Plenarwochen/Plenartermine des Europäischen Parlaments

- 16.-19.1.,
- 1.-2.2.\*, 13.-16.2.,
- 13.-16.3., 22.-23.3.\*,
- 3.-6.4., 26.-27.4.\*,
- 15.-18.5., 31.5.\*,
- 1.6.\*, 12.-15.6.,
- 3.-6.7.,
- 4.-7.9., 25.-28.9.,
- 11.-12.10.\*, 23.-26.10.,
- 13.-16.11., 29.-30.11.\*,
- 11.-14.12.

\* in Brüssel (sonst in Straßburg)  
(mb) ■

#### • Weitere Informationen

[www.europa-digital.de/aktuell/kalender](http://www.europa-digital.de/aktuell/kalender)

Wochenkalender („Diese Woche in Brüssel“):

[www.europa-digital.de/aktuell/wochenschau](http://www.europa-digital.de/aktuell/wochenschau)

Österreichische Ratspräsidentschaft:  
[www.eu2006.at](http://www.eu2006.at)

Hintergrund-Informationen zu den umweltrelevanten Ministerrats-Sitzungen:  
DNR, EU-Koordination, Nika Greger,  
Grünes Haus, Prenzlauer Allee 230,  
10405 Berlin  
Tel. 030 / 443391-86  
eMail: [nika.greger@dnr.de](mailto:nika.greger@dnr.de)  
[www.eu-koordination.de](http://www.eu-koordination.de)

Tagesordnungen und weitere Informationen zu den Plenarsitzungen des Europäischen Parlaments:  
[http://www.wdb.europarl.eu.int/ep/owa/p\\_calses.plenary?ilg=DE](http://www.wdb.europarl.eu.int/ep/owa/p_calses.plenary?ilg=DE)

## Umweltausschuss-Sitzungen

### Sitzungen des Umweltausschusses des Europäischen Parlaments 2006

#### Januar

- 23.1. 15-18.30 Uhr
- 24.1. 9-12.30 Uhr und 15-18.30 Uhr
- 30.1. 15-18.30 Uhr
- 31.1. 9-12.30 Uhr

#### Februar

- 21.2. 15-18.30 Uhr
- 22.2. 9-12.30 und 15-18.30 Uhr
- 23.2. 9-12.30 Uhr

#### März

- 21.3. 11-12.45 und 15-18.30 Uhr

#### April

- (18.4. 15-18.30 Uhr)
- (19.4. 9-12.30 und 15-18.30 Uhr)
- 24.4. 15-18.30 Uhr
- 25.4. 9-12.30 Uhr

#### Mai

- 3.5. 15-18.30 Uhr
- 4.5. 9-12.30 und 15-18.30 Uhr
- 29.5. 15-18.30 Uhr
- 30.5. 9-12.30 Uhr

#### Juni

- 20.6. 15-18.30 Uhr
- 21.6. 9-12.30 und 15-18.30 Uhr

#### Juli

- 12.7. 15-18.30 Uhr
- 13.7. 9-12.30 Uhr
- 13.7. 15-18.30 Uhr

#### September

- 13.9. 9-12.30 und 15-18.30 Uhr
- 14.9. 9-12.30 Uhr

#### Oktober

- 3.10. 15-18.30 Uhr
- 4.10. 9-12.30 Uhr, 15-18.30 Uhr
- 10.10. 9-12.30, 15-18.30 Uhr

#### November

- 20.11. 15-18.30 Uhr
- 21.11. 9-12.30, und 15-18.30 Uhr
- 27.11. 15-18.30 Uhr
- 28.11. 9-12.30 Uhr

#### Dezember

- (20.12. 15-18.30 Uhr)

Alles Sitzungen finden in Brüssel statt. Die Termine in Klammern sind vorbehaltliche Termine.

Quelle:

[www.europarl.eu.int/comparl/envi/pdf/misc/envi\\_meeting\\_dates\\_2006.pdf](http://www.europarl.eu.int/comparl/envi/pdf/misc/envi_meeting_dates_2006.pdf)

## Das Europäische Umweltbüro (EEB)

### Der Dachverband der europäischen Umweltverbände

Das EEB ist der Dachverband von 140 zivilgesellschaftlichen Organisationen in allen EU-Mitgliedsländern und einigen Nachbarstaaten. Die Mitglieder sind lokal, national, europaweit oder international agierende Organisationen. Insgesamt repräsentiert das EEB über 15 Millionen Bürger/innen.

Das EEB organisiert und unterstützt das Engagement seiner Mitgliedsorganisationen für eine effektive EU-Politik und nachhaltige Entwicklung. Das EEB-Büro in Brüssel arbeitet eng mit seinen Mitgliedern zusammen, um den Informationsstand über die EU-Umweltpolitik zu verbessern, das Verständnis für diesen Bereich zu fördern und den Dialog mit dem Europäischen Parlament, der EU-Kommission und den Regierungen der Mitgliedsländer zu pflegen.

Für jede Ratspräsidentschaft veröffentlicht das EEB eine Prioritätenliste der zu behandelnden Themen. Nach Ablauf der Präsidentschaft wird eine Bewertung anhand dieser „Zehn grünen Prüfsteine“ durchgeführt. Beides wird auch regelmäßig im EU-Rundschreiben veröffentlicht.

Das EEB verfügt über Fach- Arbeitsgruppen, die aus dem Kreis der Mitgliedsorganisationen gebildet werden. In ihnen sind in der Regel über die Teilnehmer die meisten EU-Mitgliedsländer und auch viele Beitrittsstaaten vertreten. Die Arbeitsgruppen werden von EEB-Expert/innen geleitet (siehe Tabelle).

### Das EEB arbeitet zu folgenden Themen:

- Integration von Umweltbelangen ("article 6 watch<sup>1</sup>")
- Öffentlichkeitsbeteiligung im Umweltbereich (Århus-Konvention)
- Luftqualität und Lärm (gesamter Bereich der EU-Luftqualitätspolitik: CAFE<sup>2</sup>-Programm, aktuelle Richtlinien; Lärmrichtlinie)

- Städtische Umwelt (Thematische Strategie)
- Klima/Energie (alles rund um das Kioto-Protokoll; in Zusammenarbeit mit dem Climate Action Network - CAN-Europe)
- Biodiversität (Umsetzung und Finanzierung von NATURA 2000, Naturschutz außerhalb der FFH-Richtlinie, Überarbeitung der EU-Biodiversitätspolitik, strategische Umweltprüfung - SEA)
- Chemikalien (REACH-Verordnung)
- Quecksilber (EU-Quecksilberrichtlinie, Aufbau des Zero-Mercury-Netzwerks, internationale Ebene)
- Produktpolitik (Ecolabel)
- Ökologische Finanzreform (Ökologische Steuerreform, unökologische Subventionen, Richtlinie zum öffentlichen Beschaffungswesen u.a.)
- Landwirtschaft und Boden (EU-Agrarreform, Agro-Gentechnik u.a.; Thematische Strategie für Bodenschutz)
- Abfall (Thematische Strategie für Abfallvermeidung und -recycling)
- Wasser (Umsetzung der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie)
- Tourismus (Arbeitsgruppe in Gründung)

Außerdem arbeitet das EEB zu: IPPC-Richtlinie zur Vermeidung von Umweltverschmutzung (Integrated Pollution Prevention and Control), Entwicklung der Thematischen Strategie zur nachhaltigen Nutzung natürlicher Ressourcen, Umsetzung der Richtlinie zur Strategischen Umweltprüfung, EU-Strategie für Nachhaltige Entwicklung, Standardisierung des europäischen Gütesiegels, Umwelthaftung, EU-Erweiterung. (bv) ■

### • Weitere Informationen

European Environmental Bureau (EEB)  
Boulevard de Waterloo 34, B-1000  
Brüssel  
Tel. 0032 2 / 28910-90, Fax -99  
eMail: eeb@eeb.org  
www.eeb.org

Mitarbeiter/in	Funktion	eMail
John Hontelez (d)	Generalsekretär	hontelez@eeb.org
Regina Schneider (d)	Capacity Building - Leiterin der Informationsabteilung	info@eeb.org
Caroline Bretelle	Presse und Veröffentlichungen	caroline.bretelle@eeb.org
Pendo Maro	Umweltpolitik und Integration (Koordinatorin)	pendo.maro@eeb.org
Mara Silina	Erweiterung, Bürgerbeteiligung, Capacity building, ECO-Forum (Koordinatorin)	mara.silina@eeb.org
Pieter de Pous	Landwirtschaft <sup>3</sup> , Gentechnik, Biodiversität, Boden (EU Policy Officer)	pieter.depous@eeb.org
Stefan Scheuer (d)	Wasser, Ökologische Finanzreform (EU Policy Unit Director)	stefan.scheuer@eeb.org
Mecki Naschke (d)	Chemikalien, Industriepolitik (EU Policy Officer)	mecki.naschke@eeb.org
Anja Leetz (d)	Chemikalienpolitik (Campaignerin)	anja.leetz@eeb.org
Kerstin Meyer (d)	Luftverschmutzung, Lärm, Städtische Umwelt (EU Policy Officer)	kerstin.meyer@eeb.org
Melissa Shinn	Abfall, Ökologische Produktpolitik, Natürliche Ressourcen (Senior EU Policy Officer)	melissa.shinn@eeb.org
Elena Lymberidi	Quecksilber-Kampagne (Koordinatorin)	elena.lymberidi@eeb.org

(d) = deutschsprachig

1 Artikel 6 des EG-Vertrages: Gebot der Umweltintegration - siehe [www.europa.eu.int/eur-lex/lex/de/treaties/dat/12002E/pdf/12002E\\_DE.pdf](http://www.europa.eu.int/eur-lex/lex/de/treaties/dat/12002E/pdf/12002E_DE.pdf)

2 „Clean air for Europe“

3 Leiter der Arbeitsgruppe Landwirtschaft ist Arjan Berkhuysen von der Stichting Natuur en Milieu (Niederlande), eMail: a.berkhuysen@snm.nl

## Europäisches Umweltbüro (EEB) - Vorstandsmitglieder

### Ihre Ansprechpartner 2006

Das Europäische Umweltbüro (EEB) ist ein Zusammenschluss von rund 140 nicht-staatlichen Umweltorganisationen in 27 Ländern und hat Beratungsfunktion in mehreren Umweltgremien der Europäischen Union. Das in Brüssel ansässige Büro veröffentlicht u. a. für jede Ratspräsidentschaft eine Prioritätenliste der zu behandelnden Themen. Das EEB verfügt über Fach-Arbeitsgruppen, die aus dem Kreis der Mitgliedsorganisationen gebildet werden. In ihnen sind in der Regel über die Teilnehmer/innen die meisten EU-Mitgliedsländer wie auch viele Beitrittsstaaten vertreten.

### Belgien

Catherine Wattiez  
Inter Environnement Bruxelles (IEB)  
eMail: catherine.wattiez@skynet.be

### Bulgarien

Petko Kovatchev  
Centre for Environmental Information and Education (CEIE)  
eMail: petko@ceie.org

### Dänemark

Michael Minter  
Danish Society for Nature Conservation (DN)  
eMail: mm@dn.dk

### Estland

Juhan Telgmaa  
Estonian Society for Nature Conservation (ESNC)  
eMail: nature@hot.ee

### Finnland

Eero Yrjö-Koskinen  
Finnish Association for Nature Conservation  
eMail: eero.yrjo-koskinen@sll.fi

### Frankreich

Georges Cingal  
(EEB-Vizepräsident)  
Sepanso FNE  
eMail: georges.cingal@wanadoo.fr

### Deutschland

Nika Greger  
Deutscher Naturschutzring (DNR)  
eMail: nika.greger@dnr.de

### Griechenland

Kostas Vassilakis  
Elliniki Etaireia - Hellenic Society for Protection of the Environment & Cultural Heritage  
eMail: kostasvassilakis2004@yahoo.gr

### Großbritannien

Guy Thompson  
Green Alliance  
eMail: gthompson@green-alliance.org.uk

### Irland

Frank Corcoran  
(EEB-Vizepräsident)  
An Taisce - National Trust of Ireland  
eMail: frank.corcoran@dit.ie

### Italien

Mauro Albrizio  
(EEB-Vizepräsident)  
Legambiente  
eMail: legambiente@skynet.be

### Lettland

Janis Ulme  
VAK - Environmental Protection Club  
eMail: janis.ulme@vak.lv

### Luxemburg

Théodore Mannon  
NATURA  
eMail: t.mannon@internet.lu

### Niederlande

Arjan Berkhuysen  
Stichting Natuur en Milieu (SNM)  
eMail: a.berkhuysen@natuurenmilieu.nl

### Norwegen

Frederic Hauge  
Bellona  
eMail: frederic@bellona.no

### Österreich

Birgit Reiner  
Umweltdachverband  
eMail: reiner.eu@umweltdachverband.at

### Polen

Aleksander Kedra  
ISD - Institute for Sustainable Development  
eMail: a.kedra@ine-isd.org.pl

### Portugal

Carlos Manuel G. Lage Teixeira  
Liga Para a Proteccao Da Natureza (LPN)  
eMail: carlosmgteixeirapt@gmail.com

### Rumänien

Petruta Moisi  
Centrul de Consultanta Ecologica Galati (CCEG)  
eMail: eco@cceg.ro

### Schweden

Mikael Karlsson  
(EEB-Präsident)  
Swedish Society for Nature Conservation (SSNC)  
eMail: mikael.karlsson@snf.se

### Slowakei

Vladimir Ira  
STUZ/SR - Society for Sustainable Living  
eMail: geogira@savba.sk

### Slowenien

Anamarija Slabe  
Institute for Sustainable Development (ITR)  
eMail: anamarija.slabe@itr.si

### Spanien

Samuel Martin Sosa Rodriguez  
Ecologistas en Acción  
eMail: internacional@ecologistasenaccion.org

### Tschechische Republik

Eva Kruzikova  
Institute for Environmental Policy (IEP)  
eMail: eva.kruzikova@ecn.cz

### Türkei

Ayse Yesim Erkan  
TEMA  
eMail: yesime@tema.org.tr

### Ungarn

Erzsébet Schmuck  
(EEB-Vizepräsidentin)  
MTVSZ - National Society of Conservationists  
eMail: schmuck@mtvsz.hu

### Zypern

Chrystia Lyra  
Federation of Environmental & Ecological Organisations (FEEO)  
eMail: chrystia.lyra@oikologiafeeo.org

### Schatzmeisterin

Jacqueline Miller  
eMail: jacquelinemiller@tiscali.be

## Weiterführende Informationen

### Verweise auf frühere Ausgaben

In einigen Artikeln wird auf vorausgegangene Ausgaben verwiesen. Beispiel: EUR 06.03 als Hinweis auf Heft 6 des EU-Rundschreibens aus dem Jahr 2003.

### EU-Rundschreiben im Internet

Im Internet finden sich unter der Adresse [www.dnr.de/eur](http://www.dnr.de/eur)

- die aktuelle Ausgabe mit Inhaltsverzeichnis, Editorial, Terminen und vier ausgewählten Beiträgen
- bisherige Ausgaben ab Januar 2000 als Volltext-Archiv (PDF-Dateien)
- die Möglichkeit der Suche in Publikationen des DNR

Gegen Rückporto können die Materialien auch zugesandt werden.

Nach Umwelt-Themen geordnete Informationen aus dem EUR und anderen Quellen: [www.eu-koordination.de](http://www.eu-koordination.de)

### Dokumente der EU-Institutionen

Vorschläge der Europäischen Kommission für Richtlinien (RL) oder Verordnungen (VO) erscheinen unter Angabe des Jahrganges und einer laufenden Nummer als KOM-Dokumente.

Beispiel: KOM(93)680 ist der Kommissionsvorschlag für eine Richtlinie zur ökologischen Wasserqualität, veröffentlicht als Vorschlag 680 des Jahres 1993.

Verabschiedete Richtlinien oder Verordnungen tragen eine laufende Nummer. Beispiel: EWG/85/337 ist die Richtlinie zur Umweltverträglichkeitsprüfung, die als Nr. 337 im Jahre 1985 veröffentlicht wurde.

### Wo bekommt man ein EU-Dokument?

Internet: [www.europa.eu.int/eur-lex/lex/RECH\\_naturel.do](http://www.europa.eu.int/eur-lex/lex/RECH_naturel.do)

Gegen Entgelt: Bundesanzeiger Verlag, PF 10 05 34, 50445 Köln

Tel. 0221 / 97668-0, Fax -278

eMail: [vertrieb@bundesanzeiger.de](mailto:vertrieb@bundesanzeiger.de)

### Weitere Informationsquellen

Die wichtigsten Adressen sind unter jedem Beitrag angegeben. Darüber hinaus kann es sich lohnen, direkt bei der EU-Kommission, bei der Europäischen Umweltagentur (EEA), bei Abgeordneten des Europäischen Parlaments oder bei verschiedenen Informationsdiensten und Redaktionen nachzuerforschen (siehe nebenstehende Spalte sowie die vorhergehenden „Service“-Seiten).

## EU-Institutionen, Adressen

### Internetadresse aller EU-Institutionen

[www.europa.eu.int](http://www.europa.eu.int) (vieles auch deutsch)  
EU-ABC: [www.europa.eu.int/abc-de.htm](http://www.europa.eu.int/abc-de.htm)

### Einführung EU-Umweltpolitik

[www.hiltrud-breyer.de/mep/themen/umweltschutz/index.html](http://www.hiltrud-breyer.de/mep/themen/umweltschutz/index.html)

### Europäische Kommission

Rue de la Loi 200, B-1049 Brüssel  
Tel. 0032 2 / 299-1111

#### Vertretung in Deutschland

Unter den Linden 78, 10117 Berlin  
Tel. 030 / 2280-2000, Fax -2222  
[www.eu-kommission.de](http://www.eu-kommission.de)

#### Generaldirektion Umwelt

Ansprechpartnerin für Verbände/NGO:  
Barbara Gessler, Berlin (s.o.)

### Europäisches Parlament - EP

Rue Wiertz, B-1047 Brüssel  
Tel. 0032 2 / 2842111, Fax -2306933  
[www.europarl.eu.int](http://www.europarl.eu.int)

#### Informationsbüro in Deutschland

Unter den Linden 78, 10117 Berlin  
Tel. 030 / 2280-1000, Fax -1111

### (Minister-)Rat der EU/Europäischer Rat

Rue de la Loi 175, B-1048 Brüssel  
Tel. 0032 2 / 85-6111, Fax -7381  
(Der Ministerrat tagt als Allgemeiner oder Fachministerrat [Agrar, Umwelt usw.]. Der Europäische Rat der Staats- und Regierungschefs tagt viermal jährlich als „EU-Gipfel“. Termine siehe Service-Seiten)

### Ausschuss der Regionen - AdR

Rue Montoyer 92-102, B-1040 Brüssel  
Tel. 0032 2 / 282-2211, Fax -2325

### Wirtschafts- und Sozialausschuss

Rue Ravenstein 2, B-1000 Brüssel  
Tel. 0032 2 / 5469011, Fax -5134893

### Europäischer Gerichtshof - EuGH

Boulevard Konrad Adenauer, L-2925 Luxemburg; Informationsdienst (dt.):  
Tel. 00352 / 4303-3255, Fax -2500

### Vertretung Deutschlands bei der EU

Rue J. de Lalaing 19, B-1040 Brüssel  
Tel. 0032 2 / 2381-811, Fax -978

### Europäische Umweltagentur - EEA

Kongens Nytorv 6, DK-1050 Kopenhagen  
Tel. 0045 3336-7100, Fax -7199  
[www.eea.eu.int](http://www.eea.eu.int)

## Europäische Verträge

### Europäische Gemeinschaft/en - EG

Sammelbegriff für die Europäische Gemeinschaft (EG) und die Europäische Atomgemeinschaft (EAG/Euratom). Die ursprünglichen EG-Verträge wurden durch die Einheitliche Europäische Akte (1986/87) weiterentwickelt.

### Europäische Union - EU

Durch Maastrichter Vertrag (1992/93) begründet, durch Amsterdamer Vertrag (1996/97) und Vertrag von Nizza (2001) weiterentwickelt. Ergänzt die supranationale EG („1. Säule“) durch die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP; „2. Säule“) und die Polizeiliche und Justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen („3. Säule“).

## EU-Rechtsakte

### Verordnung - VO

Europäisches Gesetz, das wie ein innerstaatliches Gesetz unmittelbar in jedem Mitgliedstaat gilt. Hat Vorrang vor nationalem Recht.

### Richtlinie - RL

Europäisches Rahmengesetz, wird durch nationale Gesetze in innerstaatliches Recht umgesetzt. Dabei muss die Zielrichtung der Richtlinie beachtet werden.

### Entscheidungen

Zur Regelung von Einzelfällen. Wie bundesdeutscher Verwaltungsakt.

### Gesetzgebungsverfahren

1. EU-Kommission: Vorschlag
2. Europäisches Parlament:  
In Umweltfragen meist Mitentscheidung, sonst Anhörung
3. Ministerrat: Mitentscheidung oder alleinige Entscheidung (meist mit qualifizierter Mehrheit, z. T. noch Einstimmigkeit)

Die wichtigsten Teile des EU-Rechts (EU-Amtsblatt, konsolidierte Versionen des geltenden Rechts, wichtige Vorschläge etc.) sind veröffentlicht im Internet: [www.europa.eu.int/eur-lex/de](http://www.europa.eu.int/eur-lex/de) (mit verschiedenen Suchfunktionen)

Mehr zu Institutionen, Abläufen, Begriffen: [www.europa.eu.int/scadplus](http://www.europa.eu.int/scadplus)

## Verweise auf frühere EU-Rundschreiben

Das EU-Rundschreiben beschränkt sich in der Regel auf aktuelle Informationen. Daher wird in einigen Artikeln auf vorangegangene Ausgaben verwiesen, z. B. „siehe EUR 06.05“ als Hinweis auf Heft 6 des EU-Rundschreibens aus dem Jahr 2005. Verweise auf den Deutschland-Rundbrief des DNR (siehe rechte Spalte) sind ähnlich gehalten, z. B. „siehe DRB 11.04“. Alle älteren Ausgaben sind im Internet zugänglich (siehe Nebenspalte).

## Aktuell informiert per eMail

### [www.dnr.de/infoservice](http://www.dnr.de/infoservice)

Für Rundschreiben-Abonent/innen sowie Fachleute und Interessierte aus DNR-Mitgliedsverbänden bieten wir kostenlos aktuelle eMail-Weiterleitungen zur EU-Umweltpolitik, verschiedenen EU-Ländern und weiteren Themen in deutscher Sprache an. Die Themen können selbst gewählt werden. Angebot und Bestellmöglichkeit: [www.dnr.de/infoservice](http://www.dnr.de/infoservice)

## EU-Rundschreiben im Internet

### [www.dnr.de/eur](http://www.dnr.de/eur)

heißt die Internetseite des EU-Rundschreibens. Dort finden Sie:

- die aktuelle Ausgabe mit Inhaltsverzeichnis, Editorial, Serviceteil und vier ausgewählten Beiträgen
- die bisherigen Ausgaben ab Januar 2000 als Volltext-Archiv (PDF-Dateien)
- die Möglichkeit der Suche in Publikationen des DNR

## EU-Koordination des DNR im Internet

### [www.eu-koordination.de](http://www.eu-koordination.de)

Auf der neu gestalteten Internetseite der EU-Koordination des DNR finden Sie ein EUR-Themenarchiv, Informationen über unsere laufenden und abgeschlossenen Projekte sowie Verzeichnisse von Publikationen, Veranstaltungen und Expert/innen - alles übersichtlich nach den verschiedenen EU-Umweltthemen gegliedert.

## Deutschland-Rundbrief

Informationen zur Umweltpolitik auf nationaler Ebene finden Sie im Deutschland-Rundbrief des DNR - teils auch mit EU- und internationalem Bezug, etwa bei der Umsetzung von EU-Richtlinien oder internationalen Abkommen. Wir senden Ihnen gern ein kostenloses Probeexemplar zu. Probelesen und Archiv im Internet: [www.dnr.de/drj](http://www.dnr.de/drj)

## Rundbrief Forum Umwelt & Entwicklung

Weitere Beiträge zur globalen Umwelt- und Entwicklungspolitik finden Sie im Rundbrief des Forums Umwelt & Entwicklung, das vom DNR getragen wird. Wir senden Ihnen gern ein kostenloses Probeheft. Probelesen und Archiv im Internet: [www.forumue.de/forumaktuell/rundbriefe](http://www.forumue.de/forumaktuell/rundbriefe)

# EUR-Abo

## Abonnieren Sie das EU-Rundschreiben des Deutschen Naturschutzrings

Ich bestelle das EU-Rundschreiben **ab Ausgabe:**

- als Privatperson**
- 41 Euro pro Jahr im eMail-Versand
  - 52 Euro pro Jahr für das gedruckte Heft\*
  - 57 Euro pro Jahr für das Heft\* plus eMail

- für eine Organisation**
- 82 Euro pro Jahr im eMail-Versand
  - 103 Euro pro Jahr für das gedruckte Heft\*
  - 113 Euro pro Jahr für das Heft\* plus eMail

\* zzgl. 26 Euro Zusatzporto bei Auslandsversand

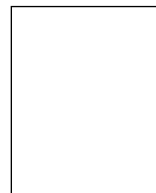
- als Förderabonnement**
- 180 Euro oder mehr pro Jahr - bitte Betrag und Bezugsart angeben: (Differenzbetrag zum Abonnement als Spende absetzbar)

- Zahlung per Bankeinzug** Geldinstitut:  
Kontonummer: Bankleitzahl:
- gegen Rechnung** an die oben angegebene / folgende Adresse:

### Absender/in

Vorname, Name:  
ggf. Organisation:  
ggf. Funktion:  
Straße/PF:  
PLZ, Ort:  
Tel./Fax:  
eMail:

# EUR-Abo



Deutscher Naturschutzring  
Redaktion EU-Rundschreiben  
Prenzlauer Allee 230  
10405 Berlin